

Wir glauben, dass, weil die Menschen in Gemeinschaft leben, die gemeinsamen Angelegenheiten uns alle betreffen. Erst dann, wenn alle Bewohner_innen eines Territoriums sich treffen, kommunizieren, diskutieren und gemeinsam Entscheidungen treffen können, die sie betreffen, kann die Politik aufhören, das Geschäft einiger weniger zu sein.

Die neuen Munizipalisten

Die neuen Munizipalisten

DIE NEUEN MUNIZIPALISMEN

**Christoph Brunner, Niki Kubaczek,
Kelly Mulvaney und Gerald Raunig (Hg.)**

DIE NEUEN MUNIZIPALISMEN

Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte

**transversal texts
transversal.at**

ISBN der Printausgabe: 978-3-903046-12-2
transversal texts

transversal texts ist Textmaschine und abstrakte Maschine zugleich,
Territorium und Strom der Veröffentlichung, Produktionsort und Plattform
- die Mitte eines Werdens, das niemals zum Verlag werden will.

transversal texts unterstützt ausdrücklich Copyleft-Praxen. Alle Inhalte,
sowohl Originaltexte als auch Übersetzungen, unterliegen dem Copyright
ihrer AutorInnen und ÜbersetzerInnen, ihre Vervielfältigung und Repro-
duktion mit allen Mitteln steht aber jeder Art von nicht-kommerzieller
und nicht-institutioneller Verwendung und Verbreitung, ob privat oder
öffentlich, offen.

Dieses Buch ist gedruckt, als EPUB und als PDF erhältlich.
Download: transversal.at
Umshlaggestaltung und Basisdesign: Pascale Osterwalder

transversal texts, 2017
eicpc Wien, Linz, Berlin, London, Málaga, Zürich
ZVR: 985567206
A-1060 Wien, Gumpendorferstraße 63b
A-4040 Linz, Harruckerstraße 7
contact@eicpc.net
eicpc.net † transversal.at

Dieses Buch erscheint im Rahmen des Projekts Midstream
(<http://midstream.eicpc.net>) und wird durch das Programm
Kreatives Europa der Europäischen Union sowie durch die Sektion
Kunst und Kultur im österreichischen Bundeskanzleramt gefördert.
Die Unterstützung der Europäischen Kommission für die Produktion
dieser Publikation stellt keine Befürwortung der Inhalte dar, für die
allein die Verfasser_innen verantwortlich sind. Die Kommission haftet
nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



Kofinanziert durch das
Programm Kreatives Europa
der Europäischen Union

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

Inhalt

Die politische Neuerfindung der Stadt Eine Einführung zu den aktuellen munizipalistischen Bewegungen in Spanien <i>von Niki Kubaczek und Gerald Raunig</i>	7
Das munizipalistische Manifest Anstehende Aufgaben	29
Der Kampf für den sozialen Wandel und seine Ankunft in den Institutionen <i>von Montserrat Galcerán Huguet</i>	35
Konfluenzen Die molekular-revolutionäre Kraft der neuen Munizipalisten in Spanien <i>von Gerald Raunig</i>	51
Let's play? Bürgerschaft, Subjektivität und Kollektivität im Munizipalismus <i>von Manuela Zechner</i>	67
Proceso constituyente übersetzen, oder die politische Arbeit der Übersetzung <i>von Kelly Mulvaney</i>	83
Die Zukünfte des Munizipalismus Feminisierung der Politik und demokratische Radikalisierung <i>von Montserrat Galcerán Huguet und Pablo Carmona Pascual (Abora Madrid)</i>	105
„Rajoynat“, Munizipalismus, System der Gegenmächte <i>von Raúl Sánchez Cedillo</i>	113
Zu den Übersetzer_innen, Herausgeber_innen und Autor_innen	139

DIE POLITISCHE NEUERFINDUNG DER STADT

Eine Einführung zu den aktuellen munizipalistischen Bewegungen in Spanien

Niki Kubaczek und Gerald Raunig

Während in vielen Ländern Europas reaktionäre, rassistische und neue faschistische Kräfte Zuspruch gewinnen, zogen bei den letzten Gemeinderatswahlen in Spanien Plattformen aus sozialen Bewegungen flächendeckend in die Stadtparlamente ein. Ein breiter, manchmal ruhiger, manchmal reißender Fluss der Organisation führte dazu, dass seit 2015 die größten spanischen Städte von Kräften links der Sozialdemokratie regiert werden, im Fall von Barcelona und Madrid von den Bürgermeisterinnen Ada Colau und Manuela Carmena. Sie hatten den überschaubareren Rahmen der kommunalen Wahlen genutzt, um eine „neue Politik“ zu entwickeln, die auch über die sogenannten „linkspopulistischen“ Politikformen um Podemos hinausging. Während diesen die Ebene des massenmedial bestimmten nationalen Wahlkampfes überlassen wurde, bildeten sich munizipalistische *confluencias* aus sehr verschiedenen Akteur_innen, Gruppierungen, Initiativen, Bewegungen und auch linken Parteien, Zusammenflüsse, die auf dem Terrain der Stadt kleine soziale Revolutionen anzettelten. Das unmittelbare Lebensumfeld, die umhüllende soziale Umgebung des Stadtteils und die Organisationsformen der letzten Jahre im Maßstab von Stadtteilen und Städten konterkarierten die gewohnte Politik in Europa mit ihrer Betonung medialer Spektakel und nationalstaatlicher Fokussierung. Fast zur

selben Zeit begann der lange Sommer der Migration, ein ganz anderer Strom, der die Festen der Staatsapparate aber nicht minder auszuhöhlen vermochte. Als die Autonomie der Migration die Schengen-Grenzen porös werden ließ, hatten sich in Spanien unter dem alten Namen des Munizipalismus neue Plattformen entschieden, die nationale Politik zu umgehen und die Städte zu erobern: Es garte zugleich an den mediterranen Rändern und in den urbanen Molekülen.

Das vorliegende Buch versucht die Praxen und Prozesse, Strategien und Verfahren vorzustellen und zu theoretisieren, die sich in der vielfachen Erfahrung der Munizipalisten in den letzten Jahren ansammeln – ihr Scheitern und ihre Erfolge, ihre mögliche Übersetzung über die Grenzen Spaniens hinaus. Es geht dabei weniger um die Ereignishaftigkeit einzelner Brennpunkte sozialer Bewegungen, um das plötzliche Auftauchen von linken Parteien und Plattformen, oder um punktuelle taktische Erfolge in konkreten Wahlperioden. Vielmehr sind die singulären Entwicklungen in Spanien nur vor dem Hintergrund des längeren Bogens von der Krise seit 2007 bis zu den heutigen Erfahrungen zu verstehen: ein Jahrzehnt der anhaltenden Prekarisierung weiter Bevölkerungsteile, zugleich ein Jahrzehnt der sozialen Bewegungen, der massiven Verbreitung von situierten Gegenmächten und Mikrosozialitäten und der Entwicklung neuer Formen von Institutionalität.

Jenseits des einfachen Gegensatzes von Bewegung und Institution geht und ging es der munizipalistischen Bewegung in den verschiedenen Städten Spaniens keinesfalls nur um die umstandslose Übernahme der Institutionen, sondern um die Erprobung einer

neuen Institutionen, um instituierende Praxen¹ und konstituierende Prozesse² – und darin um Weisen der Verstetigung, Bewahrung, Verknüpfung, Ermöglichung, Umhüllung und Sorge. Quer zu den nationalen Strukturen der zentralistischen Politik, unter dem Radar der transnationalen ökonomischen Ströme entstand eine ansteckende Wellenbewegung in ganz Spanien, die ein Potenzial zur Ausbreitung über Spanien hinaus in sich trägt: hin zu einem konkreten Gefüge von rebellischen Städten in Europa, aber auch zu einem Zusammenfluss, der alle gegebenen Skalierungen überfließt, vom kleinsten lokalen Zusammenhang des Dorfs oder Stadtteils bis zur translokalen Formation der neuen Munizipalisten.³

2007/2017. Der lange Bogen der 15M-Bewegung

Mit der Subprime-Krise des Jahres 2007 und der sich 2007 und 2008 ausweitenden Finanzkrise begann eine Zeit der Ausweitung von Krisenphänomenen in alle sozialen und politischen Felder. Die strukturell schwachen

1 Stefan Nowotny und Gerald Raunig, „Vorwort zur Neuauflage“, in: *Instituierende Praxen. Bruchlinien der Institutionskritik*, Wien u. a.: transversal texts 2016, S. 9-17, online <http://transversal.at/books/instituierendepraxen>.

2 Vgl. Antonio Negri und Raúl Sánchez Cedillo, *Für einen konstituierenden Prozess in Europa*, Wien u. a.: transversal texts 2015, online <http://transversal.at/books/negrisanchez-de>.

3 Vgl. etwa die einschlägigen Publikationen wie Observatorio Metropolitano, *La apuesta municipalista. La democracia empieza por lo cercano*, Madrid: Traficantes de sueños 2014; Angel Calle Collado, Ricard Vilaregut Sáez, *Territorios en democracia. El municipalismo a debate*, Barcelona: Icaria 2015; Fundación de los Comunes, *Hacia nuevas instituciones democráticas*, Madrid: Traficantes de sueños 2016; Emmanuel Rodríguez López, *La política en el ocaso de la clase media. El ciclo 15M-Podemos*, Madrid: Traficantes de sueños 2016.

Ökonomien der südeuropäischen Länder mussten die Folgen dieser multiplen Krise in besonders hohem Ausmaß erfahren. In Spanien entwickelte sich eine Praxis der neoliberal-gouvernementalen Regierung (bis 2011 durch die sozialdemokratische PSOE) im Namen der durch die EU verordneten Sparpolitiken: Privatverschuldung, Verschuldung der Kommunen, Verschuldung des Staatshaushalts und die damit verbundenen gouvernementalen Diskurse, die ökonomische Schulden auf moralische Schuld zurückführen; Wohnungsnot und der zunehmende Verlust der Wohnmöglichkeit in immer aggressiveren Formen von Wohnungsräumung durch Banken und staatliche Verwaltung; extreme Zunahme von Arbeits- und vor allem Jugendarbeitslosigkeit; drastische Einbrüche von Löhnen und Sozialleistungen – das sind nur die Spitzen der spanischen Ausformungen dieser in Europa noch nicht gekannten und vor allem in Griechenland durchexerzierten Regierungsform.⁴

Diese Zeit war allerdings nicht nur eine Zeit der paternalistischen und gouvernementalen Politiken, sie war auch prägend für die Veränderung von Subjektvierungsweisen und sozialen Praktiken. In den Jahren 2009 und 2010 verdichteten und radikalisierten sich die kritischen Positionen nicht nur gegenüber der Wirtschaftspolitik der Regierung. Viele sahen die ökonomischen Aspekte der Krise auch in Zusammenhang mit einer politischen

⁴ Vgl. Isabell Lorey und Gerald Raunig, „Das gespenstische Potenzial des *potere costituente*. Vorbemerkungen zu einem europäischen konstituierenden Prozess“, in: Antonio Negri und Raúl Sánchez Cedillo, *Für einen konstituierenden Prozess in Europa*, Wien u. a.: transversal texts 2015, 9-36, online <http://transversal.at/books/negri-sanchez-de>, sowie für Spanien den Text von Raúl Sánchez Cedillo in diesem Band.

Krise der repräsentativen Demokratie, im spanischen Raum konkret als Aufbrechen verdeckter Kontinuitäten des franquistischen Staats in der spanischen „Transition“ seit den 1970er Jahren. Zugleich zeichnet sich der Zusammenbruch der korrupten Klüngel der zwei zentralen spanischen Parteien ab, des konservativen Partido Popular (PP) und der sozialdemokratischen Partei (PSOE), ironisch verdichtet im Kürzel PPSOE. Das Problem der Repräsentation betraf hier vor allem die Frage, wer sich von diesen Parteien überhaupt vertreten sah, aber immer mehr ging es auch um eine viel grundlegendere Problematisierung der repräsentativen Demokratie als Regierungsform im neoliberal-maschinischen Kapitalismus.

Anfang 2011 treten die ersten Slogans auf, die diese Krise der repräsentativen Demokratie griffig benennen: Eine Gruppierung mit dem Namen Democracia Real Ya! verbreitet den Slogan „Sie nennen es Demokratie, aber es ist keine“. Reale Demokratie im Hier und Jetzt wird die zentrale Forderung einer neuen sozialen Bewegung. Während eine ähnliche Bewegung der Versammlung sich in einem wesentlich größeren geopolitischen Raum ausbreitet, von den nordafrikanischen Aufständen der „Arabellion“ bis zur US-amerikanischen Occupy-Bewegung und darüber hinaus, wird Spanien der Raum, in dem diese Bewegungen die nachhaltigsten sozialen und politischen Folgen zeitigen. Von außen fälschlich als „Indignados“ gebrandet, organisiert sich die Insurrektion des 15M (wie das Kürzel für die ganze Bewegung lauten sollte) knapp vor den Parlamentswahlen, in den

ersten Wochen des Mai 2011.⁵ Am 15. Mai 2011 wird die Puerta del Sol in Madrid besetzt, wenig später folgen die zentralen Plätze fast aller großen Städte Spaniens. Aus den Massen-Demonstrationen entsteht in den meisten Städten eine unerwartet nachhaltige Reterritorialisierung: Die Demonstrant_innen errichten *acampadas*, Camps mit Zelten und anderen transitorischen Behausungen, provisorischen Gärten, Infoständen, improvisierten Computer-Netzwerken und Volkküchen auf den jeweiligen Hauptplätzen. Über Wochen und Monate entwickeln die Besetzer_innen inklusive Praxen der Versammlung in *Plena* und sogenannten *comisiones*. Während die Twitter-Ströme für blitzschnelle Wendungen der Aktionen und Demonstrationen sorgen, ist die direkte Kommunikation in den *asambleas* geprägt von langen, geduldigen, horizontalen Diskussionen. Kollektive Moderation, andauernde Sorgearbeit, die Weiterentwicklung der spezifischen Zeichensprache und die Methodologie der radikalen Inklusion bringen für Hunderttausende die intensive Erfahrung von Selbstorganisation in der Mannigfaltigkeit.

So war die 15M-Bewegung im Gegensatz zur Bedeutung ihres Namens nicht einfach das Ereignis eines Tages. Kein reiner Aufstand, sondern eine langfristige, nichtlineare Bewegung, mit sprunghaften Verbindungen und genealogischen Linien in alle Richtungen. Die Besetzungen und Versammlungen lösten sich in den verschiedenen Städten zwar nach einem Monat, manchmal

⁵ Vgl. Montserrat Galcerán Huguet, „Demokratie, Gouvernamentalität und das ‚Gemeinsame‘ in der spanischen 15M-Bewegung“, in: Isabell Lorey, Roberto Nigro, Gerald Raunig, *Inventionen 2*, Zürich: Diaphanes 2012, S. 62-75, sowie Raúl Sánchez Cedillo, „15M als Aufstand der Körper-Maschine“, in: ebd., S. 48-61.

nach drei Monaten auf, aber sie verschwanden damit nicht einfach: Sie nahmen eine neue Form an, eine Form der doppelten Deterritorialisierung. Einerseits breiteten sich die Versammlungen auf die verschiedenen Viertel der Städte aus. Unter dem Slogan *tomaslasplazas* wurden Tausende von Versammlungen in den Barrios gegründet, die auf weniger symbolische Weise die jeweiligen Nachbarschaften stärker berücksichtigten, aber auch in ihrer Größe übersichtlicher waren. Neben dieser räumlichen Zerstreung entwickelte sich zugleich eine Deterritorialisierung in verschiedene soziale Felder: Unter dem Begriff der *Mareas* („Gezeiten“) formierten sich Gruppierungen, die – unterschieden durch die verschiedenen Farben *marea verde*, *blanca*, *negra*, *roja* usw. – in verschiedensten Bereichen von Bildung über Recht und Gesundheit bis zur Arbeit⁶ konkrete Konzepte, Forderungen, Beratungen und Aktionen entwickelten. Vor allem in den Bereichen von gesundheitlicher Sorge und Schule waren diese nach sozialen Sektoren gebildeten Formationen sehr erfolgreich.

Schließlich war schon 2009 als Antwort auf die rigiden Effekte der Krise die *Plataforma de Afectados por la Hipoteca* (PAH) gegründet worden, die Plattform derer, die von Hypotheken und Räumungen betroffen waren⁷: um mit Banken und Behörden zu verhandeln, um Räumungen aufzuhalten oder aktivistisch zu verhindern, um die Rolle der Banken anzugreifen und auch

⁶ Vgl. die unter <https://15mpedia.org/wiki/Mareas> aufgelisteten Farben und Arbeitsbereiche.

⁷ Vgl. <http://afectadosporlahipoteca.com/> sowie Ada Colau, Adrià Alemany, *¡Sí se puede!: Crónica de una pequeña gran victoria*, Barcelona: Destino 2013.

die rechtliche Lage zu verändern. Doch die wichtigste Praxis der PAH bestand darin, einen Prozess des Austausches, der gegenseitigen Ermächtigung und Sorge zu beginnen, wo Hunderttausende in Spanien durch die Krise in individualisiertes Leid getrieben worden waren. Gegen diese ökonomische, soziale und psychopathologische Individualisierung der Kriseneffekte wurde in den Versammlungen und Aktionen der Plattform die Sorge geteilt, als Überwindung der radikalen Individualisierung, der Selbstbeschuldigung in der Verschuldung, der Angst vor Räumung und Verlust von Räumen des Wohnens und Zusammenlebens.⁸

Parallel zur Deterritorialisierung der 15M-Bewegung in den Stadtteilversammlungen, den Mareas und den Aktionen der PAH tritt in den Jahren 2011 und 2012 auf Regierungsseite eine neue gouvernementale Form auf den Plan, eine Regierungsform, die Raúl Sánchez Cedillo nach dem neuen Regierungschef und PP-Vorsitzenden Mariano Rajoy das „Rajoinat“ nennt: ein System des „begrenzten politischen Pluralismus“ und der kompletten Finanzialisierung der Machtquellen der Staaten, in dem sich die Krise in eine noch extremere Form der Prekarisierung und Angst transformiert. Dieses neue Regime, seine Verwaltung der Staatsschuldenkrise von Juli 2012 und seine Zentralisierung der Verwaltungsmacht im Montoro-Gesetz von Ende 2013 bringen eine gravierende Ausdehnung der sozialen Unsicherheit auf

⁸ Zur spanischen Tradition von Ökologien der Sorge vgl. Precarias a la Deriva, *Was ist dein Streik?*, Wien u. a.: transversal texts 2014, online <http://transversal.at/books/precarias-de>, hier vor allem die Überlegungen, die zu dem von den Autorinnen eingeführten Neologismus der *cuidadanía* als Vielheit von Sorgeverhältnissen statt Bürgerschaft/*ciudadanía* geführt haben.

weite Teile der spanischen Bevölkerung. Zusätzlich zur trägen und schwer lastenden Gewalt des „Rajoyrats“ tritt Anfang 2015 noch eine weitere rechte Partei neben den Partido Popular: die neoliberalen Ciudadanos („Die Bürger“), ein Sammelbecken aus rechtsliberalen, ultrarechten und wirtschaftsnahen Positionen, insgesamt eine geklonte Partei, die in der Hauptsache die Ausfälle des durch Korruptionsskandale geschüttelten PP auffangen kann. Manuela Zechner zeichnet die Ciudadanos in ihrem Text in diesem Band als ideale Subjekte der maskulinen Räume und Hallen der Macht – „ihre Körper gestählt von Fitness, Kokain und Kaviar, durchdrungen vom Geist des Unternehmers und der Konkurrenz, gekleidet in smarten Anzügen, die andere für sie bügeln“.

Doch zuvor, mit den Europawahlen von Mai 2014, hatte sich bereits eine neue linke Partei öffentlichkeitswirksam bemerkbar gemacht: Podemos war Anfang 2014 gegründet worden, um die mit der 15M-Bewegung sichtbar gewordene Krise der Repräsentation in einen politischen Bruch zu übersetzen. Bei aller Durchlässigkeit spielten bei dieser Gründung drei Gruppierungen eine größere Rolle: Pablo Iglesias' Medienprojekte La Tuerka und Fort Apache, die tendenziell trotzkistische Izquierda Anticapitalista („Antikapitalistische Linke“), mit starken Erfolgen etwa um Teresa Rodríguez in Andalusien, und ein Kreis junger, linker Politikwissenschaftler_innen der Madrider Universität Complutense um Iglesias und Íñigo Errejón, den Vertreter der „populistischen Hypothese“ bei Podemos. Ihr anspruchsvolles gemeinsames Ziel lautete bald, möglichst schnell die Regierung zu stellen, um gemeinsam mit Syriza in Griechenland einen Anti-Austeritätsskurs in Europa betreiben zu können. Nach einer stark auf

ihren Spitzenkandidaten Pablo Iglesias zugeschnitten, durch seine Medienpräsenz geprägten und auf Publicity-Effekte abzielenden Wahlkampagne konnten Podemos bei den EU-Wahlen auf Anhieb 8 Prozent und bei den nationalen Wahlen 2015 sogar 20 Prozent, 2016 schließlich als Unidos Podemos (gemeinsam mit dem „alten“ linken Bündnis Izquierda Unida) 21 Prozent erreichen. Das Problem war allerdings nicht nur, dass eine Regierungsbeteiligung ausblieb, sondern vor allem, dass aus einer „politischen Marke“, auch wenn sie versuchte, nach den ersten Wahlkämpfen sogenannte *Circulos* als Basis-Gruppen zu entwickeln, nicht top-down innere Demokratie ausgerufen werden konnte.⁹

Wenn hier auch die typischen Spannungen zwischen Partei und Bewegung wiederholt wurden und Podemos mit der Bildung der Partei und dem Antreten zur EU-Wahl breiteren und radikaleren Konfluenzen um ein Jahr zuvorkamen, kann dieses Antreten auch als gemeinsame Zangenbewegung von zwei komplementären Akteur_innen gesehen werden – eine vor allem mit massenmedialer Präsenz betriebene linke, (noch) nicht institutionalisierte Partei auf der einen Seite, und eine soziale Bewegung auf der anderen, die nicht nur den Schritt in die Institutionen wagt, sondern deren radikale Veränderung zu betreiben versucht.¹⁰

⁹ Zu diesen Fragen und zur Geschichte von Podemos vgl. Raul Zelik, *Mit Podemos zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien*, Berlin: Bertz & Fischer 2015; Emmanuel Rodríguez López, *La política en el ocaso de la clase media. El ciclo 15M-Podemos*, Madrid: Traficantes de sueños 2016, vor allem den zweiten Teil „La fase Podemos“.

¹⁰ Zu diesen Versuchen der radikalen institutionellen Transformation vgl. Fundación de los Comunes, *Hacia nuevas instituciones democráticas*, a.a.O, aber auch ältere Kooperationen wie die trans-

Die municipalistischen Bewegungen in Spanien

Während Podemos sich auf die EU, dann mehr und mehr auf den nationalen Raum konzentrierte und die Parlamentswahlen von 2015 und 2016 fokussierte, bildeten sich seit Anfang 2015 *confluencias*, Konfluenzen, Zusammenflüsse, in denen sich die sozialen Bewegungen um 15M, PAH, um die Mareas und die selbstverwalteten Sozial-Zentren unter Beteiligung von Podemos auf der Ebene der Städte und Stadtverwaltungen zu Zusammenschlüssen formierten. Mit Perspektive auf die Gemeindewahlen von Juni 2015 entstand eine neuerliche Reterritorialisierung, nun mit Blick auf das Territorium der Stadt und ihrer Institutionen – eine spanienweite municipalistische Bewegung von unten. Unter verschiedenen Namen (Barcelona en Comú, Ahora Madrid, Cádiz Si se Puede, Zaragoza en Común, Participa Sevilla, Málaga Ahora etc.) und unterschiedlichen Zielsetzungen verbindet diese Plattformen ihr Bezug zu den Prinzipien und Methoden der 15M-Bewegung sowie einige andere gemeinsame Forderungen: adäquate Lösungen für das Problem der Verschuldung auf allen Ebenen, die Remunicipalisierung bestimmter Dienstleistungen, die Förderung selbstverwalteter Sozial-Zentren, eine Stadtplanung, die gegen Gentrifizierung und Touristifizierung der spanischen Städte vorgeht, das Prinzip des sozialen Syndikalismus und die Garantie von sozialen Rechten, vor allem was Wohnen und Bildung betrifft,

versal-Ausgabe 05/08, *monster institutions*, <http://transversal.at/transversal/0508>. Die Fundación de los Comunes ist treibender Faktor einer größeren Szene nicht-akademischer Wissensproduktion, die als Teil der sozialen Bewegungen radikale Konzepte politischer Theorie entwickelt, aber auch Veranstaltungen und Versammlungen wie macuno und makdos organisiert: <http://www.fundaciondeloscomunes.net/>.

diverse Ansätze der Entwicklung neuer Institutionalität in der Verwaltung und eine öffnende und translokale Praxis in der Migrationspolitik.

Wie die Philosophin Montserrat Galcerán Huguet, Bezirksbürgermeisterin und Gemeinderätin in Madrid für Ahora Madrid, in diesem Band beschreibt, erwachsen die neuen politischen Optionen vor allem „aus einem breiten Prozess der Konfluenz, des Zusammenfließens, ohne daraus eine Buchstabensuppe zu machen“. Die Zuflüsse der Konfluenz kamen aus allen Richtungen, von mehr oder weniger organisierten Gruppen, von Menschen, die sich lange nicht für repräsentationistische Parteien-Politik interessiert hatten, von den vielen neuen Zusammensetzungen, die sich im Gefolge der 15M-Bewegung gebildet hatten. In intensiven Prozessen entwickelten all die verschiedenen lokalen Plattformen ihren „ethischen Kodex“, in dem detailliert die Verfahrensformen bis hin zum Einheitslohn für die gewählten Gemeinderatsmitglieder transparent gemacht wurden. Durch die Wirkung von Verbindlichkeit und Sorge, Inklusion und Teilhabe, Hartnäckigkeit und dem unbeugsamen Insistieren darauf, dass es politische und soziale Alternativen gibt, kam es keineswegs zu einer ununterscheidbaren und indifferenten Suppe „jenseits von links und rechts“, wie manche Podemos-Akteur_innen ihre Wähler_innenschaft beschrieben. Es entstanden hochkonzentrierte Verdichtungen, die, ohne direkt auf die Parteiform abzuzielen, auch auf den Bühnen der städtischen Wahlkämpfe immer sichtbarer wurden. Wie Galcerán Huguet betont, konstituiert sich die Konfluenz „ihrerseits nicht als eine neue Partei, die alles Vorhergewesene verschlingt, sondern entsteht als gemeinsames Dach, in dessen Schoß die alte Parteidisziplin sich

nicht auferlegen kann.“ Keine Vereinheitlichung, keine Parteidisziplin, kein populistisches Führertum, sondern ein Beharren auf die radikale Zerstreutheit, die dem Munizipalismus inhärent ist. Die zerstreute Beschaffenheit des Munizipalismus ist doppelt notwendig, als Antidot gegen die zentripetalen Kräfte von Partei und Staat, gegen die Institutionalisierung der Bewegungen, aber auch als zeitgemäße Form der Gegenmächte im maschinischen Kapitalismus. Zerstreung in ihrer inneren Organisation, Vielheitlichkeit, Mannigfaltigkeit, zugleich Zerstreung über das Land hinweg, als molekulare Multitude von Städten. Mit den Worten von Sánchez Cedillo handelt es sich darum, „dass in der bio- und technopolitischen Dimension der Macht, der Rebellion, der Ausbeutung und der Emanzipation, in der wir leben, nur ein enormer vielheitlicher und zerstreuter Prozess der kollektiven Arbeit, Evaluation, Konsequenz und Entscheidung den Einsatz für eine Demokratie gegen die aktuelle Schuldenpolitik und kommissarische Diktatur glaubwürdig machen kann.“

Im Juni 2015, vier Jahre nach 15M, fast gleichzeitig mit den Zuspitzungen der politischen und ökonomischen Lage in Griechenland und einige Wochen vor dem Einsetzen der großen Ströme des Sommers der Migration ereignete sich ein fulminanter Wahlsieg der munizipalistischen Bewegung. In A Coruña, Barcelona, Madrid, Zaragoza, Cádiz und einigen anderen Städten konnten die *confluencias* die Regierung übernehmen, in weiteren wurden sie zur stärksten Opposition. In Barcelona wurde mit Ada Colau eine zentrale Aktivistin der PAH zur Bürgermeisterin gewählt. Barcelona en Comú erhielt 11 der 40 Mandate im Stadtparlament und reüssierte damit zur größten Fraktion.

Das *ganemos* (‚wir gewinnen‘) im Namen einiger municipalistischer Listen wurde wahr. Und im selben Moment des Erfolgs, oder vielleicht schon davor¹¹, müssen wir uns mit Galcerán/Carmona in diesem Band fragen, wie die Macht verteilt anstatt konzentriert werden kann, wie Führungsfiguren immer wieder ein bisschen verschwinden können, wie das Wissen und die Sensibilität aus der langjährigen Erfahrung in sozialen Bewegungen und selbstorganisiertem, nachbarschaftlichem, außerparlamentarischem Widerstand übersetzt werden können, wenn Menschen an Regierungen beteiligt sind. Und wie kann erst recht verhindert werden, dass dieses Wissen und diese Intuitionen nicht einfach vom professionellen Politikalltag überschrieben werden? Die Werkzeuge des municipalistischen Zyklus umfassen unter anderem die Beteiligung unabhängiger Akteur_innen, ihre territoriale Verankerung, ein starkes Bemühen um Diversität, proportionale Vorwahlsysteme, partizipative Programme, die Einführung von verpflichtenden ethischen Codices, ein niedriges Maximaleinkommen sowie eine strenge Rechenschaftspflicht für Repräsentant_innen der Wahllisten.

Galcerán/Carmona fokussieren eine Politik, die sich nicht auf Wahlspektakel beschränkt, und ausgeklügelte Teilhabe-Verfahren, die gerade im langen Prozess vor der Wahl zu nachhaltigen Entscheidungen führen. Die Erstellung der Wahllisten ist insofern eine gute Möglichkeit, inklusiv vorzugehen. Im Fall der municipalistischen Bewegung wurde das Dowdall-System angewandt,

11 Zu einem zugleich zeitlichen und örtlichen Vor, zu „Vor-Verortung und Vor-Zukunft“ der neuen Institutionen vgl. Gerald Raunig, „Konfluenzen. Die molekular-revolutionäre Kraft der neuen Municipalismen in Spanien“, in diesem Band.

ein Verfahren, das die Vielfalt der Akteur_innen über klassische Polit-Kandidat_innen, aber auch über die Protagonist_innen der sozialen Bewegungen hinaus erweiterte und zugleich die lokale Verankerung der Listen absicherte. Eine solche situierte und auf nachbarschaftliche Sorgeverhältnisse abzielende Politik findet starke Genealogien im Feminismus, in der spanischen Linken in den letzten Jahren etwas missverständlich immer wieder auch unter dem Schlagwort einer „Feminisierung der Politik“ verhandelt. Die „Feminisierung der Politik“ wird nicht einfach geboren, sie wird gemacht, betonen die beiden Autor_innen nicht ohne Augenzwinkern. Diese andere Politik bezieht sich nicht nur auf die vielen Frauen auf den Kandidat_innenlisten. Die Gesichter der Frauen – so Galcerán/Carmona – reichen nicht aus, um eine feministische Politik umzusetzen. Denn diese kann nicht ohne eine grundsätzliche Infragestellung von Repräsentation, ohne einen Begriff des Politischen auskommen, in dessen Zentrum Sorge, Diversität und gemeinsame Verantwortung stehen. Munizipalismus und feministische Politik teilen sich den „Versuch, aus den Dichotomien zwischen Sieger_innen und Besiegten, Mehrheiten und Minderheiten auszubrechen und die Politik der Sorgeverhältnisse ins Zentrum zu stellen.“

Die Größenordnung der Stadt ist sehr wichtig, vor allem deswegen, weil gerade auf der Ebene der Städte eher die Chance entsteht, den institutionellen Apparat nicht einfach zu übernehmen, sondern ihn zu verändern, instituierende Praxen und konstituierende Prozesse zu starten, die die Form der Institution selbst in Frage und auf die Probe stellen. Die munizipalistischen Projekte greifen in die städtischen Apparate ein, sie versuchen sie umzubauen, sie versuchen die Subjektivierungsweisen

der in und mit ihnen Arbeitenden zu verändern, während und inmitten ihrer Arbeit. Doch um diese schwierige Aufgabe zu leisten, braucht es auch translokale Verkettungen, die diese munizipalistischen Projekte durchziehen und mit sich mitreißen. Hier liegt es zunächst nahe, die Netzwerke zu thematisieren, die sich mit den Munizipalisten entwickeln: die interurbane Bündelung der Energien in Versammlungen wie *macuno* 2016 in Málaga¹² und *makdos* 2017 in Pamplona¹³, bei denen Hunderte von Protagonist_innen der munizipalistischen Bewegung zusammenkommen, um aktuelle Probleme und Herausforderungen gemeinsam zu diskutieren; die entstehenden translokalen Vernetzungen etwa um das Netzwerk der Zufluchtsstädte; die konstituierenden Prozesse, die, wie Kelly Mulvaney in ihrem Text in diesem Band beschreibt, weit darüber hinausgehen, verfassunggebende Prozesse zu sein, deren Telos einzig und allein in einem neuen Grundgesetz liegt.

Genealogien des Munizipalismus und die transformative Kraft der Migration

Nicht nur in Spanien – in so unterschiedlichen Städten wie Napoli, Zagreb oder den Gemeinden Rojavas – häufen sich mehr oder weniger radikale munizipalistische Erfahrungen und das Interesse an ihnen und ihren nachbarschaftlichen Diskursen: Rebellische Städte, *fearless cities*, *sanctuary cities*, Stadt für alle, Anti-Gentrification und tourismuskritische Initiativen, *urban commons*, Recht auf Stadt.

¹² „Primeras jornadas de municipalismo, autogobierno y contrapoder“, <http://mac1.uno/>, vgl. auch das in diesem Band abgedruckte munizipalistische Manifest, das anlässlich dieser Versammlung abgefasst wurde.

¹³ <http://mac2.uno/>

Diese Bewegungen und Diskurse sind einerseits neu und nur in ihrer aktuellen Ausformung und im Kontext heutiger Geopolitiken gänzlich zu verstehen. Andererseits verweisen sie zurück auf verschiedene Genealogien, die seit Jahrhunderten, und schon vor der Ausbildung von europäischen Nationalstaaten, die Städte als zentralen sozialen und politischen Fokus betonen. Der postoperaistische Politikwissenschaftler und frühere Vizebürgermeister von Venedig, Beppe Caccia, schreibt: „Die mittelalterlichen Städte in Italien und anderswo galten als Orte der Befreiung von Untertanenschaft – die Redewendung ‚Stadtluft macht frei‘ steht dafür – und die kleinen ‚Republiken zur Zeit der Königreiche‘ verfügten über ein gänzlich anderes Souveränitätsmodell. Später ist der Widerstand gegen Zentralisierungsprozesse interessant, wie er zur Zeit der Entstehung moderner Nationalstaaten charakteristisch war. Teils speiste er sich aus Überbleibseln des Ancien Régime, doch meist verbündete er sich mit der entstehenden Arbeiterbewegung. Dies war Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen Proudhon und Marx, wobei Letzterer später im Kontext der Pariser Kommune von 1871 zugestand, dass die Verbreitung von Kommunen in anderen Städten Frankreichs durchaus einen strategischen Vorteil innerhalb des revolutionären Prozesses hätte bedeuten können.“¹⁴ Überhaupt ist die Pariser Commune ein immer wieder auftauchender Bezugspunkt radikaler Diskurse über die Stadt, und auch für die neuen Munizipalisten lässt sich einiges aus ihr

14 Beppe Caccia, „Europa der Kommunen.“, in: *Luxemburg*, 2(2016), online: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/europa-der-kommunen/>.

lernen.¹⁵ Sie war auch für die genealogische Linie des Munizipalismus in Spanien relevant, die das Madrider Kollektiv Observatorio Metropolitano in seinem schon Anfang 2014, ein Jahr vor den ersten munizipalistischen Anläufen, vorgelegten Buch zur *Apuesta Municipalista* nachzeichnet: Nachdem schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Frage der Autonomie der Gemeinden immer wieder Anlass für Kämpfe und Gesetzesänderungen gab, geht um die Mitte des 19. Jahrhunderts von den Schriften des katalanischen Philosophen und Politikers Francesc Pi y Margalls und des Schriftstellers und Malers Fernando Garrido der Anstoß aus, föderalistische Konzepte der Dezentralisierung stärker in den Blick zu nehmen. Doch die nachhaltigsten Vorschläge im Kampf um die Städte entstanden in den libertären Bewegungen gleich nach der Pariser Commune. Die kurze, aber intensive Erfahrung der Commune strahlte über Europa wie über ihr Jahrhundert hinaus und wurde zum viel interpretierten Bezugspunkt revolutionärer Stadtpolitik bis in die heutige Zeit. Der Begriff, den die spanischen Revolutionäre des späten 19. Jahrhunderts für die Commune entwickelten, *municipio libre*, sollte eines der prägenden Konzepte libertärer Bewegungen in Spanien um die Wende zum 20. Jahrhundert werden. Sie betonten vor allem die soziale Kooperation, die die Entwicklung des *municipio libre* bestimmt und auf deren Basis auch breitere und komplexere Gefüge gebildet werden

¹⁵ Vgl. die Parallelführung von mehreren Aspekten der sozialen, condividualen, molekularen Revolution in der Pariser Commune und den aktuellen munizipalistischen Bewegungen in: Gerald Raining, „Vorwort zur Neuauflage 2017“, in: ders., *Kunst und Revolution*, Wien u. a.: transversal texts 2017, online <http://transversal.at/books/kunstundrevolution>.

könnten. Die Stadt war von diesem Standpunkt aus „das Ökosystem der gemeinschaftlichen Kooperation“¹⁶, und sie wurde als *municipio libre* auch zu einer Basis der spanischen Revolution von 1936.¹⁷

Während die *Commune* einer sprachlichen Umgebung entstammt, die affin zu Gemeinsamkeit und Gemeinschaft, aber auch zu Kommunismus und heute zu den Commons ist, hat der Munizipalismus ein problematischeres Erbe vorzuweisen. *Munus capere* bedeutete im Lateinischen „eine Pflicht übernehmen“, und das genau mussten die *municipes*, die Bürger einer Stadt, in der römischen Antike tun. Die Verpflichtung zu städtischen Abgaben hängt eng zusammen mit den Schattenseiten dieser Bürgerschaft, den grundlegenden Formen von Ausschluss aus der und Anschluss an die Gemeinschaft der Bürger_innen, die *ciudadanía*.¹⁸ Manuela Zechner verfolgt in ihrem Text in diesem Buch die inhärenten Spannungen dieses Begriffs von seinen etymologischen Gründen bis zu den verschiedenen Gebräuchen und Konnotationen im heutigen spanischen Kontext. Eines dieser Probleme liegt sicherlich in der drohenden Einfriedung, Begrenzung und Schließung der lokalen Praxen, nicht nur was die klassischen Nationalismen vor allem in Katalonien und dem Baskenland betrifft, sondern auch als Gefahr der kommunitären Einfriedung gegenüber den aktuellen Flüssen von Flucht und Migration. So wichtig der Status der Bürger_innenschaft und die

¹⁶ Vgl. Observatorio Metropolitano, *Apuesta Municipalista*, Madrid: Traficantes de Sueños 2014, online https://www.traficantes.net/sites/default/files/pdfs/TS-LEM6_municipalismo.pdf, hier S. 42.

¹⁷ Ebd., S. 44.

¹⁸ Vgl. Gerald Raunig, „Konfluenzen. Die molekular-revolutionäre Kraft der neuen Munizipalisten in Spanien“, in diesem Band.

dementsprechenden Rechte vor allem für jene sind, die manchmal Wochen, manchmal Jahrzehnte im Status der Illegalisierung und radikalen Prekarisierung leben, so wenig kann Bürger_innenschaft mehr sein als nur ein unbeholfenes Werkzeug im Kampf um ein gemeinsames gutes Hier-Leben für alle.

Evident wird das, wie Zechner zeigt, etwa am Kampf der migrantischen Straßenverkäufer Barcelonas (ohne Papiere und ohne Lizenz für die gefälschten Markenprodukte, die sie verkaufen). Oder auch in den unendlichen Hierarchien und Asymmetrien, die sich durch die Schichten der Migration hindurch ergeben: Geflüchtete, länger schon und dennoch ohne Dokumente in der Stadt Lebende, unterschiedliche Communities, die zu verschiedenen Zeitpunkten in die Stadt kamen und irgendwann Bürger_innen-Status erhielten. Das katalanische Projekt *Ciutat Refugi* ist tendenziell ein Beispiel dafür, wie das municipal-migratorische Doppel dazu verwendet werden kann, den Staatsbürgerschaft verleihenden Staat auszuhebeln: Indem die Stadt ihre Kompetenz auf der Ebene der Immigrations- und Grenzkontrolle gebraucht, kann sie Druck gegenüber dem Zentralstaat ausüben, mehr Geflüchtete ins Land zu lassen. Gleichzeitig, so Zechner, macht die Affirmation der municipalen Souveränität – ähnlich wie die der katalanischen Unabhängigkeit – wenig Sinn, solange das Subjekt der Politik dasselbe bleibt: ein mehr oder weniger autochthones, weißes, mehr oder weniger ‚bürgerliches‘. Insofern ist die Auseinandersetzung mit den involvierten Subjekten, den Subjektivierungen und Instituierungen sicherlich keine der Institution nachgereichte, sondern im Gegenteil eine, die ständiger Aufmerksamkeit bedarf.

Manuela Zechner fragt vor dem Hintergrund dieser Widersprüche nach Formen eines verkörperten, subjektiven Hackings, jenseits der Stadt als *Burg* der *Bürger*, und nach Formen der Unterwanderung des Codes, mit dem ‚der normale Bürger‘ geschrieben ist. Daran anschließend könnten wir sagen, dass es hilfreich wäre, jene transformatorische Kraft mehr im Auge zu behalten, durch die die Migration die Stadt verändert, beeinflusst und verformt. Denn die Migration untergräbt die Staatsapparate nicht zuletzt dadurch, dass sie fortwährend andere Formen des Zusammenlebens, Zusammendenkens und Zusammenfühlers erfindet. Ohne Migration gäbe es keine Stadt. Vielleicht ließe sich durch diese Erkenntnis und durch ein Aufgreifen der alten antirassistischen Forderung ‚Wer hier ist, ist von hier‘ eine Aktualisierung vornehmen, die neue Politiken zu entwerfen vermag: Formen der Condividualität, des Teilens von Aufgaben und Reichtum, welche vielleicht an das auf Relation und Reziprozität beruhende Konzept der Mitbürger_in anknüpfen könnten, wie es auch unser eipcp-Kollege Stefan Nowotny 2008 in seinem Text zur Übersetzbarkeit von Bürger_innenschaft skizziert hat: Bürger_in ist der, der Mitbürger_in von irgendeiner hier ist.¹⁹ In Anlehnung daran und in Ablehnung der autoritären Zuweisungen, Einteilungen und Anrufungen von Staatsapparaten könnten so munizipale Weisen der Subjektivierung und Sozialität ermöglicht werden, die den Wall der Burg löchrig machen, die Zäune des Staats, das Papier der Pässe, die Linien der kapitalistischen Algorithmen.

19 Stefan Nowotny, „Die vielen Gesichter des ‚Civis‘. Ist BürgerInnenschaft übersetzbar?“, <http://transversal.at/transversal/0608/nowotny/de>.

Der vorliegende kleine Band soll im deutschsprachigen Raum von den nicht nur für Europa enorm interessanten Praxen der Sorge, Sozialität und institutionellen Transformationen berichten, die sich in diesem Jahrzehnt der Gegenmacht in Spanien entwickelt haben. Er soll die überaus reichen Diskurse nachzeichnen, die Theorien und politischen Strategien, die aus und mit den Erfahrungen der andauernd molekularen Transformation in Spanien entstanden sind. Ein Gärungsprozess, der uns weniger abhängig vom Köder des Staatsapparats machen soll, der den Staatsapparat nicht als einfach zu übernehmendes Gefäß fantasieren lässt, und der andere Institutionierungen und Institutionen erschließt und erfindet. Ein Prozess, der zugleich außerhalb und innerhalb des Staats entsteht, dessen beide Seiten, Munizipalismus und Migration, sich nicht gegeneinanderstellen, sondern aktiv beitragen zu konstituierenden Prozessen in Spanien, Europa und darüber hinaus.

DAS MUNIZIPALISTISCHE MANIFEST

Anstehende Aufgaben

Dieser Text greift einige Diskussionsstränge der Workshops und Arbeitsgruppen auf, an denen anlässlich der Ersten Tagung zu Munizipalismus, Selbstverwaltung und Gegenmacht (<http://mac1.unol/>) vom 1. bis 3. Juli 2016 in Málaga mehr als 200 Menschen aus 30 spanischen Städten und aus anderen Ländern wie Italien, England, Österreich und Deutschland teilnahmen. Er soll weniger dazu dienen, alles auf der Tagung Gesagte zusammenzufassen, als vielmehr gemeinsame Positionen zu versammeln, die uns Verbindungen im Bau der munizipalistischen Bewegung denken lassen.

Die munizipalistische Bewegung und die Frage der Organisation

1. Die munizipalistische Bewegung erhebt Anspruch auf ihre Autonomie von jeder Partei und jeder zentralisierten Instanz, auf ihre Methode des demokratischen Aufbaus und ihre Wurzeln in den Städten und Gemeinden, in denen die munizipalistischen Initiativen entstanden sind.

2. Die munizipalistischen Wahllisten und Bewegungen wollen allerdings eine Politik der unterschiedlichen Allianzen schmieden, die fähig ist, die zentralen Konflikte auf der kommunalen Ebene zu begleiten und voranzutreiben: den Widerstand gegen das Gesetz zur Haushaltsstabilität – das Montoro-Gesetz –, die Wohnungsnot und die Verschuldung der Kommunen, die Remunizipalisierung der öffentlichen und gemeinsamen

Dienstleistungen wie der Wasserversorgung oder die Schaffung neuer kommunaler Dienstleistungen, etwa zur Stromversorgung.

3. Als wünschenswerten Horizont sehen wir die Artikulation eines Netzwerks der Wahllisten und Bewegungen. Um dieses verbündete Netzwerk aufzubauen, empfiehlt sich die Förderung autonomer und die Schaffung neuer Kommunikationsmittel, die diese Prozesse begleiten, die öffentliche Agenda prägen und Diskurse für einen neuen sozialen Gemeinsinn generieren können.

4. Der Munizipalismus gründet auch darauf, Ressourcen für ein neues Ökosystem der Bewegungen und der institutionellen Experimente zur Verfügung zu stellen, eine neue Institutionen, die aus den Institutionen heraus mitbetrieben wird, während die autonome Agenda der Bewegungen ihrerseits bewahrt bleibt.

Soziale Räume und Zentren der städtischen Selbstverwaltung

5. Eine der Herausforderungen des Munizipalismus liegt in der sozialen und institutionellen Anerkennung der Eigenheit und Autonomie der sozialen Räume und Zentren der städtischen Selbstverwaltung, die das Recht auf Stadt und die demokratische Teilhabe in die Tat umsetzen.

6. Die ausdrückliche Anerkennung dieser Räume muss zur Folge haben, dass die Gemeinden Ressourcen und öffentliche Infrastruktur für die gemeinsame Nutzung zur Verfügung stellen. Die Übereinstimmung mit einer sozialen Agenda, die in den existierenden Räumen bereits

umgesetzt und verwaltet wird, soll die Gemeinden dazu bewegen, aktiv weitere Räume zur Verfügung zu stellen, indem neue gesetzliche Regelungen, die Übertragung von Nutzungsrechten etc. festgelegt werden.

7. Für die Genoss_innen, die an der institutionellen Front und in den Bewegungen soziale Räume verwalten, sollen Begegnungsstätten geschaffen werden. Das Ziel dieses Vorhabens ist die Entwicklung eines spezifischen Diskurses, der ihre Legitimität zu erweitern und den Konflikt im Herzen des Rechts auf Stadt zu positionieren vermag.

Sozialer Syndikalismus und soziale Rechte

8. Durch den Abbau des Sozialstaats wird gesellschaftliche Selbstorganisation immer notwendiger, wenn es darum geht, soziale Rechte umzusetzen. Diesen Prozess nennen wir im Allgemeinen sozialen Syndikalismus. Wenn in einem Horizont von zunehmender Prekarisierung und informeller Arbeit die Arbeitsorte ihre Zentralität als Konflikträume verlieren, müssen wir neue Formen des Kampfes erfinden, die auch neue Rechte nach sich ziehen. Es ist Zeit, gemeinsam zu diskutieren, welche neuen Formen der Gewerkschaft wir benötigen.

9. Die municipalistische Bewegung sollte ein bevorzugter Ort für die Unterstützung, Förderung und Begleitung von Initiativen wie der PAH, Yo Sí Sanidad Universal, den autonomen Kantinen usw. werden, denn genau hier entsteht Selbstorganisation aus der Politisierung der kollektiven Probleme und aus dem Aufbau von Strukturen wechselseitiger Unterstützung.

10. Die städtische Nachbarschaft kann ein privilegierter Ort der Koordination von Erfahrungen auf territorialer Ebene sein, aber auch der Erweiterung des Umfangs und der Kapazität des munizipalistischen Netzes dienen. So kann mit Formen des sozialen Syndikalismus experimentiert werden, die verschiedene, bisher getrennte Aspekte kombinieren. Die Erfindung gemeinsamer Kommunikationsstrukturen und Verteidigungslinien ist dafür unumgänglich.

Arbeit, Kooperativismus und Remunizipalisierung

11. Die Qualität und Universalität der öffentlichen Dienste aufrechtzuhalten ist zentral im Kampf gegen den Neoliberalismus und in der angemessenen Neudefinition des Öffentlichen. Dieses Terrain erlaubt Experimente der Demokratisierung, Selbstverwaltung und Mitbestimmung. Deshalb drängen wir, die munizipalistische Bewegung, darauf, gemeinsame Wege zur Wiederaneignung und Schaffung neuer öffentlicher Dienstleistungen zu finden. Wir hoffen, so Prozesse des Konflikts eröffnen zu können, die zur Aktivierung und Unterstützung in der städtischen Mobilisierung geeignet sind.

12. Zu diesem Zweck scheint es angemessen, die Anstrengungen zu bündeln und die Informationen aus den verschiedenen Gemeinden auszutauschen, die als erfolgreiche Beispiele für die Remunizipalisierung wie für die Schaffung neuer Dienstleistungen funktionieren können. Dies beinhaltet auch andere Werkzeuge wie Sozialklauseln und das Wissen über Gesetzeslücken, die es erlauben, die Qualität ausgelagerter oder subunternehmerischer Arbeit zu verbessern. Darüber hinaus sollen Erfahrungen ausgetauscht werden, wie Nutzungsrechte

an Arbeitskooperativen übergeben oder neue Modelle der gemeinsamen Verwaltung erfunden werden können.

13. Wir rufen dazu auf, in den verschiedenen Gemeinden die Möglichkeit von koordiniertem Ungehorsam gegen jene Gesetze zu denken, die die ökonomische Kapazität, die Kreditaufnahme oder die Auftragsvergabe dieser Gemeinden begrenzen. Diese Gesetze stellen das Haupthindernis für die Wiederaneignung der öffentlichen und gemeinsamen Dienstleistungen dar.

14. Das Gewebe der Kooperativen muss mittel- und langfristig gestärkt werden, indem diese zu den privilegierten Partner_innen von öffentlichen Institutionen werden. Die Institutionen sollten insbesondere bei der Gründung jener Kooperativen Unterstützung bieten, welche in zukunftsweisenden Sektoren agieren und die Investitionen am nötigsten brauchen. Bei all dieser Unterstützung muss die Autonomie der Bewegung der Kooperativen respektiert bleiben.

Das Europa der rebellischen Städte

15. Inspiriert vom municipalistischen Schwung in Spanien entwickeln sich zurzeit in Italien und anderen Ländern unterschiedliche Initiativen. Der Munizipalismus und das Bündnis der Städte müssen auf europäischer Ebene zum privilegierten Raum für den Aufbau eines Europas gegen die Sparpolitik werden, aber auch eines Europas gegen die Rassismen und Faschismen, die sich in mehreren Ländern des Kontinents auf dem Vormarsch befinden, wie es auch in der menschlichen Tragödie der Flüchtenden offensichtlich wird.

16. Die kommunalen Regierungen des „Wandels“ waren unter den ersten, die gegen die unerträgliche Behandlung von Migrant_innen und Flüchtenden sowie gegen die wachsende Ungleichheit innerhalb der EU das Wort erhoben haben. Allerdings müssen sich diese Proteste über ihren rhetorischen Gehalt hinaus in substantielle Prozesse und Kampfansagen übersetzen. Das wird die Herausforderung für ein Netzwerk von politischen, steuerlichen und ökonomischen Gegenmächten in rebellischen Städten und Gemeinden darstellen. Eine Gegenmacht, die sich nicht nur als Widerpart oder Gegengewicht zur „wahren“ Macht versteht, sondern als eine neue Macht, die die Macht transformiert, eine konstituierende Macht.

17. Diese Gegenmacht ist einer der möglichen Wege, die Blockaden der sozialen und politischen Kämpfe in Südeuropa zu lösen und sie für die Dynamik der EU wirksam zu machen. Die kommunalistische Achse ist eines der fehlenden Kapitel im Drama von Europa, das durch die Dialektik zwischen den Nationalstaaten und zwischen ihnen und den EU-Institutionen (Euro-Gruppe, Kommission, Europäischer Rat) bewegungsunfähig ist. Ein Netzwerk der rebellischen Städte kann tatsächlich zu einem anderen Europa führen und zugleich das Europa der Sparpolitik, des finanziellen Autoritarismus, der Xenophobie und der Ermöglichung von Faschismus und Krieg bekämpfen und zerstören

Municipalist@s der Welt, vereinigt euch!

mac3.uno findet von 12. bis 15. Oktober 2017 in A Coruña statt. <http://mac3.uno>

DER KAMPF FÜR DEN SOZIALEN WANDEL UND SEINE ANKUNFT IN DEN INSTITUTIONEN

Montserrat Galcerán Huguet

Aus dem Spanischen von Gerald Raunig

„Gewöhnen wir uns nie an die Barbarei!“
(Ada Colau)

Die ersten, die zu Beginn des Wahlzyklus im Frühjahr 2014 das Eis brachen, waren Podemos, die kurz zuvor eine schlagkräftige Wahlkampfmaschine ins Leben gerufen hatten. Ihr Erfolg bei den Europawahlen erweckte das Bedürfnis, „die Institutionen zu stürmen“; ein Szenenwechsel drängte sich auf, dessen Entwicklung in jeder Hinsicht ungewiss, aber deswegen nicht weniger dringlich war. In seinem Sog entstanden die municipalistischen Projekte: Guanyem Barcelona, später Barcelona en Comú, und die verschiedenen Ganemos-Plattformen, die über die gesamte spanische Geographie verteilt auftraten. Ihr zentraler Einsatz war es, Schwung in die städtischen Bewegungen zu bringen und einen Hebel für den Einzug in die Stadtregierungen zu finden. Der Ausgang der Kommunalwahlen von 2014 zeigte den Erfolg ihres Einsatzes.

Diese Initiativen entwickelten sich direkt aus den sozialen Kämpfen der letzten Jahre, vor allem aus der Plattform der von Hypotheken Betroffenen (PAH), wie etwa in Barcelona. In anderen Städten entstammen sie dem Umfeld der besetzten Sozialzentren und der 15M-Bewegung und umfassen Leute, die in den Mareas und verschiedenen Protestbewegungen aktiv

waren. Sie formierten sich als sozialpolitische Bewegungen und nicht als politische Parteien im üblichen Sinn.

Vor den Europawahlen im Jahr 2014 war die Debatte aufgekommen, ob es besser wäre, zu diesen anzutreten oder zu den lokalen und regionalen Wahlen im darauffolgenden Jahr. Es wurden verschiedene Argumente erwogen. Gegen ein Antreten zu den EU-Wahlen wurde die geringe Bedeutung und Handlungsfähigkeit einiger weniger unter den 705 Abgeordneten des Europäischen Parlaments ins Spiel gebracht. Dafür sprach, dass es leichter war, die notwendigen Stimmen zu bekommen, wenn das ganze Land in einem einzigen Wahlkreis zusammengefasst war und man so die Fallstricke des extrem ungerechten spanischen Wahlgesetzes umging, das ländliche Gebiete bevorzugt und Minderheiten stark benachteiligt. Izquierda Unida hatte eine Wahl nach der anderen aus diesem Grund verloren. Die Initiator_innen von Podemos beendeten die Diskussion, indem sie mit einer neu gegründeten Partei und ohne großen Organisationsaufwand zu den Wahlen antraten. Ihr Erfolg war unerwartet für alle, auch für sie selbst.

Die Ganemos-Plattformen gingen einen anderen Weg. Alle begannen mit Unterschriftenkampagnen, die für das Projekt bürgen sollten. Guanyem Barcelona und Ganemos Madrid setzten ihre Schwelle bei 30.000 Unterschriften an. Wenn diese erste Bürgerschaft nicht erreicht werden würde, schien es nicht angebracht, das Projekt fortzusetzen. Glücklicherweise wurde sie erreicht, und von da an begannen die Debatten über die Organisation und die Diskussionen über den ethischen Kodex; neue politische Optionen erwachsen aus einem breiten Prozess der Konfluenz, des Zusammenfließens,

ohne daraus eine Buchstabensuppe zu machen, sondern von Anfang an auf der Suche nach neuen Vorgangsweisen. In Barcelona diente als Bezugsfigur die Persönlichkeit von Ada Colau, anerkannte Aktivistin der PAH. In Madrid platzierte sich Manuela Carmena nachträglich an der Spitze der Kandidat_innenliste. In A Coruña war es Xulio Ferreiro, in Cádiz José María González Santos „Kichi“, in Zaragoza Pedro Santiesteban.

Der relevante Unterschied zwischen dem Prozess der Konstituierung städtischer Listen und jenem einer politischen Partei wie Podemos besteht in der Komponente der sozialen Bewegung: Die Distanz zwischen den Politik-„Profis“ und anderen Personen muss so gering wie möglich sein, sodass diese „neue“ Politik einfach eine Tätigkeit mehr im Leben einer_s jeden werden kann. Erst dann, wenn alle Bewohner_innen eines Territoriums sich versammeln, kommunizieren, diskutieren und gemeinsam Entscheidungen treffen, die sie betreffen, kann die Politik aufhören, das Geschäft einiger weniger zu sein. Wenn andererseits im Bereich der institutionellen Politik Parteien als die einzigen relevanten Akteure vorgesehen sind, verstärkt sich ihre ideologische Identität und die Logik des Wettbewerbs zwischen ihnen. Gleichzeitig verlieren die Bürger_innen oft das Interesse, weil sie sich nicht mehr betroffen fühlen, was sie wiederum daran hindert, die Zügel ihres eigenen kollektiven Lebens in die Hände zu nehmen. Auf lange Sicht erhöht das die Politikverdrossenheit, die im Ernstfall, wie etwa in der Krise, die Betroffenen völlig hilflos zurücklässt, wenn weder Gesetze noch Politiker_innen uns vor den Aggressionen von außer Kontrolle geratenen Finanzen verteidigen können.

Die Stärke der Initiativen entspringt der Handlungsmacht, die viele Menschen in den Kämpfen gegen die Krise wiedererlangten, und sie entspringt auch den Hindernissen bei der Respektierung ihrer Rechte; sie entsteht aus dem Bedürfnis, die eroberten Rechte in Gesetze umzusetzen, der Gefräßigkeit der ökonomischen Kräfte Grenzen zu setzen und das gemeinsame Leben zu schützen; sie entsteht aus dem Wunsch, die Politik als gerechte Verwaltung der kollektiven Probleme wiederaufzunehmen – in der Formulierung von Ada Colau: „Ermächtigung und Solidarität machen uns unaufhaltsam.“¹

Aus diesen Gründen können die municipalistischen Listen nicht ohne Weiteres auf politische Parteien beschränkt werden, sondern versetzen das klassische Konzept der Partei in die Krise und entwerfen die ideologische Auseinandersetzung neu: Nicht mehr nur Auseinandersetzung um die für die Verwaltung der Gesellschaft geeigneten Ideen, gehen sie dazu über, sich auf die Mindestanforderungen einer Regierung zu konzentrieren, deren Aufgabe es ist, ein würdiges Leben für alle Menschen sicherzustellen. In dieser Hinsicht bekommt der ethische Kodex grundlegende Bedeutung.

Allerdings wurzelt ein ungelöstes Problem in der Asymmetrie zwischen den Komponenten: zwischen Menschen, die politischen Parteien angehören, und anderen, die an diffuseren Formen wie Vereinen oder sozialen Kollektiven beteiligt sind. In Prozessen der Entscheidungsfindung wird die Asymmetrie besonders sichtbar: Normalerweise verfügen politische Parteien,

¹ Ada Colau, Adrià Alemany, *¡Sí se puede!: Crónica de una pequeña gran victoria*, Barcelona: Destino 2013, S. 8.

auch Podemos, über eine vertikale Struktur, die Entscheidungen von oben nach unten übermittelt. Bei den linken Parteien privilegierte das leninistische Modell, um den berühmten „demokratischen Zentralismus“ herum strukturiert, die Figur des „Berufsrevolutionärs“ zu Lasten des Arbeiters, der dem politischen Handeln nur einen Bruchteil seiner Lebenszeit widmen konnte. Ganz zu schweigen davon, wenn im Fall von Frauen mannigfache Arbeitsbereiche mit den aufwendigen Anforderungen einer exklusiven Militanz kollidieren. Obwohl die neuen Partei-Formationen das Konzept des „Berufsrevolutionärs“ aufgegeben haben, verlassen sie sich weiterhin auf Profis, die sich nur dem politischen Handeln widmen, ob institutionell oder nicht, und die definitionsgemäß loyal zu den Spitzen ihrer jeweiligen Formationen stehen, deren Autorität nicht in Frage gestellt wird. Im Gegensatz dazu führte der Typ des Aktivismus, der in den sozialen Bewegungen seit den 1960er Jahren präsent ist, eine porösere Figur ein, die eher auf die horizontalen Prozesse der Entscheidungsfindung bedacht ist, weniger dazu neigt, die Macht an den Spitzen zu konzentrieren, weniger an einer kriegerischen Sprache hängt und aufmerksamer dafür ist, egalitäre Interventionsformen zu ermöglichen. Die feministischen Bewegungen haben eine wichtige Rolle bei diesem Wandel der Organisationsformen gespielt.

Im Ergebnis ist es schwierig, derart verschiedene Formen des Verständnisses von politischem Handeln im Rahmen der Plattformen der Konfluenz in Einklang zu bringen, wo Menschen aus verschiedenen Traditionen zusammenkommen, vor allem auch, wenn die Zeichen der Parteiidentität in der neuen Formation schwächer werden. In dieser nehmen seine verschiedenen

Komponenten eine neue Konfiguration an und verlieren einen Teil ihrer ursprünglichen Identität. Das ist ihre Stärke, die jedoch einen Punkt ohne Wiederkehr für jene Formationen darstellen kann, die sich in sie integrieren.

Die Konfluenz konstituiert sich ihrerseits nicht als eine neue Partei, die alles davor Gewesene verschlingt, sondern entsteht als gemeinsames Dach, in dessen Schoß die alte Parteidisziplin sich nicht auferlegen kann. Die Protokolle der Organisation und Entscheidungsfindung sind tendenziell viel demokratischer, und doch ist der Prozess nicht ohne Spannungen, wie wir seit 2014 gesehen haben, und wie es sich auch beim relativen Scheitern von Unidos Podemos bei den letzten Parlamentswahlen im Mai 2016 gezeigt hat, die diese Formen in der Architektur des Prozesses selbst nicht respektiert haben.

Die „Ganemos“-Methode

Die municipalistischen Listen entstanden als Ensemble von vernetzten Dispositiven, um Arbeitsgruppen und Plenarsitzungen herum organisiert, mit Koordinationen, an denen Delegierte aus den verschiedenen Arbeitsgruppen teilnehmen, deren Sitzungen offen sind. Die Entscheidungsgewalt zirkuliert in einer wesentlich horizontaleren Weise als in der klassischen Partei; sie ist nicht in einer Spitze zentriert, deren Entscheidungen verbindlich sind. Das bedeutet allerdings nicht, dass damit das Chaos ausbricht: Entscheidungen werden zusammen getroffen und respektiert, aber die Sorge um die Vielfalt herrscht ebenso vor wie die aktive Suche nach Konsens und das Erkennen, Bearbeiten und Auflösen von Dissens. Damit wird eine kontinuierliche Dynamik des Fortschritts

eingeführt, die die Unterschiede ebenso ausfeilt, wie sie die gemeinsame Arbeit stärkt – durchwegs gestützt auf partizipative und integrative Methodologien.

Die „Ganemos-Methode“ ist so viel demokratischer als jede dirigistische Methode, und auch nicht weniger wirksam, wie das enorme Arbeitspensum, das von den Akteur_innen geleistet wird, unter Beweis stellt. Ihr Verdienst ist ihre enorme soziale Verwurzelung und ihre große Feingliedrigkeit, die sich im intelligenten Einsatz von sozialen Netzwerken ausdehnt. Diese Netzwerke besitzen die hervorragende Fähigkeit, die Breite der Kommunikation und die Verbreitungsgeschwindigkeit der Nachrichten exponentiell zu erhöhen. Mit ihnen bewegen sich täglich Tausende von Bürger_innen, die wir selten in den Versammlungen sehen, die aber deswegen um nichts weniger aktive Mitglieder sind. Die Verbindung mit Podemos, die die endgültige Konfiguration der Wahllisten ermöglichte, steuerte das unbestreitbare Know-how dieser Genoss_innen bei der Verwaltung von Kommunikationsmedien und ihrem Einsatz im Medienverbund bei. Die Rückkopplung zwischen drei Räumen, der territorialen Versammlung, des Medialen und des Virtuellen, ist einer der Schlüssel unserer Handlungsweise.

Die mediale Dimension verdient besondere Aufmerksamkeit: Es wäre naiv zu glauben, dass die Medien einfach die Realität wiedergeben würden. Im Gegenteil: Beständige Bearbeitung re/produziert TV-Persönlichkeiten, die wir nie in natura gesehen haben, überträgt reduzierte Nachrichten, als ob sie Kräftigungspillen wären, vereinfacht, kodifiziert, standardisiert und konstruiert Geschichten, Figuren und Inhalte. Die Zuschauer_innen widmen all dem gewöhnlich eine Art

geistesabwesender Aufmerksamkeit, und doch ist es der Rohstoff ihrer Gedanken, Gespräche und letztlich auch ihrer Wahlpräferenzen. Sie stellen, was sie im großen Zauberkasten hören, ihren eigenen Erfahrungen gegenüber, sie begeistern sich, empören sich, und letztlich wählen sie. Die Stimmabgabe ist eine sehr schwache soziale Bindung, aber es ist die einzige, die einem Großteil der Bevölkerung zur Verfügung steht, der, bedenkt man den Mangel an Interesse der Institutionen an ihrer eigenen Durchlässigkeit, keinen Zugang zu ihnen hat.

Die Ganemos-Methode verachtet sie nicht; sie zeigt all jenen Respekt, die nicht wollen, oder es sich nicht leisten können, dass die Politik einen erheblichen Teil ihrer Zeit aufzehrt, sondern ist bestrebt, allen ein höheres Maß an Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten zu bieten. Wir glauben, dass, weil die Menschen in Gemeinschaft leben, die gemeinsamen Angelegenheiten uns alle betreffen; im Grunde sind wir mehr voneinander abhängig und verletzlicher als einsame Wölfe. Sich an den gemeinsamen Angelegenheiten zu beteiligen, ist nicht nur etwas ethisch Würdiges, sondern ein stetig wachsendes Bedürfnis, weil das, was in den politischen Institutionen entschieden wird, Probleme sind, die täglich unser Leben beeinflussen: von den Steuern bis zu den Sozialleistungen, von den Regulierungen unserer Rechte bis zu den staatlichen Auflagen, von solchen grundlegenden Dingen wie Bildung und Gesundheit bis zu anderen nicht weniger wichtigen wie der Bewohnbarkeit unserer Städte, dem Recht auf sauberes Wasser und saubere Luft oder dem Wohlbefinden in Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit.

Der ethische Kodex

Alle municipalistischen Initiativen setzen zunächst einen ethischen Kodex auf, der auch die üblichen Vorstellungen im Feld der Ethik verändert. Eine etablierte Tradition tendiert dazu, Ethik und Politik voneinander zu trennen, die Ethik also als ein Ensemble von Regeln zu verstehen, die für das Verhalten aller Menschen gültig sein müssen, die Politik aber als die Kunst, die anderen zu regieren. In Folge einer alten Herrschaftstradition scheint die Politik am Rande oder über der Ethik positioniert zu sein. Ein falsches Verständnis von Machiavelli trägt dazu bei, aus der Politik eine Art Ausnahme von ethisch angemessenen Verhaltensweisen zu machen.

Die Frage des ethischen Kodex in den Mittelpunkt der neuen politischen Initiativen zu stellen, kehrt diese Situation um. Es läuft darauf hinaus, die Privilegien der Politiker_innen als Erbe der autoritären Traditionen zu beenden. Dieser Kodex verpflichtet die politischen Vertreter_innen, sich zu einem durchschnittlichen Lohn (2.200,- €) zu bekennen, der unterhalb der beträchtlichen Gehälter von leitenden Unternehmens-Angestellten liegt. Er verpflichtet sie auch, keine Nebeneinkünfte zu haben, ihr Eigentum zu deklarieren, die Finanzverwaltung nicht zu betrügen, keine Geschenke anzunehmen, mindestens fünf Jahre nach dem Ausscheiden aus dem Amt nicht mit Unternehmen zusammenzuarbeiten, die in dem Gebiet aktiv sind, in dem die Repräsentant_in ihre Funktion ausgeübt hat etc.

Diese Bedingungen mögen, so könnte man argumentieren, dazu führen, dass diejenigen, die höhere Löhne für ihre Funktionen als Fach- oder Führungskräfte von wichtigen Unternehmen verdienen, nicht dafür kompensiert werden, sich in öffentlichen Angelegenheiten

zu engagieren. Gut ausgebildete Personen würden so am Rand der institutionellen Politik bleiben. Diesem Argument kann entgegengehalten werden, dass diese Menschen, wenn sie nicht bereit sind, ihre Privilegien für einen gewissen Zeitraum aufzugeben, für die gemeinsamen Angelegenheiten wohl wenig Interesse haben. Es ist nicht logisch zu glauben, dass es bei den heutzutage erforderlichen hohen fachlichen und technologischen Kompetenzen und dem hohen Ausbildungsgrad der Bevölkerung keine Personen mit dem nötigen Wissen jenseits der schmalen Schicht von Fachleuten und hoch qualifizierten Techniker_innen gibt. Vielmehr scheinen die jüngsten Entwicklungen das Gegenteil zu zeigen: eine Vielzahl von ausgebildeten Menschen sind prekär und haben ungeachtet ihrer hohen Ausbildung keine guten Berufsaussichten. Diese hohe Ausbildung politisch zu nutzen, könnte eine sehr gute Idee sein.

Sicherlich kann es nie zu viel technisches Know-how geben, und doch scheint es ein guter Einsatz zu sein, das Band zwischen der institutionellen Politik und den Interessen des herrschenden Kapitalismus zu zerreißen. Dieses Band personalisiert sich in Klientel-Netzwerken, die die repräsentativ-demokratischen Institutionen umgeben und in der Lage sind, viele Gemeinderatsmitglieder zu neutralisieren. Die Maßnahmen der ökonomischen Transparenz des ethischen Kodex sollen dazu dienen, die Schaffung solcher Netze zu verhindern und der langen Geschichte der Korruption ein Ende zu setzen, die die jüngere Geschichte des demokratischen Spaniens begleitet. Der ethische Kodex insistiert auf Transparenz, Kontrolle und Rechenschaftspflicht sowie eine Reihe von Maßnahmen gegen die Korruption und gegen eine übermäßige Professionalisierung der Politik,

die die Privilegien der Politiker_innen abschirmt und in einem vor den Forderungen der Bürger_innen geschützten Raum platziert.

Ein anderer nicht minder wichtiger Aspekt des ethischen Kodex hat mit der Ablehnung der Finanzierung durch große Banken und mit dem Anspruch zu tun, dass die Mittel aus Crowdfunding, kleinen Spenden und Mikrokrediten kommen, die von Tausenden von Menschen zur Verfügung gestellt werden. Dieser Anspruch soll die Praxis des Bankensystems umkehren, die Finanzierung der Ausgaben der Parteien, insbesondere der Wahlkampagnen, in ein Element des Drucks auf die politischen Entscheidungen zu verwandeln, die ihnen von Nachteil sein könnten. Für die politischen Spitzen einiger verschuldeter Parteien ist es schwierig, wenn nicht unmöglich, den Forderungen ihrer Sponsor_innen die Stirn zu bieten, die am Ende direkt Gesetzesänderungen verfasst haben; nicht wenige rühmen sich dessen sogar. Also ist die Offenlegung von Lobbyarbeit eine Bedingung der neuen Politik.

Schließlich geht es darum, die Unabhängigkeit der politischen Vertreter_innen durch die in ihrem Umgang mit den ökonomischen Kräften auferlegten Ansprüche zu sichern. Diese Unabhängigkeit können sie zum Nutzen von jenen breiten Schichten der Bevölkerung gebrauchen, die sie letztendlich gewählt haben. Statt sich faktisch wie Oligarchien zu verhalten, sollen die repräsentativen Demokratien die Demokratie erweitern.

Bei aller seiner Relevanz fügt sich der ethische Kodex immer noch in das Regelwerk der repräsentativen Demokratie. Er zielt darauf ab, diese Regeln zu ändern, sie transparenter zu machen, damit sie die Kontrolle der politischen Repräsentant_innen sicherstellen. Aber der

Kodex geht nicht über die Logik der Repräsentation hinaus. Es bleibt unbestimmt, wer diese Kontrolle ausüben soll, wie die Verantwortlichkeiten der öffentlichen Verwaltung bestellt werden, wer über das reibungslose Funktionieren der kommunalen Gruppe entscheidet, was geschieht, wenn Repräsentant_innen sich nicht an die Vereinbarung halten ... In den neu gewählten Gruppierungen beginnen wir zu verstehen, dass diese Maßnahmen ungeachtet ihrer Bedeutung nicht den ganzen Ertrag abwerfen, weil uns Hebel dafür fehlen, jene, die bereits an der Macht sind, zur Einhaltung dieser Abkommen zu zwingen. Die Struktur der öffentlichen Institutionen ist derart vertikal und konzentriert so viel Macht an ihrer Spitze, dass es sehr schwer ist, von den unteren Rängen aus jene, die sie besetzen, zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu verpflichten. Offenbar lässt die Realpolitik die institutionellen Ämter mit schwindelerregender Geschwindigkeit die eingegangenen Kompromisse vergessen.

Die Demokratie neu bestimmen

Im Hintergrund sucht die neue Politik die Demokratie neu zu bestimmen, indem sie Mechanismen einführt, die über die repräsentative Demokratie hinaus in die Richtung einer partizipativen Demokratie, ja sogar gewisser Formen der direkten Demokratie gehen. Ihr Charakter der soziopolitischen Bewegung wird in dieser Tendenz zum Ausdruck gebracht. Dafür ist es nötig, jene Initiativen zu verstärken, die sich auf die direkte Intervention in Gemeinde-Angelegenheiten konzentrieren, in den Stadtvierteln, wenn sie spezifische Institutionen wie die Nachbarschaftsräte schaffen, oder auch in den auf Sektoren bezogenen Foren und Meetings zu

Arbeitsbereichen wie Bildung, Gesundheit usw. Die Dezentralisierung der Macht und die Erfahrungen der Nachbarschaftsdemokratie können als wirksame Gegenmacht dienen, die institutionelle Macht zu begrenzen und zu kontrollieren. Das Bewusstsein der Notwendigkeit dieser Gegenmacht impliziert, Ressourcen und Kompetenzen von den zentralen Institutionen zu diesen Brennpunkten der politischen Innovation umzuleiten, die in der Lage sind, den Anstoß für eine neue Institutionalität zu geben. Von Anfang an geht es darum, die problematischen Punkte der Ausübung von Autorität zu erkennen, von der einer ungleichen Gesellschaft inhärenten Konfliktualität auszugehen, um zu versuchen, jene Punkte des Gleichgewichts zu finden, die einen Fortschritt in der Transformation erlauben. Dazu ist es nötig, jenen Initiativen Raum zu geben, die aus dem Sozialen heraus bereits das bestehende System verändern.

In diesem Bemühen geht eine erste Blockade von den etablierten politischen Parteien aus. Sie missbrauchen den Rahmen der Repräsentation und glauben, dass nur Parteien legitime politische Akteure seien. Jeder Versuch, den Rahmen der Diskussion zu erweitern und vor allem politische Entscheidungen auf nicht-repräsentative Räume der direkten Beteiligung umzuleiten, wird als Attentat auf ihre Legitimität gedeutet. Besonders stark ist diese Ablehnung im Fall der partizipativen Budgets und der neuen Foren der Teilhabe im Bezirk. Die Parteien lehnen es ab, dass ein Teil des Budgets direkt von der Bürger_innenschaft entschieden wird; sie glauben, dass dieser Prozess „wenig demokratisch“ sei, weil er übermäßige Entscheidungsmacht an Segmente der Bevölkerung abgibt, die keinerlei Legitimität aufwiesen. Sie ignorieren das Paradoxon, dass je nach Stimmenthaltung der

Wahlberechtigten die Gewinner-Partei bei einer Wahl nicht mehr als 30% der Bevölkerung repräsentiert und dennoch behauptet, „für alle“ zu regieren. Unter keinen Umständen akzeptieren sie, dass diese Entscheidungen nicht gewählte Bürger_innen treffen, sei es in der Versammlung von körperlich Anwesenden oder virtuell.

Das Gleiche gilt für die Foren der Nachbarschaftsbeteiligung. Die Parteien weigern sich hartnäckig, diesen Foren Entscheidungskompetenz zuzugestehen, weil sie in Widerspruch mit den repräsentativen Kammern geraten würden. Das bedeutet, dass die Beziehung zwischen Repräsentation und Partizipation, die auf den ersten Blick nicht widersprüchlich erscheinen würde, ein Konfliktpunkt ist, der aus meiner Sicht den restriktiven und oligopolistischen Charakter der politischen Repräsentation beleuchtet und die Illusion freilegt, auf die sie sich stützt. Allerdings erweist es sich als sehr schwierig, diese beiden Formen von Politikverständnis unter einen Hut zu bringen, vor allem angesichts des unbestrittenen Privilegs, dessen sich die Logik der Repräsentation erfreut, und angesichts der Zweifel, die eine Teilhabe erregt, die zumindest bis jetzt in keinem Fall massenhaft ist.

Es bedarf auch einer neuen Erzählung – keiner Ideologie im herkömmlichen Sinne, sondern einer Neuinterpretation der Wirklichkeit, die uns erlaubt zu verstehen, wie und warum wir an diesen Punkt gekommen sind, an dem die Mindestbedingungen für ein würdiges Leben im Rahmen von reichen Gesellschaften individualisiert werden. Der Begriff des „Gemeinguts“ gewinnt hier neue Bedeutung, weil er unterstreicht, wie Privatisierungen Formen sind, die dieses Gemeingut Profitinteressen unterordnen, die nicht in die Gesellschaft

zurückfließen, von der die Lasten übernommen wurden. Es geht hier nicht nur um die Korruption, die sich ökonomischer Mittel, die aus von der Gesamtheit der Bürger_innen bezahlten Steuern stammen, zur privaten Verwendung bemächtigt, sondern um die Verwendung öffentlicher Institutionen und Regierungsstellen zur Förderung privater Unternehmen, die Dienstleistungen monopolisieren, welche die Verwaltungen bewerkstelligen sollten. Mit dieser Formel driften die öffentlichen Verwaltungen in Richtung von Unternehmen, die den Betroffenen entzogen sind, in den meisten Fällen eine Dienstleistung von niedrigerer Qualität bieten und gleichzeitig die Bedingungen für die Beschäftigten dieser Zentren verschlechtern, wenn sie auch im Gegenzug eine gewisse Verbesserung des oberflächlichen Ansehens erreichen. Privatisierungen und Verschuldung waren die Zauberformeln, um aus öffentlichen Verwaltungen Verkaufsstellen für private Dienstleistungen zu machen. Wenn in den Unternehmen, die diese Leistungen anbieten, Personen, die ein öffentliches Amt innehaben (oder ihre nächsten Verwandten) arbeiten, schließt sich der Kreis mit unendlichen Erwartungen ununterbrochenen Gewinns, dessen Kehrseite eine fortgesetzte Verschuldung der Staatskassen und eine Erhöhung der Steuern ist.

Diese Situation umzukehren bedeutet, die Remunzipalisierung der Dienstleistungen und die Förderung von jenen kooperativen und solidarischen Produktionsweisen ernst zu nehmen, die in der Lage sind, ein anderes städtisches Gewebe zu schaffen. Es bedeutet auch, das Gewebe der Produktion zu verändern, indem mehr Wert auf die Ausbildung gelegt wird, auf die Aufgaben der Pflege und die Dienstleistungen der Sanierung und

Umweltverträglichkeit der städtischen Infrastrukturen (Sanierung von Altbauten, Anpassung der Wassernetze, Abfallwirtschaft, technologische Modernisierung etc.).

Heute ist die Bilanz nicht so positiv, wie wir es gerne hätten. Überall tauchen Probleme auf, bei der Remunizipalisierung der privatisierten Dienstleistungen wie bei der Einsetzung von effektiveren Formen der Verwaltung. Ganz zu schweigen von der Einführung von partizipativen Praktiken, die einem großen Teil der Bevölkerung unbekannt sind und die von den Oppositionsparteien direkt boykottiert werden. Die Massenmedien helfen uns auch nicht. Aber wir glauben immer noch, dass unser Einsatz der Mühe wert ist: Hoffentlich kann er sich in ganz Europa verbreiten, und hoffentlich gelingt es einer profunderen und massenhafteren Demokratie, die exzessive Macht europäischer Eliten auszuhebeln, die mit ihrer Politik der Angst dabei sind, die Union zu zerreißen. Jede Transformation in Europa braucht diese neuen Erfahrungen, und wir, die municipalistischen Regierungen neuer Prägung in Südeuropa, wir brauchen sie dringend. Ohne sie können wir die Konfrontation zwischen unseren tief verschuldeten Staaten und den europäischen Institutionen, die uns geringschätzen, nicht abwenden.

KONFLUENZEN

Die molekular-revolutionäre Kraft der neuen Munizipalisten in Spanien

Gerald Raunig

Etwas ist faul in den Gemeinden Spaniens. In einem Europa, das von institutionellem Rassismus, neuen Faschismen und rasenden Rechtsruckern der aggressiven Mitte gezeichnet ist, wirken die Entwicklungen der letzten sechs Jahre in Spanien seltsam zeit- und raumversetzt, aus den Fugen. Anomalie, Abweichung, Anzeichen des Umbruchs. Der soziale Protagonismus der 15M-Bewegung, die Platzbesetzungen, die Acampadas, die Mareas, die Asambleas, die erfolgreiche Sorge-Praxis der Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH), die Bewegungen, die in *confluencias* für die diversen Wahlen vor allem auf Stadt/Gemeinde-Ebene münden – all das scheint beispielloos. Im Mai 2015 erfolgte bei den Wahlen auf lokaler Ebene der Durchbruch einer Bewegung, die sich in den Jahren zuvor praktisch und theoretisch abgezeichnet hatte: In all seinen unterschiedlichen Spielarten zeigte sich in ganz Spanien ein neuer Munizipalismus.

Inzwischen haben die neuen Stadtregierungen ihre ersten Erfahrungen gemacht, manche, wie in Barcelona und Madrid, sogar unter der Führung der Bewegungsplattformen unter Namen wie Ganemos, En Comú, Compromis, Ahora, Participa etc. Ob an der Regierung oder in der Opposition – es gibt viel zu tun für jene Akteur_innen, die um und in den Rathäusern für ein nicht-hierarchisches Verhältnis von Bewegung und Institution kämpfen. Wie erwartet, tauchen in den

Mühen der politischen Ebenen vielerorts auch Probleme auf, Probleme, die, legt man die klassischen Raster politischer Theorie auf sie an, die üblichen Mechanismen der „Machtübernahme“, des „Marsches durch die Institutionen“, der Spaltung von Bewegung und Organisation zu wiederholen scheinen. In dieser traditionellen Perspektive hat es den Anschein, als ob auch die Kraft des transversalen Intellekts von 15M zurückginge. Doch die Textmaschinen und revolutionären Maschinen hören auch in der Fülle der Schwierigkeiten und Widersprüche nicht auf, sich gegenseitig anzuwerfen. Das Kämpfen, das Denken, das Fragen geht weiter, das Weitergehen geht weiter, nicht einfach im Sinne der Verschiebung von Hegemonie, sondern als ständiger Kampf gegen Normalisierung und Totalität, gegen Fügung und Fügsamkeit. Aus den Fugen nicht nur die Zeit, auch ihr Raum, entsteht dieser Kampf in der molekularen Immanenz der Munizipalisten selbst, gerade in ihrer Ungefügsamkeit und ihren Neufügungen.

Drei Probleme des Munizipalismus

Erstes Problem: Lineare Vorstellungen von politischer Organisation und Machtübernahme

Wie lineare Vorstellungen von Geschichte und Fortschritt im Allgemeinen die komplexen Brüche und Sprünge politischer Geschichten auszulöschen tendieren, so ist auch die lineare Darstellung der Genealogie sozialer Kämpfe von ihren Ursprüngen bis zur Machtübernahme immer problematisch. Im Fall der spanischen Bewegungen betrifft das ihre einfache Herleitung von den Platzbesetzungen des 15M, insofern diese auf einen traditionellen Gründungsmythos beschränkt wurden. Die Genealogie

ist keine gerade Linie von einem historischen Ursprung zu einer heroischen Zukunft, sie wird in der Jetztzeit produziert. Sie schlägt im Hier und Jetzt ihre Haken mal in die anarchistische Geschichte, mal in den „arabischen Frühling“, in die translokalen Praxen der Antiglobalisierungsbewegung, die Social Fora und die Universitätsbesetzungen, in die Pariser Commune oder in tausenderlei verschiedene Verknüpfungen postkolonialer Übersetzungsprozesse vor allem von und nach Lateinamerika.

Genauso wenig geradlinig lässt sich das Verhältnis der Bewegung der *municipalimos* zu den *municipios* als Subjekt/Objektbeziehung beschreiben, als revolutionäres Subjekt, das sich seines Begehrensobjekts bemächtigt. Es geht nicht einfach um die Übernahme der durch die Aushöhlung der repräsentativen Demokratie entleerten Gefäße, der korrupten Parteien, des obsolet gewordenen Staatsapparats. Vielmehr geht es um die Veränderung der institutionellen Form selbst, der Subjektivierungsweisen und der instituierenden Praxen, die nicht erst nach der Übernahme des Staatsapparats beginnt, sondern vor und jenseits linearer Entwicklungsvorstellungen. Die neue Institutionalität ist schon *vor und vor* jeder Form von Übernahme. Und es ist, so wie Stefano Harney und Fred Moten dieses „vor und vor“ konzipieren,¹ ein zugleich zeitliches und örtliches Vor, das sich der doppelten Einfügung in eine lineare zeitliche wie räumliche Ordnung entzieht – wie der Munizipalismus an anderen Orten und zu anderen Zeiten seine Spuren gehabt, seine Breschen geschlagen, seine Linien gezogen haben wird.

¹ Stefano Harney, Fred Moten, *Undercommons. Flüchtige Planung und schwarzes Studium*, übersetzt von Birgit Mennel und Gerald Raunig, Wien u. a.: transversal texts 2016, S. 11.

Zweites Problem: Ökonomien der Abgabe

Municipium bezeichnete in der römischen Republik zunächst eine von Rom abhängige Stadt Latiums und später Italiens, deren Bürger (*municipes*) gegenüber Rom die gleichen Pflichten übernehmen (*munus capere*) mussten wie die römischen Bürger. In der Regel handelte es sich bei einem *municipium* also um einen Ort, der sich den Römern hatte unterwerfen müssen. Diese Ungleichheit wurde zwar im Laufe der römischen Geschichte immer mehr nivelliert, doch selbst nachdem die *municipia* mit Rom gleichberechtigt wurden, hieß das *munus* neben den gleichen Rechten noch immer auch gleiche Pflichten: eine Steuer abgeben zu müssen, eine Abgabe geben zu müssen, blieb Voraussetzung dafür, Teil der Gemeinschaft (*com-munitas*) zu sein. Das *munus* ist hier weniger Gabe oder Geschenk denn Abgabe, Verpflichtung, Steuer – die Teilhabe also kein Mehrwerden, sondern Wenigerwerden.²

Alle Fragen an die neuen Munizipalisten beginnen damit, wie gegen diese etymologische und historische Last des *municipium* eine radikale Wende eingeleitet werden kann: Wodurch kann eine Bewegung entstehen, welche die ökonomisch-rechtliche Verpflichtung der städtischen Abgabe nicht als Voraussetzung für Aus- und Einschluss in die Gemeinschaft der Bürger_innen (*ciudadanía*) handhabt? Wie kann dieser Mechanismus der ökonomischen Vergemeinschaftung durch Abgabe und der rechtlich-politischen Individualisierung als

² Das *munus* ist ein *minus*. Vgl. zu dieser Problematik Isabell Lorey, *Figuren des Immunen. Elemente einer politischen Theorie*, Zürich: diaphanes 2011, S. 181-227, und Gerald Raunig, *DIVIDUUM. Maschinischer Kapitalismus und molekulare Revolution, Band 1*, Wien u. a.: transversal texts 2015, S. 101-106.

Bürger_innen-Individuen gebrochen werden? Wie können sich neue Formen der individuellen Teilung und Sorge-Ökonomie entwickeln, Weisen der radikalen Inklusion und *cuidanía*³?

Drittes Problem: Lokalismus als Schließung

In allen Darstellungen, Reflexionen und Theoretisierungen der Munizipalisten steht die Betonung des Lokalen im Vordergrund. Anstatt Entscheidungen auf die allzu abstrakten Ebenen des National-/Zentralstaats, der EU, der globalisierten kapitalistischen Ökonomie zu schieben, geht es vor allem um die Politisierung des engeren räumlichen Kontexts. Begriffe wie *cercano*, *proximo*, *vecino*, *local*, *territorio*, *directo*, *inmediato*, *endógeno* sind lexikalische Anzeiger einer spezifischen, auf das Lokale fokussierten Reterritorialisierung.⁴

Das Problem, das ich hier sehe, liegt nicht in einer unterstellten Beschränkung der Mikropolitik von horizontalen Praxen, der Politik von Unten, einer Horizontalität, der ihre vertikale Komponente abginge; es liegt vielmehr in der drohenden Einfriedung, Begrenzung

3 Zum Neologismus der Precarias a la Deriva sowie zur minimalen Verschiebung von der *ciudadanía* zur *cuidanía* vgl. Birgit Mennel, Stefan Nowotny, „Die militante Ethik der Precarias a la Deriva“, in: Precarias a la Deriva, *Was ist dein Streik? Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*, übersetzt von Birgit Mennel, Wien u. a.: transversal texts 2014, S. 9-32, hier S. 29f.

4 Vgl. etwa die einschlägigen Publikationen wie Observatorio Metropolitano, *La apuesta municipalista. La democracia empieza por lo cercano*, Madrid: Traficantes de sueños 2014; Angel Calle Collado, Ricard Vilaregut Sáez, *Territorios en democracia. El municipalismo a debate*, Barcelona: Icaria 2015 ; Fundación de los Comunes, *Hacia nuevas instituciones democráticas*, Madrid: Traficantes de sueños 2016; Emmanuel Rodríguez López, *La política en el ocaso de la clase media. El ciclo 15M-Podemos*, Madrid: Traficantes de sueños 2016.

und Schließung der lokalen Praxen. Das betrifft heute nicht nur die klassischen Nationalismen vor allem in Katalonien und dem Baskenland, die in neuen Gewändern neuen Zuspruch bekommen. Es betrifft auch die Gefahr der kommunitären Einfriedung gegenüber den aktuellen Flüssen von Flucht und Migration. Neue Formen der Reterritorialisierung sind zweifelsohne notwendig, aber nicht als Substanzialisierung und Schließung des Territoriums, sondern als Vielfalt und Vervielfältigung subsistenzierender Territorien, die in einen europäischen konstituierenden Prozess zu münden vermögen.⁵ Nicht vorzüglich von Europa ausgehend und sicher über Europa hinaus vermögen es diese Flüsse und Zusammenflüsse, translokale abstrakte Maschinen in vielen Welten zu schaffen.

1 Barcelona vor und vor der Machtübernahme

Neue Institutionalität ist immer schon vor und vor. Sie beginnt nicht mit oder nach einer Machtübernahme, einer Übernahme des Apparats, nach der Gründung eines neuen Staats, der auf einen anderen folgt. Und sei es eine Übernahme, die nicht durch Herrschaft, sondern durch Hegemonie und Populismus oder durch Normalisierung des vormalig Anormalen zustande gebracht wird. Die Plattformen, die Mareas, die Versammlungen in den Barrios waren schon da als neue Formen

⁵ Vgl. Antonio Negri, Raúl Sánchez Cedillo, *Für einen konstituierenden Prozess in Europa*, übersetzt von Gerald Raunig, Wien u. a.: transversal texts 2015, und Marisa Pérez Colina, „Convertir la apuesta municipalista en palanca democratizadora“, <https://www.diagonalperiodico.net/movimientos/28424-convertir-la-apuesta-municipalista-palanca-democratizadora.html>. Pérez Colina versteht den Munizipalismus als „Hebel“ für eine demokratisierende Transformation Europas.

subsistenzieller Teilung, Dividualität, deren Linien sich ziehen ließen und lassen, gerade auf dem Immanenzfeld Europas in der Krise.

In Barcelona wurde im Juni 2015 mit Ada Colau eine zentrale Aktivistin der PAH⁶ zur Bürgermeisterin gewählt. Das wurde möglich, weil Barcelona en Comú 11 der 40 Mandate im Stadtparlament erhielt und damit zur größten Fraktion reüssierte. Dass ein paar Monate später En Comú Podem auch bei den nationalen Parlamentswahlen im Dezember Nummer Eins in Katalonien wurde, ist ein erstaunlicher Erfolg, aber nicht als „eigentliches Ziel“ einer Bewegung, die immer schon Partei werden wollte, sondern lediglich als einer von vielen Effekten der Munizipalisten. Was die Präposition „vor“ in der Formulierung „vor und vor“ anklingen lässt, ist sicher nicht die *Vormacht* der *Vorstellung* von der Partei, auf deren Wahlsieg alles ausgerichtet war und ist.

Vor und vor diesen erstaunlichen Wahlerfolgen hatte sich eine neue Institutionalität entwickelt: *vor* den Ämtern, auf der Straße, auf den Plätzen, in den Asambleas, und *vor* der Übernahme der Ämter als Erprobung von neuen molekularen Organisationsweisen der radikalen Inklusion. Vor-Verortung und Vor-Zukunft, auch und vor allem im Herzen des Staatsapparats: Barcelona en Comú wollte die Gemeinde nicht einfach nach geschlagener Wahl im Juni 2015 übernehmen, als überzeitlich konstanten Container, dessen Inhalt entweder übernommen oder ausgetauscht wird.

Neben vielen Versammlungen, mikropolitischen Praxen und unterschiedlichsten Aktionen initiierte die

⁶ Vgl. <http://afectadosporlahipoteca.com/> sowie Ada Colau, Adrià Alemany, *¡Sí se puede!: Crónica de una pequeña gran victoria*, Barcelona: Destino 2013.

Plattform mitten in der Wahlbewegung des Frühjahrs 2015 auch eine militante Untersuchung unter den Gemeindeangestellten in Barcelona. Nicht nur, dass die Aktivist_innen von Barcelona en Comú interessiert waren, den Staatsapparat zu untersuchen – auch die Angestellten zeigten sich bereit, ihre Institution zu hinterfragen.⁷ In einer Reihe von Diskussionsrunden trafen sich ca. 60 Forschende (Aktivist_innen, Akademiker_innen und Angestellte, manche davon alles in einem) in kleineren Gruppen. Die Forschungsfragen betrafen die Machtverhältnisse unter den Gemeindeangestellten, ihre Arbeitsverhältnisse, die Beziehungen der Angestellten zu den Bürger_innen sowie zu den gewählten Vertreter_innen und die politische Struktur der Gemeinde. Die Untersuchung ergab, dass im Gegensatz zum Bild vom abgesicherten Beamten die Transformationen des maschinischen Kapitalismus und die damit einhergehende Prekarisierung auch nicht vor der Arbeitsorganisation des Staatsapparats haltgemacht hatten: Nach dem Ende des Franquismus waren in den 1970er und 1980er Jahren zwar auch Aktivist_innen aus organisierten Nachbarschaften in die öffentliche Verwaltung gekommen, deren Engagement aber bald vereinnahmt und neutralisiert wurde. Anstatt sie an der Konstruktion konkreter Politik zu beteiligen, wurde das „technische Wissen“ der Angestellten marginalisiert. Mit der zunehmenden Ausbreitung von Korruption verstand die Mehrheit der Gemeindebediensteten ihre Macht nicht mehr als Autonomie, sondern als „Treue“ zu „politischen Familien“ und Parteien, die bestimmten, wie neue

⁷ Für Fakten und Interpretation der militanten Untersuchung bedanke ich mich herzlich bei Francesco Salvini.

Stellen vergeben wurden und Karrieren sich entwickelten. Die Prekarisierung der Arbeit hatte zugleich weitere Formen der Isolierung zur Folge: horizontale Isolierung der Abteilungen untereinander und vertikale Isolierung im Verhältnis zu den Bürger_innen. Vor allem in den Abteilungen für Minderheitenfragen wurden die Beschäftigten seit den 1990er Jahren mehr und mehr prekarisiert und marginalisiert.

Diese Situation von allgemeiner Korruption und Prekarisierung zu transformieren, bedeutete zunächst zurückzukommen auf den spezifischen Intellekt, das „technische Wissen“ der Verwaltenden als Expert_innen: Diejenigen, die den Apparat kennen, die wissen, wie er funktioniert, haben auch eine besondere Kompetenz darin, ihn zu verändern. In der militanten Untersuchung formulierten die Teilnehmenden daher Dokumente, Protokolle und Positionen, die inhaltliche Grundlage für Veränderungen ihrer eigenen Tätigkeit und Institutionalität sein sollten. Natürlich hatte die Untersuchung auch den Effekt, dass Barcelona en Comú gerade durch den frühen Eingriff in die Institution an Legitimation gewann, und im Vorbeigehen auch ein Wissen, das den Akteur_innen nun, da sie „im Amt“ sind, auf unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung und Politik tätig sind, zugutekommt. Der wichtigste Effekt besteht aber im Zusammenfließen und im Un/gefüge der Subjektivierungen, das genau *zwischen* identifizierbaren Akteur_innen wie Barcelona en Comú und „der Verwaltung“ in Gang gebracht zu werden vermag. Hier liegt auch die Potenzialität einer neuen ungefügigen Institutionalität – immer vor und vor der Machtübernahme, als Veränderung von Subjektivierungsweisen und Institutionalität. Um innerhalb der Munizipalisten neue instituierende

Praxen zu erfinden und zu erproben, braucht es kein ungestörtes Funktionieren des Apparats, auch wenn er im Dienst der Bürger_innen oder einer guten Sache zu handeln glaubt. Es braucht vielmehr genau dieses Ungefüge, eine institutionelle und instituierende Maschine, die sich nicht in ihrer Struktur verschließt, sondern permanent Zusammenbrüche wie Durchbrüche, Verästelungen und Zusammenflüsse produziert, Konfluenzen.

2 Málaga: Bienenstöcke und subsistenzielle Territorien

Málaga wird seit Jahrzehnten vom Partido Popular regiert, der die Probleme der ökonomischen Krise (Jugendarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Kinderarmut u.v.m.) mit einer einzigen, einfachen Strategie, der Investition in den Tourismus, zu beantworten scheint. Symbolträchtig wird vor allem an den Instrumenten des Kulturtourismus gebastelt: Während die soziokulturelle Infrastruktur der meisten Barrios gegen Null geht, zielt die konservative Kulturpolitik auf die spektakuläre Ansiedlung von großen wie glatten Institutionen im Zentrum und am Hafen. Z. B. das CAC, das sich zwar „Museo y centro de arte contemporáneo“ nennt, aber zugleich laut seiner Website auch „based on the model of the German ‚Kunsthalle‘“ sein will. Diese Kunsthalle hat kein aufregendes Programm und zugleich das wenig versteckte Ziel der Gentrifizierung seines direkten Umfelds: Das direkt am Hafen gelegene Barrio Ensanche Centro soll unter seinem „neuen“ Namen *Soho* mithilfe von Kunst aufgewertet werden. Das Projekt, das vor allem dekontextualisierte Graffiti-Kunst fördert, begleitet seit Jahren unter dem Brand „Málaga Arte Urbano Soho“ die Abwanderung und Aussiedelung alter

Bewohner_innen-Schichten und – weniger erfolgreich – die schleppende Ansiedlung der Nouveaux Riches.

Ein anderes Beispiel – hier geht es weniger um die neuen Reichen als um die alte Aristokratie – ist das Museo Thyssen, ein provinzielles Museum, das auch mit Mitteln der Gemeinde 2011 eröffnet wurde. Weit auffälliger als seine Sammlung ist das ausgedehnte Branding des Umfelds des Museums: Einen großen Teil des Zentrums von Málaga behübschen kleine Flaggen an Läden, Restaurants und Galerien, die das Barrio als „Entorno Thyssen“ ausweisen. Die drei Begriffe, die die Flaggen jenseits des Namens der adeligen Patronin zieren, lauten passenderweise: *comercio cultura turismo*. Zuletzt hat sich die Stadt Málaga 2015 auch noch für fünf Jahre in das Franchising des Pariser Centre Pompidou eingekauft. Als konservative Kopie der problematischen Gentrifizierung Barcelonetas wurde das Hinterland von Malagueta zu einer Plastik-Luxus-Ausgehmeile umgebaut, an deren Anfang ein aufwendiger Museumsneubau nicht vor Ort, sondern in Paris geplante und organisierte Ausstellungen zweitverwertet. Keine Involvierung lokaler Kräfte, nicht einmal beim Bau des Kulturzentrums, geschweige denn bei der Kuratierung oder Programmierung.⁸

Die Teilhabe an dieser Form von ökonomisch übercodierter *com-munitas* beschränkt sich auf den Konsumismus von Tourist_innen und oberen Schichten. Während das *munus*, die Abgabe, alle betrifft, gelten die Vorteile nur für die Wenigen. Der falschen Vorstellung vom *municipium* als hierarchischer Verwaltung von

⁸ Aus dieser Perspektive erklärt sich auch die Plakat-Aufschrift *¡me-nos museos mas empleos!*, die mehrfach auf Demos in Málaga gesichtet wurde.

Ein- und Ausschluss, als Zwangsgemeinschaft der rechtlichen Verpflichtung zur Abgabe lässt sich am besten mit neuen sozialen und ökonomischen Experimenten begegnen: In Málaga gehen diese seit 2007 vor allem von der Casa Invisible aus, einem besetzten und umkämpften „Centro Social y Cultural de Gestión Ciudadana“ mitten im Zentrum Málagas. In diesem Zentrum fanden auch die meisten Gründungstreffen der politischen Plattform statt, die sich – ähnlich wie in Madrid – den Namen Málaga Ahora gab. Im Mai 2015 wurden vier Abgeordnete von Málaga Ahora in Málagas Ayuntamiento gewählt, als drittgrößte Fraktion von fünf.

Anstatt das dafür offiziell vorgesehene Geld für einen eigenen Partei-Sitz auszugeben, begann Málaga Ahora Ende 2015 damit, Sozialzentren zu gründen, Zentren der soziokulturellen Praxis, einer neuen Politik der Affekte im Barrio.⁹ Die soziale Zusammensetzung der Colmenas („Bienenstöcke“, wie diese Zentren genannt werden) differiert von jener der klassischen Sozialzentren und subkulturell geprägter, besetzter Häuser. Auch hier gilt das Schlagwort der *confluencia*, des Zusammenfließens von unterschiedlichen Akteur_innen, damit eines strömenden Territoriums, das nicht leicht kontrollierbar ist, diffus, überfließend. Die Colmenas sind in erster Linie Nachbarschaftszentren, niedrigschwellige Treffpunkte, selbstverwaltete soziokulturelle Zentren, deren Infrastruktur über den Umweg der Umverteilung durch

⁹ Vgl. Javier Fernández Cruz, Curro Machuca, „Málaga Ahora como enjambre“, <https://www.diagonalperiodico.net/la-plaza/28532-malaga-ahora-como-enjambre.html>; Raúl Sánchez Cedillo, Juan Díaz Ramos, Pablo Lópiz, „Retos de los municipalismos II: federalismo municipalista, herramientas de organización, comunes“, <https://www.diagonalperiodico.net/blogs/funda/retos-municipalismos-ii.html>.

Málaga Ahora von der Gemeinde getragen wird. Doch auch wenn die Infrastruktur von der Gemeinde zur Verfügung gestellt wird, bleibt die Verwaltung der Colmenas zur Gänze bei ihnen selbst. Bis heute sind drei Colmenas in drei verschiedenen Bezirken außerhalb des Zentrums (El Palo, Carretera de Cádiz und Puerto de la Torre) entstanden, mit einem vielfältigen Programm, das die verschiedenen Interessen der Protagonist_innen abbildet.

Der Bienenstock ist das subsistenzuelle Territorium der Bienen. Doch diese „Bienen“ sind anders als ihre Verwandten aus dem Tierreich. Es gibt kein Bienen-Volk. Es gibt zwar eine Sprecherin von Málaga Ahora, die Anwältin und Aktivistin Ysabel Torralbo, aber ihre Rolle ist nicht die der Bienenkönigin. Die Politik der Affekte, des unentwegten Zuhörens, der *confluencia real*, die Málaga Ahora vertritt, funktioniert nicht populistisch, auch keineswegs in der Annahme, dass ein Bienenvolk von einer zentralen Akteur_in angerufen würde. Es geht hier auch andererseits nicht um die Ausformung souveräner individueller Bürgerschaft, sondern um die Gründung von Territorien individueller Sorge, immer vor und vor der Souveränität. Wenn ich in diesem Zusammenhang von subsistenzuellen Territorien spreche, klingt nicht die Idee von patriarchalen Formen der Subsistenzwirtschaft mit, sondern eine queere, feministische Form der Sorge-Ökonomie, die ausgeht von der Subsistenz der wilden Sorge im Barrio. Jeder Sorgebeziehung ihre spezifische Subsistenz. Das Territorium ist nicht Substanz, sondern offenes Terrain der Sorgebeziehungen. In und durch die Colmenas breitet sich die *cuidadania* aus, Vielheit der Sorgebeziehungen, die nicht klientelistisch, top-down und individualisierend funktioniert,

nicht auf Steuer und Schuld des *munus* basierend, sondern als neuer Munizipalismus auf Teilung, Sorge und wechselseitiger Verschuldung, schlechten, faulen Schulden, die nicht zurückgezahlt werden und nicht zurückzahlbar sind.

3 Sevilla - Abstrakte Maschinen und die ausstehende Technopolitik der Munizipalisten

Die Munizipalisten beginnen in der sozialen Mitte des Lokalen, des Nachbarschaftlichen, des Territoriums. Doch dieser Lokalismus läuft Gefahr, zur Schließung zu tendieren, wenn er ihr nicht Formen der Deterritorialisierung entgegensetzt. „Somos enjambre“, sagt Málaga Ahora¹⁰, kein Bienen-Volk also, sondern ein Schwarm. Und wenn der Schwarm ausschwärmt, kann er auch faul werden. „Faul“ ist der munizipalistische Schwarm gerade nicht deshalb, weil er faul im Bienenstock hocken bliebe, aber auch nicht weil er zu wenig dem Ideal einer einheitlichen, unterwürfigen, fleißigen Bienengemeinschaft folgte. Es ist etwas faul an diesem Schwarm wegen der ausfransenden, unkontrollierbaren Wirkung seiner Wunschproduktion. In und aus dem lokalen, nachbarschaftlichen Kontext fließend, in *confluencias* zusammenfließend, über seine Grenzen überfließend, produziert der Schwarm im Ausschwärmen ein Über-Schwärmen.

In Sevilla heißt die neue Plattform Participa Sevilla; sie errang drei Mandate bei den kommunalen Wahlen, und auch hier ist die Spitzenkandidatin eine Frau, die Kuratorin Susana Serrano. Auch in Sevilla gibt es den

¹⁰ Vgl. Santi Fernández Patón, „Somos enjambre“, http://www.eldiario.es/andalucia/desdeelsur/enjambre_6_391670880.html und Fernández Cruz, Machuca, „Málaga Ahora como enjambre“.

Plan der Gründung von Sozialzentren, doch die realen Räume in den Barrios sind nicht die einzigen subsistenzuellen Territorien. Gerade für die Beantwortung der Frage, wie die Flüsse der *cuidadania* über die Grenzen des Lokalen zusammen-, über- und hinausfließen könnten, werden technopolitische Aspekte relevant. Susana Serrano erzählt etwa, dass die *Circulos* von *Podemos* ihre Legitimation teilweise durch die Eröffnung einer Facebook-Site erreicht haben, nicht etwa durch den Nachweis einer ersten, auf Papier protokollierten Sitzung oder die Vormacht einer gewissen, durch die nationale *Podemos*-Leitung eingesetzte Gruppe. Doch Facebook ist definitiv nicht das geeignete Medium molekularer Revolution. Unter dem Namen *n-1* hatte es schon ein technopolitisches Dispositiv in Spanien gegeben, das die Möglichkeiten von Medialität und Sozialität in selbstorganisierter Weise erweitern wollte. Gegeninformation, aktivistischer Forschung und dissidenter Wissensproduktion sollte eine andere Qualität von Datenschutz, aber auch andere technische Grundlagen sozialen Verkehrs geboten werden. Das bedeutete zugleich mehr *Privacy* und *Tools* zum sozialen Austausch, mehr Selbstkontrolle über die eigenen Daten und mehr technische Zuverlässigkeit, als die kommerziellen Dienstleister_innen des *Web 2.0* bieten konnten. *n-1* kam allerdings nie auch nur annähernd an die Mitglieder-Niveaus von Facebook heran. Um 15M stieg die Anzahl der Beteiligten 2011 zwar auf über 40.000, danach fiel das soziale Netz aber in sich zusammen.

Für die neuen Munizipalisten wird es neuer technopolitischer Räume bedürfen, Maschinen-Räume, die *confluencias* auch im translokalen Rahmen ermöglichen. Diese abstrakten Maschinen sind nicht einfach

als Netzwerke zu denken, die existente Punkte, existente Territorien miteinander verbinden. Vielmehr geht es um Erfindung und Neuzusammensetzung, Stockungen und Zusammenflüsse, Zerstreungen und Versammlungen, Un/gefüge. Die abstrakten Maschinen können nur gemeinsam mit den konkreten sozialen Maschinen entstehen, wie die Vielfalt der technopolitischen Ströme mit den Schwärmen in den Barrios, genauso faul, brüchig, geteilt, aus den Fugen, ungefügt.

Die Überlegungen zu diesem Text entstanden auf einer ausgedehnten Reise im Januar und Februar 2016. Ich möchte mich herzlich bei den Freund_innen und Aktivist_innen in Barcelona, Málaga und Sevilla bedanken, die in vielen Gesprächen und Diskussionen die Grundlagen dafür gelegt haben, sowie bei Isabell Lorey, Kelly Mulvaney und Manuela Zechner für zusätzliche Anregungen zum Text.

LET'S PLAY? BÜRGERSCHAFT, SUBJEKTIVITÄT UND KOLLEKTIVITÄT IM MUNIZIPALISMUS

Manuela Zechner

Aus dem Englischen von Christoph Brunner

Wer ist das Subjekt des Munizipalismus? Die Bewegungen, die gewählten Repräsentant_innen, die Bürger_innen? Die Frage nach dem politischen Subjekt betrifft nicht nur einzelne Individuen oder Gruppen von Individuen, sondern das lebendige Werden eines kollektiven Subjekts. Welche kollektiven Arten des Werdens impliziert der Munizipalismus? Wie können andere Formen des Subjekts an der Kampflinie des Munizipalismus über die Bürgerschaft der Bourgeoisie und des Staates hinaus entstehen? Weit mehr als guter Regierungsweisen bedarf es hierbei eines verkörperten, subjektiven Hackings, jenseits der Stadt als *Burg der Bürger*. Dabei geht es mehr als vielleicht erwartet um Mikropolitik und Sorge.

Ein neues Spiel: Munizipalismus

Jenseits des Hypes rund um die Wahlen verliefen die spanischen munizipalistischen Prozesse alles andere als glatt und simpel. Ganz im Gegenteil besitzen diese Prozesse eine atemberaubende Komplexität und oft auch Härte. Während mittlerweile eine Art dritter Phase der spanischen Munizipalismusprojekte anbricht, werden die Lehren hieraus Stück für Stück formuliert; es sind viele und unterschiedliche. Nach dem Jahr der Wahlkampagnen – voll von Versprechungen, Enthusiasmus, Möglichkeiten, Solidarität, Aktivierung und

Ermächtigung¹ – kam ein Jahr der Übernahme und des Hineinwachsens in die Regierung – geprägt von einer schwindelerregenden Lernkurve, von Neuordnungen und Neuzusammensetzungen sozialer und institutioneller Kräfte, und von vielen Wahlkampfprioritäten (die Wahlen in Katalonien im Jahr 2015 und zwei Parlamentswahlen in den Jahren 2015/16).

An den abgeschlossenen Wahlzyklus schließt sich nun eine Periode der Konsolidierung und des nach vorne gewandten Heranreifens an. Es bricht eine Phase an, in der Regierungsweisen ihre Effekte zeigen, in der Gewohnheiten und Strategien Form annehmen und eine öffentliche politische Debatte entsteht. Die Dynamiken des Munizipalismus wirken auf den städtischen Alltag, soziale Bewegungen und neue soziale Akteur_innen ein, wenn auch auf unterschiedlichen Ebenen der Intensität und aus unterschiedlichen Blickwinkeln. In den Straßen und kommunalen Institutionen entsteht ein neues, die Stadt prägendes Set von Diskursen und Ansätzen; neben den Graswurzeln in den Straßen, Nachbarschaften und Institutionen besteht eine komplexe Relation der Affinität, der Spannung und des Widerspruchs. Sogar in den Hallen der Macht selbst und in den neuen Organisationen, die sie geformt haben (wie Barcelona en Comú, der Plattform, mit der ich mich am besten auskenne), gibt es neue Machtlogiken, Wissensformen und soziale Beziehungen in Verhältnis zu Parteien und Institutionen.

All dies bedingt ein heftiges Aufrütteln der sozialen und politischen Stadtlandschaft, durch die hindurch

¹ Vgl. Manuela Zechner, „Barcelona en Comú: The city as horizon for radical democracy“, Roarmag online 2015, <https://roarmag.org/essays/barcelona-en-comu-guanyem/>.

neue Allianzen, Risse, Räume und Rhythmen entstanden sind. Nach zwei Jahren dieser Dynamik werden viele Möglichkeiten, Positionen und Grenzen deutlicher. Die Herausforderung besteht – wie bei den meisten lebhaften und komplexen politischen Prozessen – darin, Wege zu finden, diese anzugehen, ohne ihre Komplexität zu reduzieren. Es ist nun an der Zeit, über die Grenzen und Bruchlinien des Munizipalismus nachzudenken und sich über eine von außen kommende Kritik oder defensive selbst-glorifizierende Legitimationen aus dem Inneren der Institutionen hinwegzusetzen. Gerade an diesen Stellen werden Sorge und die Produktion von Subjektivität möglich.

Auf der anderen Seite des Atlantiks, in einer anderen Phase eines Wahlprozesses – beziehend auf den Post-Kirchner-Moment in Argentinien – formulierte Diego Sztulwark die Notwendigkeit einer ‚Sorge um Kritik und um Prozesse des Werdens‘. Auch wenn der Moment der Enttäuschung und des reaktionären Rückfalls auf der Wahlebene anderer Instrumente bedarf als die der gegenwärtigen munizipalistischen Phase in Spanien, ist doch die Frage der Sorge und des Werdens auf allen Ebenen relevant. „Der Begriff der Linken dient, makropolitisch gesprochen, nur dem Zweck des Werdens, sagte [Deleuze]. Werden erfordert Sorge.“² Wie also über Sorge um die kollektiven Prozesse der Munizipalisten nachdenken?

² Diego Sztulwark, „Micropolíticas neoliberales, subjetividades de la crisis y amistad política (o por qué necesitamos criticar al kirchnerismo para combatir al macrismo)“, Anarquía Coronada Blog 2016, <http://anarquiacoronada.blogspot.hr/2016/05/micropolíticas-neoliberales.html>.

Das Spiel, der Ball und die munizipalistischen Subjekte

Nachdem die Wahlphase so viele Menschen in den Städten Spaniens zusammengebracht hatte, stellte sich die Frage: Welche Veränderungen von Subjektivität und Kollektivität wurden und werden dadurch ermöglicht? Diese Frage ist nicht ein bloßer Nebeneffekt, sondern die zentrale Frage, die den Munizipalismus als etwas über den radikalen Reformismus Hinausgehendes interessant macht. Die Rolle der Versammlungen in der Nachbarschaft und der thematischen Kreise (in Barcelona als ‚eyes‘ bekannt) als Kraftwerke der Begegnung, Debatte und Erarbeitung von Vorschlägen ist ein wichtiger Teil der munizipalistischen Projekte. Während der Wahlkampfphase waren sie die Motoren kollektiven Denkens und Werdens, doch in der Phase der Regierung wird ihre Rolle undeutlicher. Wie lassen sich die Agent_innen und Subjekte des Munizipalismus in dessen unterschiedlichen Phasen denken?

Brain Massumi verfügt über einige entscheidende Intuitionen zur politischen Ökonomie der Zugehörigkeit (*belonging*).³ Zur Frage des Subjekts eines Fußballspiels bemerkt er, dass es zu unserer Überraschung nicht die Spieler_innen sind. Zu weiten Teilen ist das Subjekt der Fußball, um den herum sich tendenziell Bewegungen kristallisieren. Unterschiedliche Spieler_innen komponieren von Zeit zu Zeit gemeinsam mit ihm, aber es ist der Ball, der das Spiel katalysiert und animiert. Anstatt bewusst zu agieren, sind die Spieler_innen in einer relationalen Dynamik gefangen, die sich zwischen den

³ Brian Massumi, „The political economy of belonging and the logic of relation“, in: *Parables for the Virtual*, Duke University Press 2002, S. 68-88.

beiden Toren polarisiert. „Der Ball bewegt die Spieler_in. Die Spieler_in ist das Objekt des Balls. [...] Wenn der Ball sich bewegt, bewegt sich das ganze Spiel mit ihm. Seine Ortsveränderung ist mehr als eine lokale Bewegung: Sie ist ein globales Ereignis.“ Diese kollektive Bewegungsaktion ist keineswegs bewusst, sondern immanent, reflexiv und relational im Werden, indem sie dem Sog der Tore und somit einem potenziellen Torschuss folgt.

Das Subjekt ist der Ort, an dem Bewegung entsteht, nicht die Spielpläne. Es ist das Subjekt, um das herum sich das Werden ereignet, mit all den auf es einwirkenden partiellen Subjekten und Kräften. In diesem Sinne hat der Munizipalismus mit dem munizipalistischen Ball Tausende von Menschen dazu animiert, Barcelona zum Spielfeld zu machen, polarisiert zwischen den zwei Toren – FC ‚casta‘ und FC ‚comú‘ –, mit dem Begehren zu gewinnen. Einer der ersten Namen für jene kommunale Plattform in Barcelona war ‚Guanyem Barcelona‘ (‚Wir gewinnen Barcelona‘), die den großen Ball mit dem Ziel, ‚die Stadt zurückzugewinnen‘, ins soziale Feld warf. Auf der einen Seite standen die alten korrupten Eliten, die *casta*, die Politiken der Privilegierten. Auf der anderen fanden sich die ‚gemeinen Leute‘ oder Leute, die das Gemeinsame verteidigen, ein neues Team mit exponentiellem Wachstum, scheinbar unendlichen menschlichen Ressourcen, Energien, Ideen.

Mit dem Spiel entstand auf Stadtebene ein breiter Prozess kollektiver Bewegung. Tausende von Menschen rannten, schossen, verteidigten, sahen zu und kommentierten während der Wahlkampagne. Im Prozess der Konfluenz mit anderen Parteien schien das neu entstehende Team ‚Barcelona en Comú‘ das Spielfeld noch zu

erweitern. Munizipalismus ist das Lösungswort, seine Subjekte sind viele und niemals souverän. Eine Figur, ein bescheidenes, wenn auch madonnenhaftes Maskottchen namens Ada Colau, leitete sie. Ein gewaltiger Sinn für Zugehörigkeit folgte, etwas war gewachsen zwischen Hunderten und Tausenden von Menschen, etwas *von ihnen*: sie ermöglichten den Sieg durch ihre Versammlungen, Diskussionen, Kampagnen. „Die Zugehörigkeit kommt vom Werden“, schreibt Massumi: Barcelona en Comú war etwas, das ihnen gehörte und zu dem sie gehörten. Ein machtvolles kollektives Subjekt wurde geboren, ohne klare Identität, aber mit viel Lebendigkeit.

Mit dem Wahlsieg wurde der Ball ins Rathaus geschossen. War es immer noch das gleiche Spiel? Ließ es sich auf der Straße weiterspielen? Innerhalb der Institutionen lag es an den tendenziell zu Stars gewordenen Spielern, genügend virtuos zu manövrieren, um das munizipalistische Projekt überleben zu lassen. Die Herausforderung des Munizipalismus lebt fort, aber das Subjekt des Spiels hat sich geändert, von einem wilden und diffusen Gemeinsamen hin zu einem sehr viel konkreteren Set von Agent_innen. Nun tauchte die Frage nach dem Subjekt dieses munizipalistischen Spiels erneut am Horizont auf: zu wem gehört es und wer gehört zu ihm oder, in Massumis Worten, um wen herum entfaltet sich tendenziell die Bewegung? Es war immer die Idee, die Subjekt-Objekt-Dynamiken des Regierens zu unterwandern, diese ‚Regierung durch Unterwerfung‘, aber das institutionelle Spielfeld funktioniert eben nicht so wie das der Straßen und Plätze. Seine Regeln sind starr, seine Spieler stark hierarchisiert ...

Massumi liefert eine interessante Perspektive auf die Art und Weise, wie sich die Regeln eines Spiels wie des

Fußballs verändern: Durch die Stile der Spieler_innen, mittels derer sie singuläre Möglichkeiten zur Unterwanderung der Regeln finden, Enthusiasmus mobilisieren und die Regeln so neu besetzen, dass sie die Macht der Schiedsrichter_in aushebeln. Veränderung ereignet sich zwischen den Körpern und Relationen der Spieler_innen, gemeinsam mit der Kraft der Öffentlichkeit. Sie vollzieht sich, indem etwas verkörpert wird, das vorgegebene Regeln unterläuft; durch ein Agieren innerhalb des Spiels.

Daher ist der Begriff der ‚municipalistischen Revolution‘ wohl eine Fehlbezeichnung, da das apriorische Spiel an sich fortbesteht – gleiche Büros in den alten Rathäusern, gleiche Arbeitsteilung und Entscheidungswege, gleiche zu befolgende Gesetze, gleiche Medien, denen man antwortet – aber die Spieler_innen ändern sich. Was Barcelona en Comú – als Set gewählter Parteizugehöriger – mit dem Eintritt in die Institution tun kann, ist das stetige Umbenennen und Umstellen von Ämtern, die Erfindung neuer Rollen, Verantwortlichkeiten, Beratungsformen und Dialoge, damit sich das Spiel selbst vielleicht ein wenig ändert. Die Art und Weise, das Spiel zu verkörpern, der Stil und die Beziehungsformen, die ihm unterliegen, machen dabei viel aus.

Im Zuge des Siegs hat Barcelona en Comú auch anderen Städten einen Ball hingeworfen, mit dem Ziel eines sich formierenden Championsteams aus Städten – scheint dies doch der vielversprechendste politische Horizont angesichts des zunehmend reaktionären und blockierten Spiels auf der Ebene der Nationalstaaten und der EU. Beim internationalen Netzwerken hat Barcelona en Comú Rückenwind durch die Berühmtheit der 15M-Bewegung, des FC Barcelona, das Image der Innovationsstadt und des katalonischen Stolzes.

Die Institution ... Macht durchquert den Körper

Das munizipalistische ‚olé olé‘ produziert Echos, aber in der Stadt selbst hat sich auch die Tonlage und die Phase verändert. Jenseits von Nostalgie und Purismus stellt sich die Frage, wie sich diese neue Situation denken und mit Leben erfüllen lässt. Dies beinhaltet viel makropolitische List, doch geht es auch um Beziehungen und Körper. Die Frage des Werdens durchquert immer den Körper, und es kommt sehr darauf an, wie Institutionen (und Parteien) Menschen und Gruppen an ihre Codes anpassen. Einer solchen Konformität zu widerstehen, ist harte Arbeit, es bedeutet heterodoxe Wege zu finden, um Machtbeziehungen zu besetzen und zu verkörpern. Diese Verkörperung ist die vielleicht härteste soziale und psycho-somatische Arbeit, wie wir an Ada Colaus Berichten vom Prozess, Bürgermeisterin zu werden, im Film *Alcadessa* sehen können. Sie erinnert sich, wie sie im Wahlkampf zu einem Bild wurde, als Abstraktion oder Dopplung ihres eigenen Körpers und Lebens – Tränen, perplexes Lachen, Stille. Komplexe Gefühle und Gegebenheiten.

Wenn Graswurzelaktivist_innen in die professionelle Politik gehen, impliziert dies eine körperliche, relationale und affektive Umschulung, die die Welt auf den Kopf stellt. Bestimmte Arten und Weisen, mit anderen zu sprechen, sind nicht mehr möglich. Die Zeit ist knapp, und Rhythmen werden von fremdbestimmten Agenden determiniert sowie von Wahlperioden überdeterminiert. Niemand hat wirklich Zeit, von den verkörperten und psychischen Effekten des Eintritts in Institutionen und Parteipolitiken zu berichten, obwohl sie doch mit der Macht gleichauf sind. Diese körperlich-relationalen Veränderungen sind nicht nur Symptom,

sondern selbst Spielfeld der Macht, indem sie das Spektrum der möglichen Manöver konditionieren – eben das, was ein Körper vermag.

In einer kollektiven Debriefing-Session zwischen Bewegungen und Menschen, die enger mit Institutionen arbeiten, sagte eine Freund_in von Barcelona en Comú: „Das ist nicht meine Revolution, wenn ich in ihr nicht weinen kann.“ Wie geht es den mit der Aura der Macht Ausgestatteten in ihrer Selbstsorge und der Sorge für andere, und wie geht es denen da draußen, die sich um sie kümmern? Sorge braucht Zeit: Ebenso wie du kein Baby in Eile in den Schlaf streicheln kannst, so ist es nicht möglich, sich komplexen Erfahrungen, Affekten und Relationen mit tayloristischer Effizienz anzunehmen. Das alles bedarf langer Prozesse des Spürens und Zuhörens – seine Aufmerksamkeit zu teilen –, um Artikulationen, Gesten und Zusammenführungen zu finden, mit denen Körper und Subjekte zurechtkommen. In diesem Sinne meint Sorge zuallererst die vielen Gespräche – vertraulich oder öffentlich, individuell oder kollektiv –, die es ermöglichen, die Grenzen und Möglichkeiten des Munizipalismus in verkörperter Form anzusprechen.

Es hat den Anschein, als ob es unmöglich wäre, bestehende politische Institutionen zu besetzen, ohne dabei zynisch zu werden. Die Hallen der Macht sind als maskuline Räume gestaltet, für Leute ohne besondere Bedürfnisse und Verantwortlichkeiten für andere, die bereit sind, alles für die politische Arbeit aufzugeben. Freundschaft und Familienleben sind ein vergangener Traum, ebenso wie Sorge und Selbstsorge. Die Beteiligung an Konversationen und Debatten jenseits von endlosen taktischen und strategischen politischen Überlegungen stellt sich als schwierig heraus. Oft bedarf es viel

falschen Enthusiasmus und rohen Voluntarismus zwischen den vielen Hochs und Tiefs des politischen Spiels, um ans Ziel zu kommen. Die idealen Subjekte dieser Orte sind die jungen machthungrigen ‚Ciudadanos‘ der spanischen rechten Mitte: ihre Körper gestählt von Fitness, Kokain und Kaviar, durchdrungen vom Geist des Unternehmers und der Konkurrenz, gekleidet in smarten Anzügen, die andere für sie bügeln.

Für viele Munizipalist_innen im Rathaus ist es die frustrierendste Sache, dass ihre Beziehung zur Macht missverstanden wird. „Wir haben die Macht nicht, wir verwalten nur einen kleinen Teil von ihr“ – in und um die Stadtregierung herum zu existieren, heißt meistens, ein Sklave der Macht zu sein, und nicht ihr Souverän. Entscheidungen werden durch komplizierte Dispositive getroffen, durch unaufhörlich reaktive statt initiiierende Spielzüge, in Beziehung zu meist unsichtbaren und undurchlässigen Akteur_innen. Wie lässt sich Regierungsführung außerhalb der Fantasie, Souverän zu sein, denken? Antworten und Hypothesen hieraus werden zurzeit eifrig getestet. Die Einbindung verkörperter und relationaler Aspekte des Regierens wären schon einmal ein Teil der Antwort.

Bürger? Das von der Institution (re)produzierte politische Subjekt

Auf der Ebene des einzelnen Subjekts ist es seit Jahrhunderten ein alter Hut, dass weiße, Grund besitzende Männer dazu tendierten, den Horizont der Politik zu bestimmen. Sie machten die Regeln, bauten das Spielfeld und die Tribünen, ernannten die Schiedsrichter, legten Begriffe fest, gaben das Tempo des politischen Spiels an. Barcelona en Comú geht von einer stark feministischen

Ethik und einer Bindung an die Arbeiterklasse (*clase popular* oder *el pueblo*, *la gente normal* oder *la gente común*, wie sie es nennen) aus. Die ‚Feminisierung der Politik‘ und die Entfernung der *casta* aus den Institutionen erschöpft sich natürlich nicht im Einsetzen einer Bürgermeisterin aus einer Arbeiterfamilie, sondern bedeutet vor allem auch eine Politik zu machen, die Frauen, Arbeiter_innen, Arme und Prekäre sowie Migrant_innen anspricht.

Einer der Leitsätze von Barcelona en Comú lautet: „Wenn wir die Kraft haben, eine andere Stadt zu imaginieren, dann können wir sie auch transformieren.“ Sich eine Regierung der Commons vorzustellen, meint nicht eine Frau, eine Proletarier_in oder nicht-weiße Person in der Regierung zu haben, sondern betrifft viel eher das Problem, wie die Formen und Fragen der Politik andere Subjektivierungsweisen adressieren können. Jenseits der Identitätspolitiken der Kampagnen bedarf es Körper, die von unterschiedlichen Kräften affiziert werden – und so auch von unterschiedlichen Dynamiken von ‚Rasse‘, Klasse und Gender. Dies betrifft beides, die partiellen Subjekte innerhalb der Institution (diejenigen, die ‚repräsentieren‘) und die Körper außerhalb als mögliche Mitspieler_innen.

Die zentrale Formel für das politische Subjekt ist der Bürger. Früher beschränkte sich die Bürgerschaft auf einige, nämlich die Bourgeoisie in den Städten. Ihnen wurde Zugang gewährt oder verweigert, sie hatten Rechte und bezahlten Steuern. Ebenso hatte jede Stadt zu verschiedenen Momenten in der Geschichte ihre Aussätzigen und ihre normativen Subjekte: In der antiken griechischen Stadt wurde Bürgerschaft durch weiße freie Männer definiert. Frauen, Bauern, Sklaven,

Metöken, Söldner, Räuber und Händler waren konstitutionelle Aussätzige, die die Bürgerschaft durch die Erschaffung anderer Formen von Zugang für sich unterwanderten.

In seinem Buch *Being Political* spricht Engin Isin über die Genealogie der Bürgerschaft seit der Antike, darüber, wer in unterschiedlichen Stadtformen als politisch erachtet wurde. Isin beschreibt die Stadt als Differenzmaschine – einen komplexen Ort, gezeichnet von solidarischen, agonistischen und antagonistischen Strategien, um durch die Stadt produzierte Fremde, Outsider und Insider zu definieren. Auch wenn die Genealogie der Bürgerschaft auf die antike Polis verweist, wird das ‚normale‘ Subjekt der Politik heute durch den Staat, der Pässe ausstellt und die ökonomische Aktivität überwacht, definiert und als Mittelschicht im Sinne von guten Steuerzahler_innen und Konsument_innen angerufen. Was ist aber die Rolle der Stadt in Bezug auf die Benennung der politischen Subjekte, in einem Kontext wie dem der Munizipalisten?

Isin folgend können wir sagen, dass Barcelona en Comú, indem es seine Subjekte durch Sprache anruft, unterschiedliche solidarische (*comú; todas/todos*), agonistische (*gente normal/común; la ciudadanía; veïns*) wie auch antagonistische Strategien (gegen die 1%, die *casta*, die politische Klasse) verfolgt. In seiner Komposition als Organisation und Wahlbewegung fußt Barcelona en Comú auf der entzauberten Mittelschicht und dem Prekariat (das Prekariat meint hier eine Generation jüngerer Menschen, die von der ihnen versprochenen Mittelschicht, von Eigentum oder sicheren Arbeitsplätzen ausgeschlossen ist) als auch auf der lokalen Arbeiterklasse. Die Ersteren stellen die Wähler_innen und zugleich

auch die Agent_innen für den Wahlkampf dar, die Strategien und Organisationsformen; die Letzteren sind vor allem Wähler_innen.

Im offiziellen Diskurs von Barcelona en Comú bezeichnen die ‚Bürger‘ (*la ciudadanía*) nicht diejenigen, die eine Staatsbürgerschaft besitzen, auch wenn eine etymologische und konnotative Verbindung hierzu besteht. Viele assoziieren jedoch *ciudadanía* mit ‚Ausweispapieren‘ oder mit den sie verwaltenden Staatsämtern. Im Spanischen verweist *ciudadanía* auf die vielen Ämter, die Niederlassung und Nationalität gewähren, also ein Wort, das in den Ohren vieler Migrant_innen brennt, als bittere Erinnerung an Erniedrigung, Zurückweisung und Angst. *Ciudadanía* definiert auch den hoch gehandelten Verweis auf die ‚Bürger‘ oder ‚Bürgerschaft‘ in einigen politischen Diskursen. Oftmals adressieren neue municipalistische Plattformen ihre Subjekte, die Regierten, mit diesem Wort – besonders die autochthonen Katalan_innen empfinden das ungute Brennen nicht. Außerdem verweist die Etymologie des Begriffs ‚ciudadanía‘ unabwendbar auf die Dimension von Klasse im historischen Sinne der Bourgeoisie (zwischen Aristokratie und Plebs): der Bürger, dessen Klan und Klassenherkunft ihm Zugang zur Stadt und ihren Rechtsräumen gewährt.

Wie sich am Kampf der migrantischen Straßenverkäufer in Barcelona zeigt (die meisten besitzen keine Papiere und somit keine Lizenz und verkaufen gefälschte Markenprodukte), ist es schwieriger als gedacht, ein inklusives urbanes ‚Wir‘ jenseits der weißen Bevölkerung zu entwickeln. Nicht nur, dass es eine reale Grenze dafür gibt, über klassenbasierte Solidarität innerhalb lokaler weißer Bevölkerungsgruppen hinauszukommen, gibt es

auch Spannungen darüber, wie Solidarität funktionieren kann: So insistierte die Kampagne der *Zufluchtsstadt* (*Ciutat Refugi* oder *City of Refuge*) auf die Notwendigkeit, Geflüchtete willkommen zu heißen, konnte dies aber nicht mit konkreter Unterstützung für bereits in der Stadt lebende Migrant_innen verbinden. Das Bild von Geflüchteten als gute wertvolle Opfer einerseits und von papierlosen Migrant_innen als aufsässig und opportunistisch andererseits, wurde nicht aufgelöst, sondern verstärkt, und bestätigte somit die Stereotype und Kriminalisierungspraktiken der Rechten.

Während *Ciutat Refugi* ein lohnenswertes Experiment zur Affirmation kommunaler Macht gegenüber dem Staat war (die Stadt übte im Rahmen seiner Immigrations- und Grenzkontrollkompetenzen Druck auf den Zentralstaat aus, Geflüchtete ins Land zu lassen), hat es zu einem Rückschlag auf lokaler Ebene geführt. Die Balance zwischen dem Hacking des politischen Subjekts auf Stadtebene und der Affirmation kommunaler Autonomie ist filigran. Es macht wenig Sinn, kommunale Souveränität (im Stil der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung) zu affirmieren, wenn zur gleichen Zeit das Subjekt der Politik gleich bleibt – das *común* dieses Projekts bleibt den mehr oder weniger Autochthonen, Weißen, mehr oder weniger ‚Bürgerlichen‘ vorbehalten (Letztere sind eng verbunden mit einem Empörungsmitleid, das einige Flüchtlingskampagnen begleitet hat, während sie die Kriminalisierung von Migrant_innen ohne Papiere und von dunklerer Hautfarbe ebenso billigten wie rassistische Diskurse).

Die inhärenten Spannungen des Begriffs *ciudadanía* stehen symptomatisch für die Definitionskämpfe, die mit großer Wahrscheinlichkeit die kommende Phase

der kommunalen Regierung zeichnen werden. Institutionen haben die Macht, ihre Subjekte zu definieren. Während die kommunalen Institutionen aufgrund der Autorität des Staates, Staatsbürgerschaft zu gewähren und zu überwachen, auf diesem Terrain wenig ausrichten können, bleiben in der Stadt trotzdem viele Ausweichrouten für eine Neudefinition von Bürger_innenschaft offen. Wenn ein kommunalistisches Projekt den Code, mit dem der ‚normale‘ Bürger geschrieben ist, unterwandern kann – und er wurde in der Stadt, der Polis, der Civitas, der Christianopolis geschrieben –, dann wird das mehr als ein gewagtes Reformprojekt sein.

PROCESO CONSTITUYENTE ÜBERSETZEN, ODER DIE POLITISCHE ARBEIT DER ÜBERSETZUNG

Kelly Mulvaney

Aus dem Englischen von Niki Kubaczek und Gerald Raunig

Wenn *municipalismos* sich quer durch und um Europa herum ausbreiten sollen, ist Übersetzung die Vorbedingung dieser Ausbreitung. Aber was macht Übersetzung in diesem Kontext soziopolitischer Erfahrung aus? Was wird übersetzt und was tut die Übersetzung? Was wird vorausgesetzt und was impliziert es, die konstituierende Bewegung, die als Munizipalismus bekannt ist, über Spanien hinaus auszubreiten? Wo verlaufen die Fallstricke, wo die Fluchtlinien?

Vor, innerhalb und nach jeder Ausbreitung, jeder Verteilung, steht die Politik der Übersetzung. Zu übersetzen bedeutet, politisch zu arbeiten, wie Sandro Mezzadra und Brett Neilson (2013), aber auch andere geschrieben haben. Als sozialer, semiotischer und affektiver Prozess vollbringt Übersetzung selbst schon immer eine politische Arbeit.¹ Indem sie spezifische Verständnisse und Praktiken von Sprache, Geographie und Versammlung heranziehen, verwenden und entwickeln Menschen ein praktisches Wissen der Übersetzung. Sie definieren damit, was wie übersetzt wird, welche Beziehungen unter Aktivist_innen und dadurch auch zwischen Territorien geformt und verhindert werden, welche politischen

¹ Auf die Resonanz mit Bruno Latours (1995) „Arbeit der Übersetzung“ wurde ich erst nach dem Schreiben hingewiesen, aber ihr Vorhandensein ist kein Zufall, und sie ist nur eine unter mehreren Resonanzen, auf die ich hier nicht genauer eingehen kann.

Projekte schließlich vorstellbar und welche unmöglich gemacht werden – wo, wann und für wen.

Im vorliegenden Text möchte ich auf ein transnationales Bewegungstreffen zurückkommen, das 2012 unter dem Titel Agora99 in Madrid stattfand, und in diesem Kontext genauer die Praxis der Übersetzung reflektieren. Wie die Texte in diesem Band betonen, war die 15M-Bewegung eine zentrale Erfahrung für den Munizipalismus in Spanien. Eine Rückkehr zu diesem Augenblick ist daher nicht nur im Allgemeinen aufschlussreich, um die Dynamik der Übersetzung in einem vertraulichen Bewegungsetting zu verstehen, oder weil derartige Überlegungen politisch relevante Annahmen über Sprache, Raum und Versammlung zur Geltung bringen. Mehr noch kann ein genauer Blick darauf, was bei der Agora99 mit und in der Übersetzung geschehen ist, etwas vom radikalen Potenzial des Munizipalismus verdeutlichen helfen.

Rückblende nach vorn: den (Begriff des) konstituierenden Prozess(es) übersetzen

Für die offene Gruppe, die sich in Madrid konstituierte, um 2012 die Agora99 zu organisieren, erfüllte das Treffen einen doppelten Zweck: die Aktivist_innen von außerhalb Spaniens in die politische Sprache und Praxen der 15M-Bewegung einzuführen, aber auch die Möglichkeit für in Madrid Lebende wie für angereiste Aktivist_innen zu schaffen, lokal oder national gerahmte Kämpfe in einem transnationalen Kontext zu verorten. Anders gesagt fand das Treffen statt, um verschiedene Formen von Übersetzung voranzutreiben: die Übersetzung des 15M aus Spanien woandershin, die Übersetzung von lokalen Kämpfen auf ein transnationales Terrain. Vor dem

Hintergrund der anhaltenden Zumutung der Sparpolitik der europäischen Institutionen wurde vielfach das Ziel formuliert, die Strategien „auf europäischer Ebene“ zu koordinieren. Tatsächlich war die Agora99 in Madrid das erste und wohl einzige transnationale, offene Treffen von Bewegungsaktivist_innen in dieser Größe, welches in Europa in der unmittelbaren Folge der Mobilisierungen von 2011 stattfand. Neben Schulden war das vorrangige Thema auf der Agenda des Treffens der konstituierende Prozess. Das wurde zwar nie offiziell angekündigt, aber die Madrider Gastgeber_innen nahmen so oft darauf Bezug – beim runden Tisch zu Beginn des Treffens, in den dutzenden kleinen Workshops, die die Agora vor allem ausmachten, in den besetzten Häusern, den Cafés und auf den Gehsteigen, wo Treffen stattfanden und Diskussionen fortgesetzt wurden –, dass der Workshop „Towards a constituent process“ am zweiten von drei Tagen des Treffens zum sehnstüchtig erwarteten Ereignis wurde.

Der Workshop fand in einer kollektiv geführten Buchhandlung im Stadtzentrum statt, in einem mittelgroßen, gut beleuchteten Raum, in den sich einige hundert Körper hineinquetschten, während es draußen regnete. Auf der vorderen Seite des Raumes präsentierten Aktivist_innen aus Madrid ausführlich und auf Spanisch ihre Argumente zur Notwendigkeit eines konstituierenden Prozesses in Spanien und Europa. In einer Ecke wurde eine Flüster-Übersetzung ins Englische angeboten, doch größtenteils spielte sich die Übersetzung durch den gerammelt vollen Raum hindurch in dezentraler Weise, im Schwarm ab. Anstatt also eine standardisierende Glosse linear in die jeweiligen nationalen Sprachen zu setzen, füllte sich der Workshop

mit vielfältigen Begegnungen – linguistischen und allgemeiner semiotischen wie affektiven – zwischen unterschiedlichen politischen Sprechweisen-Theorien-Diskursen-Traditionen-Erfahrungen-Ausrichtungen.

Die Präsentationen endeten auf der provisorischen Workshop-Bühne mit dem Vorschlag, dass die restliche Zeit für die Diskussion darüber verwendet würde, welche Form ein konstituierender Prozess in Europa annehmen könnte und welche Werkzeuge es dafür bräuchte. Diese Fragen wurden in mannigfaltiger Weise aufgenommen, aber zwei wohl bezeichnende Antworten betonten Aspekte der Übersetzung. Einen Aktivist, der für das Treffen aus Berlin angereist war, verärgerte der Vorschlag: Wie konnten die spanischen Genoss_innen einen konstituierenden Prozess als adäquate Strategie für Europa darstellen? Wenn konstituierender Prozess einen Aufruf für eine neue Verfassung bedeutete, dann würde das vielleicht in Spanien in den Massenmobilisierungen auf Resonanz treffen, aber es wäre total unrealistisch in Deutschland, wo die Bevölkerung den Status-Quo unterstütze. Offenbar wären die Workshoporganisator_innen in ihrer Blase der spanischen Erfahrung festgefahren, und scheiterten deswegen daran, die transnationale Perspektive einzunehmen, die es braucht, um Solidarität in Europa in der Krise aufzubauen. Ein Aktivist aus Rom lieferte eine ganz andere Interpretation: In Italien gab es keine Bewegung wie 15M, und vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Zeitlichkeiten und Situationen der Krise im ganzen europäischen Raum müssten die Aktivist_innen neuartige Beziehungsweisen über neue Grenzen hinweg entwickeln. Aktivist_innen von außerhalb Spaniens könnten sich eine Karte von Europa ausmalen, auf der die 15M-Bewegung als orientierender

Brennpunkt diene, als Aufmerksamkeitsort und als Ort des Lernens, nicht als Kopiervorlage. Solche Vorstellungen wären die Bedingung für den Erfolg transnationaler Kooperation.

Die Debatte um einen „konstituierenden Prozess“ bei der Agora99 und im Umfeld des Treffens umfasste teils implizit, teils explizit eine Meta-Debatte zur Frage der Übersetzbarkeit: Was sind die Bestimmungen, gemäß derer *proceso constituyente* zu übersetzen ist, und was sind die Kriterien für eine erfolgreiche Übersetzung? Die zwei oben skizzierten Reaktionen nehmen und bieten verschiedene Antworten auf diese Fragen an. Es sind unterschiedliche Formen von praktischem Wissen, die sie heran- und vollziehen. Die eine baut auf ein referenzielles Verständnis von Sprache, auf eine moderne europäische politische Geografie von Nationalstaaten mit progressiven Zentren und regressiven Peripherien, und auf eine Politik, die Versammlung als Aspekt von Vertretung und Entscheidung versteht. Die andere basiert auf einem performativen Verständnis von Sprache, durchkreuzten und mannigfaltigen politischen Zeit-Räumen, und einer Politik, für die Versammlung ein nicht-repräsentatives Treffen für Austausch und Verhandlung ist. Was in diesen zwei Formen praktischen Wissens auf dem Spiel steht und wie sie gerinnen, bleibt zu zeigen.

Suche nach Entsprechungen, Schaffung von Bedingungen

Bei denjenigen, die bei der Agora99 vom Spanischen ins Deutsche übersetzten, herrschte eine Unsicherheit darüber, wie *proceso constituyente* am besten in die deutsche Sprache zu übertragen wäre. Im Englischen musste es *constituent process* heißen, im Italienischen *processo*

constituente – aber im Deutschen war die Sache weniger klar. Bezogen sich die Madrider Aktivist_innen auf einen verfassungsgebenden Prozess? Und wenn nicht, wie sollte man es sonst nennen? Im Großen und Ganzen kreiste die Diskussion um die Annahme, dass die Aufgabe der Übersetzung ein linguistisches Verfahren der Identifikation einer deutschsprachigen Entsprechung für *proceso constituyente* wäre – das heißt, eines Begriffes, der sich auf die gleiche Sache beziehen würde.²

Natürlich impliziert dies auch die Unterstellung einer gegebenen Sache, bei der zu beginnen ist, die verfasst und durch Begriffe identifizierbar, immer schon zur Hand sind. All dies wurde in der oben dargestellten ersten Intervention verbunden, die auf die Annahme gestützt war, dass *proceso constituyente* einen verfassungsgebenden Prozess bezeichnet – eine Tatsache, die anderen Workshop-Teilnehmer_innen verborgen bleiben musste, weil die Intervention selbst in englischer Sprache mit dem in dieser Hinsicht unproblematischen Begriff *constituent process* vorgetragen wurde. Die Entscheidung für „verfassungsgebend“ war nicht willkürlich, und sie erfolgte auch nicht mit theoretischer oder semantischer Intention. Sie basierte eher auf soziokultureller Geläufigkeit – auf der Verfügbarkeit bekannter Texte und sprachlicher Ressourcen. Die meisten spanischsprachigen deutschen Aktivist_innen hatten Spanisch nicht in Spanien gelernt, sondern in Lateinamerika, und nicht

² Die Analyse in diesem Text folgt Michael Silversteins Begriff der Metapragmatik (vgl. 1993, 2003) und in diesem Abschnitt insbesondere dem linguistisch-anthropologischen Verständnis von Sprachideologien (vgl. Irving & Gal 2009).

wenige waren vor allem mit den politischen Entwicklungen in Venezuela, Ecuador und Bolivien vertraut, wo verfassungsgebende Prozesse eine zentrale Rolle gespielt hatten. Die Denotation von „verfassungsgebender Prozess“ stellt die Schaffung einer neuen Verfassung in den Vordergrund, eine Bedeutung, die ikonisch dadurch verstärkt wird, dass das Lexem „Verfassung“ Teil des Begriffs ist und in seiner „klassischen“ (gegebenen, verfassten/konstituierten) Form verstanden wird. Daher dachten einige deutschsprachige Aktivist_innen, der Agora99-Workshop zum konstituierenden Prozess würde ein juristisches Verfahren anregen. Diejenigen, die eine stärkere Affinität zu Südamerika hatten, verstanden die Sache, die von den Madrider Aktivist_innen vorgeschlagen wurde, als einen Prozess für Europa, der dem entsprach, was in Venezuela, Ecuador und Bolivien in Bewegung gesetzt worden war. Entscheidend ist, dass „konstituierender Prozess“ in diesem propositionalen, referenziellen Sinn als eine Art einheitlicher Formel zur Anwendung in einer gegebenen Welt da draußen verstanden wird. In diesem Verständnis konnte man fast in einem Atemzug annehmen und schließen, dass „es“ in Spanien vielleicht „realistisch“ sei, nicht aber in Deutschland.

Im Verständnis vieler Aktivist_innen aus Madrid war *proceso constituyente* keine gegebene Sache oder ein Phänomen in der Welt, das ausgewiesen und damit auf Spanisch und Deutsch gleich glossiert werden könnte. Vielmehr bezeichnete der Begriff zusätzlich, aber nicht getrennt von seinen politisch-theoretischen Aufladungen sowie von Verknüpfungen mit Südamerika, einen Prozess des Lernens und Werdens,

dessen Formierung in der 15M-Bewegung begann.³ In diesem Zusammenhang war *language play* zu einer entscheidenden, wenn auch neu erworbenen politischen Technologie geworden. Die semantische Unschärfe des *proceso constituyente* im Spanischen und im Englischen zwischen dem „klassischen“ Begriff eines Verfassungsprozesses und *etwas anderem*, war in Zusammenhang mit der 15M-Bewegung als Stärke identifiziert worden. Sofern die Verwendung des Begriffs in den Zusammenhang der Solidarität mit der Bewegung gebracht wurde, wurde die Beharrlichkeit dieser Ambivalenz strategisch gefördert, um eine Zersplitterung der Bewegung in so genannte „radikale“ und „reformistische“ Lager zu verhindern. Während und um den Workshop zum konstituierenden Prozess vermieden die Aktivist_innen aus Spanien bei all den drängenden Fragen dazu, was sie mit konstituierendem Prozess „meinten“, durchgehend jede

3 Teils zeichne ich hier nach, wie Übersetzung in *real-time*, in diskursiver Interaktion funktioniert, wenn sie sich auf situierendes, sozial kontextualisiertes Wissen bezieht und es aufs Neue aktualisiert. Das unterscheidet sich von einem genealogischen Ansatz, der seinen Anfang zum Beispiel bei der Veröffentlichung von Antonio Negris Buch *Potere Costituente* nimmt und zeigen würde, dass dieses Buch von Bewegungen und politischen Führer_innen in Südamerika gelesen und studiert wurde, wo seine Begrifflichkeiten Teil eines größeren Diskurses wurden, der dann wiederum gemeinsam mit Negris Buch von Aktivist_innen in Forschungs- und Publikationskollektiven in Spanien und anderswo in Europa wiederaufgenommen wurde, Jahre vor 2011, bei seiner Anwendung in der 15M-Bewegung. Natürlich ist diese Flugbahn relevant für die Agora99, ein Ort ihrer Wiederaufnahme oder Aktualisierung. Mein Argument ist, um davon ausgehend einen spezifischen Punkt zu klären, nicht, dass Aktivist_innen aus Deutschland die Einzigen waren, die den konstituierenden Prozess in Zusammenhang mit Südamerika gebracht hätten, sondern vielmehr, dass der Kontext der Bedeutsamkeit dieses Zusammenhangs in gewisser Weise zentral für die Übersetzung war, die den konstituierenden Prozess „in Deutschland unrealistisch“ machte.

bestimmte Definition. Zugleich lieferten sie viele Teildefinitionen in Anspielungen oder Beispielen – Ausarbeitung einer neuen Verfassung, ja, aber vielleicht doch etwas, das mehr wie ein Wiki ist, auf jeden Fall mit sozialen Feedback-Schleifen, und mit einem Prozess der materiellen Reorganisation, wie ein Aktivist es ausdrückte –, dass es unmöglich schien, den Begriff selbst festzuhalten. Für einige war genau das der Punkt: Anstatt einen ausführbaren Plan zu formulieren, performte der Workshop zum konstituierenden Prozess eben diesen, um die Aktivist_innen zur Diskussion darüber zu bringen, wie ein konstituierender Prozess vorstellbar wäre und welche Ressourcen für „die Entwicklung des Prozesses“ erforderlich wären.“

Während die Interaktionen im Rahmen der Agora⁹⁹ mannigfaltiger wurden und sich verdichteten, kamen die meisten deutschsprachigen Übersetzer_innen überein, dass „verfassungsgebender Prozess“ keine passende Übersetzung zu sein schien. In der andauernden Diskussion der folgenden Tage und Wochen und der beginnenden Forschung zum *proceso constituyente* wurde „konstituierender Prozess“ zum allgemein akzeptierten Begriff, insbesondere als deutschsprachige Texte gefunden wurden, in denen *poder constituyente* als „konstituierende Macht“ übersetzt worden war.⁴ Während die Aufgabe der Übersetzung langsam neue Gestalt annahm von der Klärung, worauf die Aktivist_innen in Madrid

⁴ eipcp und *transversal* waren die primären Orte dieser existierenden Übersetzung, z.B. bei Raunig (2005, 2007) oder Negri (2011). Das Problem hier ist die „Erreichbarkeit“: Eine Übersetzung ist nicht einfach „gegeben“, sondern sie muss sich in ein spezifisches sozialdiskursives Register, einen Raum einschreiben, und das war in dieser Situation nicht der Fall. In dieser Art von Situation wird das fragmentierte, geschichtete Wesen der Sprache offenbar.

vermeintlich Bezug nahmen, zur Frage, wie man auf einen konstituierenden Prozess in Deutschland hinarbeiten könnte zeigte sich die Debatte über den passenden deutschen Ausdruck in neuem Licht. Es wurde problematisiert, dass „konstituierend“ nicht dasselbe Potenzial an Popularität hätte wie *constituyente* in Spanien und anderswo, weil „konstituierend“ mit seiner lateinischen Wurzel im deutschsprachigen Raum in vielen Kontexten als elitär und akademisch verstanden würde. Der Punkt hier ist nicht, diesen Anspruch zu verifizieren oder zu negieren, sondern darauf hinzuweisen, dass es aus einem anderen praktischen Wissen der Übersetzung entstanden ist als aus der Suche nach einer (denotationellen) Entsprechung. Der soziale Bedeutungskontext, der immer schon relevant war, begann nun, explizit diskutiert zu werden. Und wenn Einsicht in die soziale Wirksamkeit der Sprache ein Schritt ist, ihren kreativen Einsatz in bestimmte Richtungen zu lenken, dann hatte die Diskussion über die Übersetzbarkeit eine politische Wirkung.

Chronotop in die Nation und aus ihr heraus

Nicht nur unterschiedliche Sprachkenntnisse waren bei der Übersetzung von *proceso constituyente* am Werk, sondern auch Meta-Geographie.⁵ Im November 2012 war die Rede von der sogenannten Eurokrise noch auf ihrem Höhepunkt. Ob kritisch oder von Seiten der Regierung

⁵ Carlo Gallis Begriff von politischem Raum (2014), Sandro Mezzadras Ausführungen zu Raum und Zeit im postkolonialen Kapitalismus (2012), Susan Gals Darstellung der semiotischen Wirksamkeit politischer Geographie (2010) und Roberto Dainottos (2006) Arbeit zu Performativität von Europa bilden die theoretische Grundlage für diesen Aspekt der Analyse.

als Notwendigkeit verstanden, war die Eurokrise im „europäischen“ Raum breit wirksam als Performance einer Teilung von Staaten (und damit des politischen Raums) in Gläubiger und Schuldner, die einen moderner als die anderen. Dieses bekannte Schema funktioniert dadurch, dass dem Zentrum *qua* „Europa“, das Maß der Werte, Qualitäten der „Progressivität“ und „Stabilität“ zugeschrieben werden, während Peripherie *qua* nicht oder weniger „Europa“ als „rückwärtsgewandt“ und „instabil“ („in der Krise“) gilt. Unter Rückgriff auf die Ideologie, dass eine Nation einer Sprache entspricht und eine Sprache einem Territorium, werden „nationalisierte“ Personen, Sprachen und Territorien nicht nur als Gegensätze aufgebaut, sondern auch entlang einer Zeitlinie „vor“ oder „hinter“ einander gesetzt.

In den sozialen Bewegungen bestand eine Antwort auf diesen Diskurs darin, den Wert der Peripherie zu betonen, ja zu feiern. Dies war ein Akt gegen die stattfindende kulturelle Abwertung und ökonomische Verarmung, aber auch – und das ist das Relevante hier – eine Art Anti-Diskurs der Eurokrise, der die Begrifflichkeit der Eurokrise aufnahm und sie umdrehte, indem er Bewegung und Zukunftsversprechen mit „Peripherie“, und Stasis und Konservativismus mit „Zentrum“ assoziierte. Diese Koordinaten hatten unter Aktivist_innen einen ziemlich weit verbreiteten Common-Sense zur Folge, was zu Aussagen führte wie „so haben wir [in Spanien] vor fünf Jahren darüber gesprochen“, wie ein spanischer Aktivist nach einer Diskussion unter deutschen Aktivist_innen kommentierte – er situierte die Bewegung in Spanien in „der Gegenwart“ und die deutschen Aktivist_innen in der Vergangenheit. In ähnlicher Weise sagte ein Aktivist

aus Berlin nach einem Besuch in Griechenland, „sie“ [die Griechen] seien „mindestens zehn Jahre vor uns“ [den Deutschen]. Nation, Territorium und sogar die Sprechweise (oder das „Register“) werden verknüpft, ein Chronotop aktualisiert sich.

Gemäß den Begriffen dieses Anti-Diskurses der Eurokrise wäre es nämlich sinnvoll, zu postulieren, dass – um zu den auf der Agora⁹⁹ zirkulierenden Einschätzungen zurückzukehren – ein konstituierender Prozess in Spanien vielleicht „realistisch“ wäre, nicht aber in Deutschland. Und hier beginnt sich die Fehlerhaftigkeit dieser Logik zu zeigen. Denn selbst wenn die 15M-Bewegung neuen politischen Potenzialitäten quer durch das Gebiet des spanischen Staates den Weg bahnte, und selbst wenn ein Diskurs über einen konstituierenden Prozess in diesem Setting entwickelt worden war, wäre jede „realistische“ Einschätzung zu dem Schluss gekommen, dass ein verfassungsgebender Prozess auch in Spanien im Jahr 2012 kaum bevorstand oder machbar war. In der Tat schien dieser Anspruch gerechtfertigt, weil eine andere Schicht von Raum-Zeit-Verständnis am Werk war – jenseits, aber auch diesseits des Diskurses der Eurokrise. In Anbetracht der Assoziation von „verfassungsgebender Prozess“ mit den sogenannten progressiven Regierungen in Südamerika, die von den dorthin gereisten Aktivist_innen als das Gegenteil des „konservativen Deutschland“ erlebt wurden, entwarf der Vorschlag des *proceso constituyente* in Spanien eine politische Geographie, die Spanien und Südamerika verband und ähnlich „Bewegung in Spanien“ gegen das „konservative Deutschland“ setzte – ein Schema, das umso mächtiger war, als viele junge deutsche Aktivist_innen im frühen Erwachsenenalter nach Südamerika gereist

waren, auf politisch inspirierte Formen von Übergangsritual-Reisen, die gerade wegen ihrer binären Kodierungen nachdrücklich wirksam sind.

Eine solche Verräumlichung/Verzeitlichung fixiert die Möglichkeiten für Beziehung und Übersetzung an den (mutmaßlich intern homogenen) nationalstaatlichen Maßstab und löscht nicht nur Heterogenität aus, sondern auch andere politisch-ökonomische Skalierungen, die für Leben und Lebendigkeit von Bedeutung sind. Hier wird der Unterschied zwischen der beschriebenen Reaktion der Berliner Aktivist_innen und der zweiten in der Einleitung dieses Textes skizzierten Antwort deutlich. Der Aktivist aus Rom sprach von „mehreren Zeitlichkeiten der Krise“, „überkreuzten Zonen“ und „Grenzproduktion“ und zeichnete (auf) eine/r Geographie, die deutlich verschieden von der Eurokrise und ihrem Anti-Diskurs ist. In der Tat argumentierten viele Menschen aus Italien, wo eine elaborierte Debatte über die Politik des Raums Teil des aktivistischen Diskurses war, an der Agora99 und anderswo explizit, dass die Zentrum-Peripherie-Geographie Europas „nicht mehr adäquat“ sei. Der Aufruf, Werkzeuge für einen konstituierenden Prozess zu erfinden, war mit dem Slogan „reset Europe“ verbunden, der das Treffen in Madrid rahmte, wie auch mit dem Slogan „make Europe“, der ein Jahr später ein zweites Agora99-Treffen in Rom rahmte. Diese Slogans sind nicht nur von einem kreativen Verständnis und Gebrauch der Sprache geleitet, sondern auch und erst recht von einer Idee über die Produktivkraft der Repräsentationen des politischen Raums. Der Vorschlag, sich auf die 15M-Bewegung als orientierenden Brennpunkt zu beziehen, als Aufmerksamkeitsort und Ort des Lernens, nicht als Kopiervorlage, eröffnet

relationale Möglichkeiten, die durch die Schemata von Bewegung vs. Stasis, Zukunft vs. Rückwärtsgewandtheit ausgeschlossen werden. Es handelt sich um Möglichkeiten, die nicht zur Verfügung stehen, wenn der primäre Kontext der Beziehungen jener der staatlichen Politik, der Geopolitik ist. So war es möglich, den konstituierenden Prozess als etwas aufzunehmen und zu übersetzen, mit dem man spielen, das man ausprobieren kann, dem man die kreative Aufgabe der Neuzusammensetzung stellen kann.

Vom Zweck der Versammlung, oder: Wozu Übersetzung?

Natürlich werden solche Möglichkeiten nicht einfach nur durch das Verständnis von Sprache und politischem Raum geöffnet oder geschlossen. Was sich auch bei Agora99 als für die Übersetzung entscheidend erwies, waren die Erwartungen, mit denen die Aktivist_innen an dem Treffen teilnahmen. Diese unterschiedlichen Erwartungen deuten auf implizite Modelle der Versammlung hin, die in den Ansätzen der Aktivist_innen und in ihrem Engagement bei den Treffen am Werk sind. Insbesondere wurden verschiedene Ansätze der Versammlung durch verschiedene Modelle von Teilen und Ganzen gerahmt, und dies wiederum beeinflusste die Übersetzung.

Für den eingangs zitierten Aktivist_innen aus Berlin war die Versammlung ein Ort zur Festlegung der Strategie und zur Entscheidung über ausführbare Pläne. Aufgrund der Sorge um die Durchführbarkeit eines solchen vorgestellten Plans war er auf die Suche nach der richtigen Übersetzung von *proceso constituyente* fokussiert, die er für den Namen und die Zielsetzung des mutmaßlichen Plans hielt. Auf der Grundlage dieser Übersetzung

argumentierte er in der Diskussion im Workshop, dass der Plan in Deutschland nicht ausgeführt werden könnte, und setzte weiter voraus, dass es daher das Ziel der Diskussion war, eine Entscheidung über die Bestätigung oder Ablehnung des mutmaßlichen Plans zu erreichen.

Sich vorzustellen, dass ein paar hundert Aktivist_innen sich für ein Wochenend-Treffen versammeln und einen ausführbaren Plan für Europa erfinden und über ihn entscheiden würden, beruht auf der Idee, dass das Treffen im Idealfall aus Aktivist_innen als nationalstaatlichen Vertreter_innen bestand, die sich getrennt und Seite an Seite in einem abstrakten Körper der sozialen Bewegungen in Europa vereinten.⁶ Die Agora99 wird als ein Ort der bewertenden Beurteilung und Entscheidung vorausgesetzt, deren Rechtsprechung die europäische Karte überzieht. Die Ausführung geschieht anderswo – und danach. Die Praxis „in den Bewegungen“ wird dabei von der Praxis der Entscheidungsfindung „über Bewegungen“ getrennt, während Praxis sowohl zeitlich als auch kausal als der Entscheidung folgend verstanden wird. Anstelle eines Raums der „Kontaminierung“ lässt dieses Bild das Treffen als abgeschnitten, darüber, abgeschottet erscheinen. Darüber hinaus wurde vorausgesetzt, dass dies die Bedingungen für die Beteiligung aller waren, dass die Bedingungen der Übersetzung geteilt wurden.

Der Aktivist aus Rom intervenierte dagegen explizit in die Frage, wie mit der Übersetzung verfahren werden sollte. Indem er eine zur herkömmlichen politischen

⁶ Vgl. Gregory Duff Mortons (2014) sorgfältige Reflexion über die Treffen der Bewegung der Landlosen (*Movimento dos Sem Terra*), und über die Stellen, an denen diese als “abstracted wholes” konstruiert werden.

Karte oder zum Modell der Eurokrise alternative Vorstellung Europas vorschlug, und versuchte, für die situierte Differenz zu plädieren, legte er ein Modell der Übersetzung vor, in der Teile sich aufeinander oder auf Ereignisse oder Erscheinungen oder andere Intensitäten als Singularitäten beziehen konnten, und zwar über eine Praxis der Aufmerksamkeit und Orientierung. Mit dem Start eines Gesprächs darüber, „wie“ Übersetzung praktiziert werden könnte, richtet sich sein Input auf die Idee des Treffens als Raums des „Lernens“ aus, und noch mehr als eines Raums für „die Entwicklung von Werkzeugen“. Als solcher wird er nicht als von „der Bewegung“ getrennter Raum wahrgenommen, sondern eher als eine Art von Raum (in) der Bewegung. In der vielfältigen Gegenwart ist er nicht über, vor oder jenseits der Bewegung, sondern eine Konfluenz neben anderen.

Munizipalismus übersetzen

Ein praktisches Wissen der Übersetzung wirkt also auf die Relationalität, es bedingt und aktualisiert die relationalen Möglichkeiten. Es legt fest, was übersetzt wird und wo Übersetzung beginnt und endet. Die Beschreibung und Analyse, die den Großteil dieses Textes ausmachen, bleiben notwendigerweise schematisch und erarbeiten die sozialen und semiotischen Grundlagen der zwei Ansätze zur Übersetzung von *proceso constituyente* bei der Agora⁹⁹, um mit analytischen Mitteln unterschiedliche Formen von praktischem Wissen der Übersetzung zu skizzieren. Wenn diese Ansätze bis hierher nebeneinander gestellt zu werden schienen, als ob sie gegensätzliche Ideologien wären, ist es nun eine Überlegung wert, wie sie in der Tat nicht entgegengesetzt,

sondern in der Tendenz unterschiedlich sind. Dies ist auch schon unweigerlich in die Diskussion eingeschrieben: Während das praktische Wissen, das sich mit einer referenzialistischen Sprachideologie verband, mit dem modernen politischen Raum, dem Wertschema von Europa und einer repräsentationistischen Politik der Versammlung, sich für kritisches, analytisches Sezieren eignete, rief jenes praktische Wissen, das sich mit performativer Praxis, raumzeitlicher Heterogenität und der sozialen Herstellung von Raum und Immanenz in Bewegung verband, etwas anderes auf.

Bei der Agora⁹⁹ gab es auch einen Aktivistin aus Berlin, der sich weniger für *proceso constituyente* als linguistischen Ausdruck oder politische Formel interessierte. Während andere Übersetzung in diesen Begrifflichkeiten diskutierten, ging er in die Straßen der Nachbarschaft. Am dritten Tag der Agora⁹⁹ kehrte er durch die Bewegung „infiziert“ zurück; er war selbst in die 15M-Bewegung getaucht, ihre Farben, Geräusche, Rhythmen, und wusste, dass er sich selbst zu helfen wüsste, so etwas Ähnliches irgendwo anders ins Leben zu rufen. Während der Wille, eine deutschsprachige Entsprechung für *proceso constituyente* zu finden, von der mutmaßlichen Notwendigkeit herkam, ihn in einer bestimmten Art und Weise zu wissen, sein Wesen zu bestimmen, um dann über ihn zu entscheiden, war die Öffnung der Übersetzung zur Aufnahme von Kräften jenseits des Sprachlichen und jenseits dessen, was in einer engen Definition als politisch betrachtet wird, durch eine andere Beziehung zum Ungewohnten gekennzeichnet. Vielleicht stellt diese öffnende Übersetzung die Entscheidung nicht als einen Schnitt in einer Linie vor, der eine vermeintlich unsichere Vergangenheit

von einer in Sicherheit eingegossenen Zukunft trennt, sondern zieht eine andere Art von imaginierte Grenze zwischen dem „Bekanntem“ und dem „Unbekanntem“ oder „Unterschiedlichen“, eine, die weniger abgrenzt als verunklärt, Zonen der Verwundbarkeit und Konfusion schafft. In diesem Modus gelangt man zu einem Prozess des Lernens mit offenem Ende, lebt mit ihm eine Weile, erlaubt sich, konfrontiert zu werden, sich zu engagieren, zu verhandeln, affiziert zu werden. Dies berührt, indem es mehr von der Person abfordert, die Bedingungen der Übersetzung, sodass die Übersetzung des Wissens über „es“ eine breitere Palette von Ressourcen, von Weisen des Wissens und Sich-Beziehens neben der kritischen Analyse und dem entscheidenden Urteil heranzieht.

Wenn also ein praktisches Wissen der Übersetzung bestimmt, was übersetzt wird, wirkt sich das, was übersetzt wird, auch auf die Übersetzung selbst aus. In diesem Sinne bezieht sich das Versprechen, Munizipalismus zu übersetzen, auf seine Fähigkeit, die Übersetzung selbst zu kontaminieren, Formen des praktischen Wissens der Übersetzung einzufordern und zu kultivieren, die in der Lage sind, mit der Sprache zu spielen, das Territorium neu zusammenzusetzen und Versammlung in Weisen zu fördern, die der Munizipalismus von den Erfahrungen des 15M geerbt hat. Dies kann durch die Skalierung des Munizipalismus in einem nicht-nationalen Rahmen unterstützt werden, was die Umgehung (den „Kurzschluss“, die „Aushebelung“, um ein erhellendes Konzept aus dem munizipalistischen Register zu zitieren, wie es in Galcerán Huguets Beitrag in diesem Band vorkommt) der Ideologie der einen Nation, der einen Sprache, des einen Territoriums ebenso erlaubt, wie auch des Wertschemas Europa/Fortschritt, mit dem es

verbunden ist, die zusammen die Protokolle und Vorstellungen der sozialen Bewegungen in ganz Europa überdeterminieren, einschließlich und manchmal mit besonderer Betroffenheit jener, die explizit kritisch sind in Bezug auf (methodologischen) Nationalismus.

Statt Deutschland gegen Spanien zu setzen, könnte man zum Beispiel auf die Geschichte der Schuldenpolitik in deutschen Gemeinden aufmerksam machen, wie Felix Wiegand und andere (2016) in Frankfurt am Main es begonnen haben. Insoweit Zugehörigkeitsgefühle auf der kommunalen Ebene, wo Wohnen und Nachbarschaftsbeziehungen stärker bedeutsam werden, weniger durch die Institution der Staatsbürgerschaft und „Rassen“-Denken überdeterminiert sind, bietet der Munizipalismus auch ein gewisses Potenzial für Übersetzung. Das beginnt bei der Tatsache, die keineswegs unterschätzt werden sollte, dass eine breitere Menge von Sprecher_innen als fähig betrachtet werden könnte, kompetent über die vorliegenden Themen zu sprechen. Auch die Nähe der politischen Praxis des Munizipalismus zu den physischen Orten des Wohnens, der Bildung, der Immigration und der Bürger_innenschaft, der Gesundheit und Demokratie, an deren Transformation im Munizipalismus gearbeitet wird, könnte es schwieriger machen, die Komplexitäten dieser Fragen in der Übersetzung auszulöschen. Das soll hier positiv betont werden, nicht weil Komplexität notwendigerweise ein Wert an sich wäre, sondern weil die dadurch aufgeworfene Schwierigkeit Grund für genauere und sorgfältigere Aufmerksamkeit sein kann: Die Aktivist_innen sind so noch einmal gefordert, über weniger adäquate und dennoch dominante politische Grammatiken hinauszugehen, auch weil

eine solche Aufmerksamkeit in Frage stellen kann, was als gegeben scheint, und das Verständnis einer Umgebung bereichern kann.

Wenn die Agora⁹⁹ „transnational“ gerahmt war, wird der Munizipalismus „translokal“ übersetzt werden müssen, und zwar mit Sorgfalt dafür, dass das Lokale nicht mit der Stadt (oder der urbanen Erfahrung) gleichgesetzt oder als homogener Raum vorgestellt wird. Im besten Fall erfordert diese lokale Größenordnung die Verantwortlichkeit gegenüber Menschen und Umwelten und sollte weniger riskieren, Rechenschaft als etwas zu verstehen, das man für eine veränderliche Abstraktion hält. Es bleibt zu hoffen, dass Munizipalismus zu übersetzen auch den Plot von Bewegung und Stillstand/Konservativismus, die in der aktivistischen Übersetzung so allgegenwärtigen Kriterien von „Erfolg“ und „Scheitern“, in Frage stellt, sodass er die Bedingungen der Relationalität selbst zu affizieren und infizieren vermag – und das Wissen vom Politischen.

Literatur

- Dainotto, Roberto. *Europe (in theory)*. Duke University Press, 2006.
- Irvine, Judith T., und Susan Gal. „Language ideology and linguistic differentiation.“ *Linguistic Anthropology, A Reader*. Wiley (2009): 402-434.
- Gal, Susan. „Language and Political Spaces.“ *Language and Space: An International Handbook of Linguistic Variation*. Mouton de Gruyter (2010): 33-49.
- Galli, Carlo. „The Rise and Fall of Modern Political Space.“ Vorlesung auf der Bologna-Duke Summer School on Global Studies and Critical Theory, am Dipartimento di Storia, Culture, Civiltà der Universität Bologna, 23.06.14.
- Latour, Bruno. *We have never been modern*. Harvard University Press, 1993.
- Mezzadra, Sandro. „Wie viele Geschichten der Arbeit? Für eine Theorie des postkolonialen Kapitalismus.“ *transversal 0112 unsettling knowledges* (2012), <http://transversal.at/transversal/0112/mezzadra/de>.
- Mezzadra, Sandro, und Brett Neilson. *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. Duke University Press, 2013.
- Morton, Gregory Duff. „Modern meetings: Participation, democracy, and language ideology in Brazil's MST landless movement.“ *American Ethnologist* 41.4 (2014): 728-742.
- Negri, Antonio. „Auf der Suche nach dem Common Wealth.“ *transversal 0111 inventions* (2011), <http://transversal.at/transversal/0811/negri/de>.
- *Il potere costituente: saggio sulle alternative del moderno*, Sugarco, 1992. [Neue Auflage: Manifestolibri, 2002].
- Raunig, Gerald. „Instituierende Praxen, No. 2. Institutionskritik, konstituierende Macht und der lange Atem der Institutierung.“ *transversal 0107 extradisciplinaire* (2007), <http://transversal.at/transversal/0507/raunig/de>.
- „Ein Bolivarianischer Prozess für Europa! Konstituierende Macht und der Neustart der Europäischen Verfassung.“ *transversal 0305 democratic policies in europe* (2005), <http://eipcp.net/policies/dpie/raunig1/de>.

Silverstein, Michael. „Indexical order and the dialectics of sociolinguistic life.” *Language & Communication* 23.3 (2003): 193-229.

---- „Metapragmatic discourse and metapragmatic function.” *Reflexive language: Reported speech and metapragmatics*. Hg. John Lucy. Cambridge (1993): 33-58.

DIE ZUKÜNFT DES MUNIZIPALISMUS

Feminisierung der Politik und demokratische Radikalisierung

Montserrat Galcerán Huguet und
Pablo César Carmona Pascual (Ahora Madrid)

Aus dem Spanischen von Stefan Nowotny

In Pamplona findet dieser Tage¹ das Treffen „MAK2. Municipalismo, Autogobierno y Contrapoder [Munizipalismus, Selbstorganisation und Gegenmacht]“ statt, das ungefähr 500 Teilnehmer_innen von mehr als 30 kommunalen Kandidat_innenlisten sowie aus verschiedenen sozialen Bewegungen zusammenführt. Der vorliegende Text versteht sich als eine Reflexion über den Prozess, der sich seit drei Jahren mit diesen munizipalistischen Kandidaturen in zahlreichen Gemeinden und Städten verbindet.

Der Mai 2015

Dowdall'sches Auszählungssystem: dies war die Wahlmethode in nicht wenigen munizipalistischen Kandidaturen für die Kommunalwahlen 2015. Abgesehen von so manchen Presseschlagzeilen, die sie mit sich brachte, verdichtete sich in dieser Methode der Kern dessen, was Munizipalismus genannt worden ist. Während das Grundgerüst der „neuen Politik“ in seinem Aufbau durch die Einrichtung nivellierender Systeme der Mehrheitsbildung und überhöhte männliche Führungsfiguren

¹ Der vorliegende Text wurde zuerst am 19. Januar 2017 in *El Diario* veröffentlicht.

gekennzeichnet war – unter dem Vorwand, dass allein dadurch der Erfolg im Wahlkampf garantiert werden konnte –, entschieden sich die Prozesse in Städten wie Zaragoza, Madrid, Pamplona oder A Coruña dafür, mit anderen Mitteln zu experimentieren. Weit entfernt von den sogenannten *listas plancha*² oder von quotenbasierten Machtaufteilungen, bedeuteten die mit proportionalen, dem Ausschluss von Minderheiten und Diversität vorbauenden, Methoden durchgeführten Vorwahlen einen großen Schritt vorwärts. Diese politische Geste stellte unter Beweis, dass es alternative Wege zur Erstellung von Kandidat_innenlisten gab, welche Diversität als einen Reichtum betrachteten. Das Ergebnis waren plurale und heterogene Gruppen, die sich denselben Herausforderungen zu stellen imstande waren, aber auf demokratischere Art als die einfarbigen Gruppen, die sich aus den Systemen der Mehrheitswahl ergaben (wie die *listas plancha*).

In Anbetracht der proportionalen Vorwahlssysteme, die dazu bestimmt waren, Macht zu verteilen, anstatt sie zu konzentrieren, können wir eineinhalb Jahre später sagen, dass sie das Ergebnis zumindest zweier Faktoren waren. Erstens erweiterten die municipalistischen Kandidaturen den sogenannten „institutionellen Angriff“ um einen mannigfaltigen Zusammenhang von unabhängigen Bewegungen und Personen. Diese Realitäten

² Als *listas plancha* bzw. *voto en plancha* wurde die von Podemos bei Vorwahlen benutzte Methode bezeichnet, die Sympathisant_innen die Möglichkeit gab, entweder für eine ganze Kandidat_innenliste zu stimmen oder aber Kandidat_innen von verschiedenen Listen zu unterstützen sowie die Anordnung der Kandidat_innen zu verändern. Kritisiert wurde diese Methode für die dadurch faktisch bewirkte Schwächung des Verhältniswahlrechts zugunsten der Bildung starker Mehrheiten. [Anm. d. Übers.]

gingen über die überkommenen Dynamiken der Parteiapparate hinaus bzw. wirkten ihnen zum Teil entgegen. Das zweite interessante Element war die lokale Verankerung dieser Kandidaturen, die sich aus der Partizipation von sozialen Bewegungen sowie politischen, sozialen und kulturellen Akteur_innen mit langjährigen Erfahrungen in lokaler Arbeit ergab. Wie so oft ging es darum, zu verhindern, dass die kommunalen Gruppen sich unabhängig und autonom machten von dem kollektiven Substrat, das ihnen den Weg in die Institutionen ermöglichte.

Gewiss äußerten sich diese beiden Charakteristiken in unterschiedlichem Ausmaß und unterschiedlicher Intensität. Aber es gibt keinen Zweifel an der politischen Ausrichtung, an der sich der Munizipalismus orientierte: Beteiligung unabhängiger Akteur_innen, territoriale Verankerung, Bemühen um Diversität, proportionale Vorwahlsysteme, partizipative Programme, enge demokratische Verbindung zwischen den Organisationen mit ihren Kandidat_innenlisten sowie Rechenschaftspflicht – all das sind Werkzeuge, die allein im Zyklus des Munizipalismus in Erscheinung getreten sind und die noch nicht aufgenommen wurden, jedenfalls nicht mit solcher Intensität.

Feminisierung der Politik. Oder besser, feministische Politiken

In größerer Perspektive, und auch mit einem gewissen Augenzwinkern, könnten wir sagen, dass die Feminisierung der Politik nicht geboren, sondern gemacht wird. Die Feminisierung der Politik war eine der Hauptachsen, an denen sich die politischen Debatten der vergangenen Monate orientierten. Zunächst können wir sagen,

dass signifikante Fortschritte erzielt wurden. Auf nahezu allen Kandidat_innenlisten sind zahlreiche Gesichter von Frauen zu sehen. In gewissem Sinn kam es in dem neuen politischen Zyklus zu einer Entmaskulinisierung, selbst wenn die großen Repräsentationsrollen im Moment noch immer von Kerlen ausfüllt werden.

Ungeachtet dessen aber muss betont werden – wie dies auch die gesamte feministische Bewegung immer wieder tut –, dass die Gesichter von Frauen nicht ausreichen, um eine feministische Politik durchzusetzen. Zudem ist zu prüfen, in welchem Ausmaß auf die Kriterien eingegangen wird, die die feministischen Bewegungen mit so viel Arbeit entwickelt haben. Was also bedeutet Feminisierung der Politik?

Die Feminisierung der Politik, oder besser, feministische Politiken stellen sich drei großen Herausforderungen: Diversität, gemeinsame Verantwortung und Sorge. Diese drei Ideen haben bekanntlich vernichtende Auswirkungen auf die klassischen Konzeptionen von Macht. Hinzu kommt eine grundlegende Infragestellung von Repräsentation sowie die Verstärkung einer Politik, die ihr Zentrum in kollektivem Handeln hat. All das verpflichtet zu einer Umgestaltung der Grundzüge des Politischen. Die Frage ist: Ist der Munizipalismus auf dieser Linie zu irgendwelchen Lösungen gelangt? Haben die feministischen Bewegungen in den munizipalistischen Kandidaturen einen fruchtbaren Boden für ihre Vorschläge gefunden?

Die Antwort auf diese Frage bleibt komplex. Dass es eines anderen Ausgangspunktes bedarf, um den Neuaufbau zu beginnen, darin trafen sich ein guter Teil des Munizipalismus und der feministischen Bewegungen. Es galt, die Logik der Sorgeverhältnisse in das aktuellere

politische Rahmenwerk zu übertragen. Damit ist nicht nur eine größere Sensibilität und Freundlichkeit gegenüber den Rahmungen von Beziehungen gemeint, sondern auch der Versuch, aus den Dichotomien zwischen Sieger_innen und Besiegten, Mehrheiten und Minderheiten auszubrechen und die Politik der Sorgeverhältnisse als eine differenzielle Tatsache zu inkorporieren, die für die neuen Formen kollektiver Konstruktion maßgeblich sein sollte. Nichtsdestotrotz verfielen viele der munizipalistischen Kandidaturen sicherlich dem Primat der Konzentration von Sichtbarkeit und Macht, die charakteristisch für die repräsentative Politik sind.

Was aber vermag der Munizipalismus?

Der Munizipalismus ging von einer neuartigen Voraussetzung aus: Es ist nicht notwendig, sich um einen mehr oder minder traditionellen Parteiapparat herum zu organisieren, um den sogenannten „institutionellen Angriff“ durchzuführen. Mit mehr oder weniger Erfolg verstanden sich die munizipalistischen Kandidaturen – zumindest in vielen Städten – als eine Art Föderation von Initiativen, die gemeinsame Anliegen finden konnten, um nach Spielregeln zu arbeiten, welche die Diversität respektieren sollten. Dieser Leitlinie folgten die bereits hervorgehobenen Elemente: Dowdall-System, partizipative Programme und die Idee einer engen politischen und demokratischen Verbindung zwischen jenen, die in repräsentative Ämter gelangten, und den Bewegungen, die ihnen dazu verhalfen.

Heute haben wir die Möglichkeit, über den Zusammenprall zwischen jenen neuen politischen Prototypen (die in gewissem Maße ein Erbe der Kämpfe der 15M-Bewegung bildeten) und der härteren institutionellen

Wirklichkeit Bilanz zu ziehen. In diesem Zusammenprall lernten wir, dass die Institution dazu da ist, jegliche politische Entscheidung in Büroräume einzuschließen. Das ist letztendlich das Risiko der Institutionalisierung, der „Professionalisierung der Politik“ um die öffentlichen Ämter herum sowie der Hierarchie in den Prozessen der Entscheidungsfindung. Als Konsequenz dieses Zusammenpralls kam es zu einer Ausdehnung – und in vielen Fällen dem Auseinanderbrechen – der kollektiven Prozesse, die diese zutiefst hierarchischen Strukturen zu beherrschen versuchten.

An der Entwicklung der zwei Jahre kommunaler Regierungen können wir uns davon überzeugen, dass sich die Stärke dieses „institutionalisierenden Effekts“ zu Beginn des Prozesses nicht abschätzen ließ. Wir laufen Gefahr, dass sich der Prozess bürokratisiert; er stößt sich frontal an eben jenen Problemen, die vielen Veränderungsbewegungen zu schaffen machten, wenn sie die Institutionen erreichten und zu so etwas wie einer Partei wurden. Diese Situation jedoch macht die Notwendigkeit nur umso deutlicher, Modelle der kollektiven Konstruktion zu denken, die diesen Typus institutioneller Trägheit aufzulösen vermögen. Ganz genauso wie bezüglich des Feminismus stellt sich auch hier die Frage: Trägt der Munizipalismus irgendein Antivirus gegen diese Gefahren in sich?

Wir haben bereits darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dass sich die munizipalistischen Kandidaturen als eine Föderation von Initiativen konstituieren. Dadurch wurde einer enormen Vielfalt von sozialen und politischen Prozessen Raum gegeben, während zentralisierten Parteistrukturen zugleich Einhalt geboten werden konnte. Was unter anderen Gesichtspunkten als

Schwäche gedeutet werden mag, hat sich aus unserer Sicht als Stärke und Möglichkeit erwiesen. Im Großen und Ganzen hat der Eintritt in die Institutionen bei einem Gutteil der sozialen Kräfte, die die Formierung der Kandidaturen möglich machten, eine schrittweise Absonderung von der institutionellen Wirklichkeit provoziert. Hierin liegt der eigentliche gordische Knoten des munizipalistischen Dilemmas.

Bis heute hat es das Umfeld der munizipalistischen Kandidaturen nicht geschafft, sich zu einer potenten und lebendigen Bewegung zu formieren. Die Gründe dieses Mangels an Stärke sind vielfältig. Ein Teil erklärt sich aus der kollektiven Anstrengung, die die Besetzung institutioneller Positionen mit sich brachte, und auch aus der Zersplitterung, die diese Anstrengung nach sich zog. Des Weiteren hängen sie sicherlich mit dem Mangel an Organisation dessen zusammen, was wir die munizipalistische Bewegung nennen. Nichtsdestotrotz sehen wir den Kern des Problems woanders. Die Frage ist, wie in neuen Prozessen der Auseinandersetzung ein Gefüge sozialer Bewegungen geschaffen werden kann, die in der Lage sind, der institutionellen Partizipation neuen Sinn zu geben, ihre Logiken zu überschreiten und die Probleme außerhalb des instituierten politischen Feldes neu zu verorten. Innerhalb der Institution zu sein ist letzten Endes dann von Nutzen, wenn wir als Transmissionsriemen einer breiteren Veränderungsbewegung dienen. Und in diesem Sinne liegt die Priorität genau darin, die Strukturen dieser Bewegung zu denken, zu verstärken und miteinander zu verbinden, um auf diese Weise die Rahmenwerke des Möglichen zu überschreiten.

„RAJOYNAT“, MUNIZIPALISMUS, SYSTEM DER GEGENMÄCHTE

Raúl Sánchez Cedillo

Aus dem Spanischen von Gerald Raunig

Wir leben im „Rajoynat“. Seit 2012 ist es Ministerpräsident Mariano Rajoy gelungen, sich als geringstes Übel für das Überleben des spanischen Regimes in seiner materiellen Verfasstheit von 1978 zu behaupten. Es mangelte nicht an Feuerproben in dieser Zeit: die systemische Korruption seiner Partei, des Partido Popular; die Staatsschuldenkrise von Juli 2012, die durch die Intervention von Mario Draghi im letzten Moment abgewendet wurde; die katalanische Kampfansage an die Souveränität, die in diesem Herbst ihren ultimativen Angriff startet; der größte Protest- und Demonstrationszyklus der letzten 40 Jahre, der mit dem 15. Mai 2011 (15M) seinen Anfang nahm; zugleich das Zusammenhalten seiner Partei – trotz der Versuche, sie zu zerschlagen oder weiter in Richtung einer rechten Konterrevolution im Sinn von Aznar, Aguirre und den ehemaligen Kämpfern der ETA-Zeit zu wenden; und schließlich die Entstehung einer institutionellen Alternative zum bestehenden Parteiensystem und der Bildung des politischen Willens – vereinfacht gesagt zum Zusammenspiel der Parteien und des spanischen Aktienindex IBEX35¹ – in Form von Podemos und der municipalistischen Konfluenzen im gesamten Königreich von Spanien. Zum Abfassungszeitpunkt dieses Textes erscheint das Schicksal der Rajoy-Regierung vor der Folie des unaufhaltsamen

¹ Vgl. Rubén Juste, *IBEX 35: Una historia herética del poder en España*, Madrid: Capitán Swing 2017.

Aufstiegs der PSOE von Pedro Sánchez düster. Allerdings ist die Partie noch lange nicht gelaufen.

1. Charakteristiken des „Rajoyrats“: Kontingenz und Notwendigkeit

Die Begriffserfindung „Rajoyrat“ soll hier darauf hinweisen, dass es sich erstens um eine vorübergehende Lösung handelt, die sich nur in Verbindung mit der Person des aktuellen Premierministers verstehen lässt, und dass es sich zweitens um einen Ausnahmefall handelt. In diesem Sinne ist das „Rajoyrat“ die spezifische Form des Ausnahmezustands variabler Intensität, der auf der ganzen Welt herrscht. Ein solcher Ausnahmezustand gilt insbesondere in der Europäischen Union, seitdem die Krise des Modus der Finanzakkumulation in nahezu allen EU-Mitgliedsstaaten die Hegemonie der neoliberalen extremen Mitte beendet hat, mit Ausnahme von Deutschland und dem fragilen *retour à la normale* im Frankreich Macrons. Tatsächlich kann man weder die Beharrlichkeit des „Rajoyrats“ noch die Schlüssel zu seiner möglichen Destrukturierung und Destabilisierung verstehen, wenn nicht das europäische System als Grundlage für die Analyse in den Blick genommen wird.

Allerdings dürfen wir uns keine Illusionen machen. Nach der anfänglichen Verwirrung der europäischen Eliten angesichts der Tiefe und Virulenz der Krise des Finanzakkumulationsmodells dreht sich die unmittelbare Zukunft der liberalen Demokratie um die verschiedenen Varianten eines „begrenzten politischen Pluralismus“. Der politische Zeiger bewegt sich nach rechts, ohne dabei aufzuhören, „von oben nach unten“ zu zeigen. Was sich in den Ländern der Union ausgestaltet, ist ein Versuch des *containment*, der Eindämmung anti-systemischer

Bedrohungen. Der wesentliche Unterschied zur Lehre vom *containment*, wie sie George F. Kennan erarbeitete, besteht darin, dass die größte Bedrohung für die oligarchischen liberalen Demokratien kein System sozialistischer Staaten mehr ist, sondern ein bunt gemischtes Gemenge von Prozessen des Bruchs, der Auflösung und der Destitution, die nicht in einer einzigen feindlichen Einheit ausgemacht werden können, wie sie „der Kommunismus“ oder in den letzten 40 Jahren „der Terrorismus“ darstellte. Die Unterschiede zwischen der anti-systemischen Gefahr, die die Unruhen und anti-oligarchischen Aufstände von 2011 ausdrücken, und der Bedrohung, die die Kräfte des europäischen „weißen Faschismus“² darstellen, liegen auf der Hand und müssen hier nicht weiter kommentiert werden.

Die Blindheit der politischen Kommentator_innen der neoliberalen Demokratie drückt sich indes in der Generalisierung des Begriffs „Populismus“ aus, mit dem all diese Phänomene gefasst werden sollen. Von Anfang an krankt der „populistische Moment“ an dieser diffusen Bestimmung und Benennung in den europäischen Kontexten. Sich „populistisch“ zu nennen, ist bereits in der Praxis defensiv und nicht offensiv, bis zum Punkt, dass schließlich einer wie Íñigo Errejón so weit kommen kann, dass er zur PSOE sagt: „Was Populismus ist? Das fragst du mich? Populismus seid ihr!“³

2 Der hier verwendete Begriff entstammt einer Diskussion mit Antonio Negri und versucht, eine provisorische Benennung für die neuen Kräfte der rassistischen und islamophoben Rechten in Europa vorzuschlagen.

3 Ironische Referenz des Autors auf ein Gedicht des Romantikers Gustavo Adolfo Bécquer „¿Qué es poesía?, dices, mientras clavas / en mi pupila tu pupila azul, / ¡Qué es poesía! ¿Y tú me lo preguntas? / Poesía... eres tú.“, Anm. d. Hg.

Kein populistischer Moment hatte je irgendeine Bedeutung in der politischen Geschichte Europas noch wird er sie, wie wir noch sehen werden, in den kommenden Jahren haben. In der Tat verwenden die neo-liberalen Eliten des europäischen Subsystems den „Populismus“ relativ effizient als Schreckgespenst, trotz oder vielleicht gerade wegen Donald Trump.

2. Die lange Geschichte des „politischen Systems des begrenzten Pluralismus“

Die Erfahrung der Weimarer Republik war eine Lernquelle für das spanische antidemokratische Denken der 1930er und 1940er Jahre.⁴ Die akademische und politische Arbeit von Francisco Javier Conde und seinem Schüler Juan Linz ist tief durchzogen von Carl Schmitts faschistischem Katholizismus, seiner Theorie des Staats und der Theorie der politischen und juristischen Norm. Nicht umsonst ist Carl Schmitt der Denker des Bürgerkriegs als der Grundlage der Politik. Und der „glorreiche Kreuzzug“ vom 18. Juli 1936 war als Beginn des spanischen Bürgerkriegs das existenzielle Element, die Grundlage aller Normen, die aus dem Franquismus hervorgegangen sind, einschließlich unserer Staatsform und weitgehend unserer gegenwärtigen Verfassung. Dieser Rahmen der Strategie politischer Klassenherrschaft ist variabel, aber zugleich auch isomorph in einem strukturellen und funktionalen Sinn. Möglicherweise ist er besser zu verstehen, wenn klar wird, dass die faschistische und exterministische Lösung, die dem Franquismus

⁴ In diesem Absatz stütze ich mich unter anderem auf unterschiedliche Arbeiten von Gregorio Morán, Carles Sirera und Emmanuel Rodríguez.

den Sieg brachte, eine primitive Akkumulation von Befehlsmacht bedingt. Diese Akkumulation erlaubt es auch, das Problem der popularen Klassen, die kapitalistische Entwicklung und die Vereinbarkeit des Franco-Regimes mit dem westeuropäischen Subsystem mit einer Fähigkeit zum außergewöhnlichen Manöver anzugehen. Vom „Lagerstaat“ (*estado campamental*, der dem Führerregime des *caudillo* entsprach) zum politischen System des „begrenzten politischen Pluralismus“ – einer „vakanten“ Monarchie nach den Grundgesetzen von 1947 – erfolgt eine unbestreitbare strategische Entfaltung, die nur mit Verweis auf den Kontext der antikommunistischen Überdeterminierung unter US-Hegemonie zu verstehen ist, der einen neuen Fokus der Beziehungen zwischen konstitutionellen liberalen Demokratien und antikommunistischen Diktaturen erzeugt. Die Kontinuität des Franco-Regimes – das heißt, die politische Einheit, die von der Arbeiterbewegung und der internationalen kommunistischen Bewegung existentiell bedroht wurde – konnte nur unter einer dynamischen Regelung der gesteuerten kapitalistischen Entwicklung gewährleistet werden. Die internen Agonismen des franquistischen Regimes erlauben es, einen „begrenzten politischen Pluralismus“ zu benennen, in dem fordistische Skalen-Ökonomien den Horizont der „Modernisierung“ definieren, um den herum sich ein strategisches Projekt der „Gesellschaft der Mittelklassen“ gründet. Frieden, Sicherheit, Modernisierung und sozialer Aufstieg verwandeln sich zu einem tragfähigen Projekt an den politischen und industriellen Rändern des

europäischen Integrationsprozesses.⁵ Der dem „System des begrenzten politischen Pluralismus“ inhärente Antikommunismus überlebt im späten Franco-Regime als interne Alternative des „entwickelnden Staats“ oder des „Plan-Staats“ des fortgeschrittenen Fordismus. Die große Feuerprobe dieser überdeterminierten Strategie kommt mit dem physischen Verschwinden von Franco und der unvermeidlichen Veränderung der Staatsform.

Heute besteht das Paradox darin, dass wir nach den Auswirkungen der kommissarischen Diktatur in der EU in einer Republik leben, die tatsächlich völlig *sui generis* ist: präsidential und exekutiv, vorläufig ohne Ende. Die kommissarische Diktatur, die in der EU in Kraft ist, setzt durch, dass parlamentarische Mehrheiten für die Vertikalisierung und Managerialisierung der Entscheidungen eintreten. In diesem Rahmen wird nicht gezögert, gegebenenfalls eine Partei zu zerschlagen, die wie die PSOE eine Säule des Regimes ist. Seit 2012 gibt es keinen echten Staatsoberhaupt nach der Verfassung von 1978, weil das *imperium* fehlt und es kaum einen Hauch von *auctoritas* gibt. Die Regenten-Republik hebt die konstitutionelle Gewaltenteilung und die Rolle des Staatsoberchefs auf, weil sie sich als Ergänzung der konstituierten Macht positioniert. Zugleich kann sie durch ihren Charakter als Ausnahme-Lösung keine Maßnahme formulieren oder umsetzen, mit der die Quellen der konstituierenden Macht ins Spiel kommen, außer jenen extrem reduzierten des dem Wahlsystem entstammenden

⁵ In diesem Sinn sind die Resonanzen unüberhörbar, die zwischen der Rhetorik der großen franquistischen Gedenkfeier der „25 Jahre des Friedens“ im Jahr 1964 und dem heutigen Sicherheits- und Stabilitätsdiskurs in der Zeit der Unruhe besteht, wie ihn das „Rajoynat“ in Umlauf bringt.

Parlaments, aber nicht als gesetzgebende und Kontroll-Macht, sondern als beratende Kammer. So richtet die 15M-Bewegung langsam den entscheidenden Schlag gegen die Zweite Restauration und bricht die Zeit der vakanten Präsidentialrepublik auf, in der wir leben.

Ohne in die bizarren Vergleiche zu verfallen, die Rajoy mit einem Schüler von Sun Tzu amalgamieren: Rajoy bringt wahrlich die Qualitäten ein, die in der aktuellen Phase der zivilisatorischen Krise des Kapitalismus gefordert sind. Wenn Nikolai Bucharin in den frühen 1910er Jahren anhand der Theorien des österreichischen Ökonomen Böhm-Bawerk, der angeblich Marx' Werttheorie widerlegte, eine „politische Ökonomie des Rentners“⁶ erkennt, können wir heute sagen, dass Mariano Rajoy der richtige Politiker dafür ist, den Kraftakt der Finanz- und Rentier-Macht zu verwalten, von der die Europäische Union dominiert wird. Mariano Rajoy agiert verwaltend und abwartend. Wie man auf Einkünfte wartet und ihre Verspätung oder ihren Rückgang befürchtet. In einer Situation wie der spanischen und in einer Konjunktur wie der europäisch-globalen weiß Rajoy, dass die unter seiner Hoheit stehenden Axiome der Kontinuität des Staates und der Zinsen bei der Strenge der Fälligkeitstermine seine Position garantieren – als einzig gangbare Option für den Staatschef und Premierminister einer Regenten-Republik der parasitären Einkünfte. Die Form der Zukunft ist für Rajoy jene der Fälligkeit.

Einkünfte und daher Vollmacht für die Sicherheit. Einkünfte und damit versicherungsmathematische

⁶ Nikolai Bucharin, *Das Elend der subjektiven Wertlehre: die politische Ökonomie des Rentners*, Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik 1972.

Berechnung des Risikos. Rajoy führt eine Versicherungsgesellschaft, wie ihr staatliche Strukturen mit nationalem Anspruch heute am ehesten ähneln. Wenn wir das kriminelle Verhalten der Finanzinstitutionen auf das gesamte System von Parteien erweitern, können wir sagen, dass das „Rajoynat“ Sicherheit verkauft, festgesetzte Fristen für all jene, die vom Staat Einkünfte beziehen, von den Pensionist_innen über die Beamt_innen zu den Langzeitarbeitslosen, während es für alle Beziehher_innen von variablen Einkünften, die an die Finanzinstitutionen gebunden sind, die Erlösung garantiert. Für den Rest verkauft Rajoy Vorzugs- und Subprime-Hypotheken, alle Arten von staatlichen toxischen Produkten. Mit dem „Rajoynat“ verbunden und bis zum Überdruß angepriesen wird folgender „Gemeinsinn“: Nur politischer Gehorsam erwirkt Einkünfte und/oder Überleben. Diejenigen, die mit dem Regime zu brechen versuchen, könnten ihrerseits mit der Hierarchie der garantierten Einkünfte im politischen Gehorsam brechen. Denjenigen, die argumentieren, wie in unserem Fall viele Tausende, dass ein politisches Wachstumsregime, das sich auf parasitäre Einkünfte und die Zerstörung von Produktivkräften und ökologischem Potenzial stützt, nicht praktikabel ist und mit einem Knall enden wird, mit schwerwiegenden Folgen für die Mehrheit und für den sozialen und territorialen Zusammenhalt, antwortet das „Rajoynat“ mit der Erfolgsbilanz von 2012 bis heute: ein gelähmtes Land und keine andere Zukunft als die eines vegetativen Fortdauerns, aber wenn es die Regel des Gehorsams gegenüber der Macht des europäischen Finanzkommandos und seinen Hierarchien der Einkünfte nicht eingehalten hätte, wäre es auf dem Weg zu seinem eigenen historischen und politischen Verschwinden oder

würde wahrscheinlich den konstitutionellen Weg verlassen, mit unvorstellbaren sozialen Folgen.

Um die relative Stabilität des „Rajoyrats“ zu verstehen, müssen wir die Transaktion der gesellschaftlichen und politischen Erwartungen verstehen, auf denen sie beruht: die Angst, die sie aktiv fördert, ist eine Angst, die auf der neoliberalen Gouvernamentalität beruht, nicht auf dem möglichen Einsatz staatlicher Gewalt. Es geht darum, dass Einzelpersonen, Familien und Körperschaften diese Risikoberechnung nach innen wenden, bei der die Identifikation des historischen Stamms des spanischen Staats mit dem „Rajoyrat“ als Bürgschaft für eine Vermittlung gegenüber der systemischen Gefahr dient, die als Umweltrisiko, Schutzlosigkeit, verallgemeinerte ontologische Prekarität verstanden wird. Gerade die Form der „Stabilität“, auf der das „Rajoyrat“ basiert – die Garantie der Einkünfte und ihrer parasitären Hierarchie durch die staatliche Entwicklung und Förderung der aufeinanderfolgenden Immobilienblasen, der öffentlichen Bautätigkeit und des Plattform-Kapitalismus – birgt die Sicherheit der Rezession. Dabei ist die sichere Rezession jedoch keine tödliche Gefahr, sondern ein bestimmter Zustand, mit dem es das System des begrenzten politischen Pluralismus aufnehmen muss. Hier liegt der große Unterschied im Vergleich zur Zeit des späten Franco-Regimes und des durch die Verfassung von 1978 oder, wenn man so will, von der zweiten bourbonischen Restauration konsolidierten Pluralismus. Weder im Königreich Spanien noch im Gefüge der EU kann man heute von einem System von entwickelnden Staaten sprechen, sondern von einer kompletten Finanzialisierung der Machtquellen der Staaten (und insofern von einer radikalen Neudefinition ihrer vermeintlichen

Souveränität), wo sie als „Staaten/Zustände der (Un-) Sicherheit“ funktionieren.⁷

Man könnte sich fragen, was die politologischen Köpfe der Transition von Conde bis Linz heute sagen würden: Ist das „Rajoynat“ ein autoritäres Regime des begrenzten Pluralismus oder ist es vielmehr die Tendenz, auf die der noch in Kraft befindliche Dreibund PP-PSOE-Ciudadanos trotz Pedro Sánchez abzielt? In bestimmten Passagen erwägt auch Gramsci, dass die „Form“ der Demokratie selbst in ihrer liberal-demokratischen Version des Rechtsstaats die politische Hegemonie der bürgerlichen Klasse als solche ist.

Rajoy hält durch, weil er die Schocks nach der passenden Gelegenheit abwägt und weil er in der Lage ist, die Gegner nach ihren Fälligkeitsterminen oder -motiven zu beurteilen, nach ihren Verfahrensweisen in der Zeit des normalen politischen Prozesses. Die Finanzspritzen der EZB in Sachen Liquidität und Bonität, die Arbeitsreform vom Februar 2012, die steuerliche Kommissarisierung des sogenannten Montoro-Gesetzes und die konzertierte Aktion, mit der die Einkünfte der Bevölkerung an das System IBEX35 transferiert werden, sichern die Grundlagen für den Neustart der Blasen-Entwicklung unter den Bedingungen einer gravierenden sozialen Unsicherheit für die subalternen und verarmten Klassen. Die Definition und die relative Kontrolle dieser Zeitlichkeit war die beste Garantie für die Domestizierung der anti-systemischen Alternative, die zumindest bis zu den Wahlen am 26. Juni 2016 durch Podemos und die Konfluenzen zum Ausdruck gebracht werden konnten.

⁷ Vgl. Isabell Lorey, *Regierung der Prekären*, Wien: Turia+Kant 2012.

Trotzdem liegt die große Verwundbarkeit von Rajoy in den Des-Konjunkturen, an den Wendepunkten, wo er sich wie üblich für minimale Aktion und Stellvertreter-Handlung entscheidet, wohl wissend, dass nichts außer seiner Abwesenheit von der Arbeit in seinen Händen liegt. Doch in solchen Zeiten ist nicht nur Untätigkeit, sondern auch entschlossenes Eingreifen erforderlich, Aktion und souveräne Repräsentation derselben. Das war die Lage im ersten Halbjahr von Rajoys Regierung, und es war allein Mario Draghi, der sie mit seinem entschlossenen Eingreifen von seinem Büro in Frankfurt aus änderte. Das „Rajoynat“ kommt in die Krise, wenn die Proteste und deren Fähigkeiten der Affizierung und Affiziertheit sich losmachen aus den Kreisläufen der politischen Neutralisierung in den Parlamenten und Medien, um ein Netzwerk-System der Ansteckung, der Äußerung, der Beratung und des Ungehorsams zu bilden. Die großen Erschütterungen der öffentlichen Meinung sind zersetzendes Gift für die versicherungsmathematische Logik des „Rajoyrats“, das nicht in der Lage ist, Ereignisse vorauszusehen, ihre Bedeutung und Ausdehnung zu ermessen, Abstufungen von Sicherheit/Angst zu etablieren, die großen Prozesse der Ansteckung und kollektiven Subjektivität zu neutralisieren und zu deaktivieren, die mit dem gesamten Netzwerk-System der Proteste in Verbindung stehen. Das ist der Blätterteig-Plan eines Systems der Gegenmächte, in dessen Konsistenz und Persistenz die demokratische Radikalität, die Autonomie und die dem Munizipalismus inhärente zerstreute Beschaffenheit eine entscheidende Rolle spielen, die in der 15M-Bewegung fehlte.

3. Die strategische Sackgasse nach dem Ende der populistischen Hypothese. Die Paradoxien der Autonomie des Politischen.

Im Moment, in dem wir schreiben, bezahlen wir die Rechnung für die Unumkehrbarkeit: In der einen oder anderen Weise, mit Begeisterung oder mit Körben an Vorbehalten haben wir das politische Vermögen an Podemos ausgeliefert, an die Stadtregierungen, an eine Partie von Repräsentant_innen, Berater_innen, Freigestellten, in Anzahl zunehmend und zunehmend müde, desorientiert und unpolitisch. Und sie sind, auch wenn das Lebensregel in jedem Zyklus der Neutralisierung und Restauration ist, nur an den Rändern der Kreisläufe von Korruption und Plünderung der Einkünfte.

Die „Medien-Wahlen-Kriegsmaschine“, die das As im Ärmel der meisten Führer_innen und Gründer_innen von Podemos war, um auf dem Gründungskongress von Vista Alegre im November 2014 das Modell des Partei-Unternehmens zu etablieren, versumpfte in der Zähflüssigkeit der finanzialistisch und steuerlich bestimmten Zeit des „Rajoyrats“. Heute stellt sich klar und deutlich die Frage, wie aus der Falle herauszukommen ist, jener Falle des *trade-off* zwischen Erhaltung der institutionellen Macht und unkontrollierter Mobilisierung, in die Podemos und ein guter Teil des Munizipalismus gegangen sind. Die Krankheit, bei der schon tödliche Fälle bekannt geworden sind, nennt sich im Volksmund *gubernismo*, Regierungssucht.

Ohne die negative Energie des politischen Raums, die zwischen 2009 und 2010 entstanden war, wäre die Wahrscheinlichkeit für eine Bewegung wie 15M sehr gering gewesen. Und ohne die expansive und destituierende Konsistenz der 15M-Bewegung wäre das Parteien- und

Institutionensystem der Zweiten Restauration fast vollständig erhalten geblieben. Isidro López rief vor Kurzem in einem persönlichen Kommentar in den sozialen Medien in Erinnerung, dass die *konstituierende Zeit* der Gesellschaft der Kämpfe zerbrochen wäre, hätten die Kräfte der 15M-Bewegung anstelle eines offenen und autopoietischen, für das bestehende System unverdaulichen Netzwerk-Systems einen unmittelbaren politischen Wahlkampf-Apparat eingesetzt: Sie hätten nicht nur die Wiedergesundung des Parteien- und Mediensystems ermöglicht, sondern auch und vor allem den Impfstoff gegen die Varianten des Krieges zwischen den subalternen Klassen und gegen die Faschisierung der in Zersetzung befindlichen Mittelklassen zunichte gemacht.

Das Projekt der Autonomie des Politischen, das Podemos propagiert, ist in einer regressiven, möglicherweise tödlichen Phase angelangt. Dies sieht man am besten an der Tatsache, dass Podemos von Beginn an versuchen hätte können, einige der Probleme zu lösen, die den konstituierenden Prozess einer anderen Gesellschaft bis zum Big Bang des 15M blockierten: an erster Stelle die Frage, wie die politischen Eliten der Schuldenpolitik und finanziellen Ausplünderung (vereinfacht: die „PP-SOE“ und ihre katalanischen Varianten) aus der Zentralregierung vertrieben werden können; zweitens zu regieren, indem Formen des Unrechts abgebaut oder Rechte und aufgehobene Errungenschaften wiederhergestellt werden; und schließlich drittens und am wichtigsten die Freiheiten zu regieren, das heißt, eine Gouvernamentalität zu entwickeln, die weder passiv noch aktiv ist, sondern strategisch in Bezug auf die Spannungen, Forderungen, Einschränkungen und vor allem auf die Gegenmächte in der politischen Raum-Zeit. Das bedeutet,

mit dem strategischen Bewusstsein für die Grenzen und die Dienstbarkeit der „Staatsregierung“ zu regieren, eine „perverse“, umgedrehte Modalität der neoliberalen Gouvernamentalität einzuführen. Diese bietet Platz für die Potenziale derer, die im europäischen geopolitischen Rahmen keine Muskelmänner-Illusionen einer „starken Regierung“ haben, wie sie dem Nationalpopulären in seinen verschiedenen Varianten so lieb sind. Sie hat aber auch keine Aspirationen der „schönen Seele“, die als Nicht/Regierung aufhört zu handeln oder sich den Mandaten der Basis der Bürger_innenschaft unterordnet, den „Organismen der popularen Regierung“, wenn sie denn existierten, oder sogar den „Gegenmächten“, die als Gruppen des organisierten sozialen Drucks verstanden werden. Insofern sie pervers ist, sieht sich diese perverse Gouvernamentalität in der Lage, ausgehend von einem Diagramm von politischen und sozialen Agonismen und Antagonismen der spanischen und europäischen sozialen Formation auf mögliche Handlungen der anderen einzuwirken. Sie strebt mit ihren strategischen Maßnahmen nicht danach, soziale Ungleichgewichte zu regieren, sondern danach, die günstigsten Bedingungen für die konstituierenden Prozesse zu bereiten, die die Gesellschaft durchqueren. Weder aktiv noch passiv, sondern strategisch. Auf diese Weise wird es möglich, die „am wenigsten schlechte“ der möglichen Regierungen zu denken.

Es fällt nicht schwer, sich eine Regierung von Podemos+Konfluenzen vorzustellen, die mit einigem Erfolg die ersten beiden Probleme angehen hätte können. Nichts führt uns jedoch dazu anzunehmen, dass im Fall von Podemos (und noch um einiges weniger im Fall von Izquierda Unida oder den laufenden Bestrebungen

für eine „organische Partei“) dem dritten Problem auch nur die geringste Relevanz oder Untersuchung zugebilligt wird. Das Gleiche lässt sich aus unserer Sicht auf die organisatorischen Erfahrungen der „Würdenträger_innen“ von Barcelona en Comú anwenden, heute das Zentrum der katalanischen „organischen Partei“ mit dem Namen Un País en Comú („Ein Land gemeinsam“).

4. Offene Ökologie der Gegenmächte im Netzwerk. Munizipalisten, institutioneller Pluralismus, konstituierende Prozesse und konstitutionelle Festlegung

Wenn keine komparativen Vorteile zu sehen sind, eine Reform oder eine Revolution in Angriff zu nehmen, weil der Gegner nicht aufhört, sich zu schämen und zu spalten, und die an der Revolution Beteiligten weder ausreichend viele noch genügend entschieden sind, dann liegt es nahe, in den Kämpfen Institutionen der Gegenmacht aufzubauen. Nur die Institutionen der Gegenmacht ermöglichen die Bedingungen dafür, aus der Revolution eine radikale Reform und aus der radikalen Reform eine tief greifende Revolution zu machen.

Wir stellen uns eine Aufgabe und paraphrasieren Artaud: *en finir avec la topologie conventionnelle*, „um mit der konventionellen Topologie fertig zu werden“ – nicht nur links/rechts, auch unten/oben. Wir müssen mit den Dichotomien zwischen Horizontalität und Vertikalität brechen. Aber wie nur? Inwiefern unterscheidet sich in unserem Fall ein Sprechen über die Vertikalisierung der Gegenmächte vom „Spiel“ auf dem Terrain der Autonomie des Politischen? Sicherlich müssen wir den Begriff eines Operators der topologischen Transformation einführen, der die Raum-Zeit und ihre Texturen in ihrem

Prozess der politischen und ontologischen Konstituierung transformiert.

Der Begriff der Gegenmacht ist weit entfernt von Klarheit. Noch viel weniger klar ist, ob wir ihn in der europäischen Situation heute als operativen Begriff nutzen können. Die Wahltaktik von Podemos und anderen Kräften basiert – wir sollten das nicht vergessen – auf der Idee, dass „die Regierung (oder die exekutiven Funktionen des Staates) übernommen werden muss, um dann Politiken des Wandels einführen zu können“. Dagegen wird eingewendet, dass es ohne populäre Kämpfe, ohne Initiativen von unten, ohne „soziale Gegenmächte“ keine wirksamen Gesetzesänderungen und keine lebensfähigen transformativen Regierungshandlungen gibt. Und es handelt sich um einen richtigen Einwand, den vor nicht allzu langer Zeit Pablo Iglesias als eine Abwandlung der vorherigen Narration aufnahm, die – einseitig auf Wahlkampf und Medien bezogen – den spanischen Wahlen vom 26. Juni 2016 voranging.⁸ In dieser Narration bildeten die Gegenmächte einen Teil im Prozess des Aufbaus des „historischen Blocks“ und seiner „organischen Partei“.⁹

In diesem Schema, das ungleich realistischer ist als die wundersame Fabel vom Wahlblitzkrieg, gefertigt aus „Transversalität“ und den scheinbar riesigen Äquivalenzketten, geht es darum, die Problematisierung

⁸ Vgl. den kritischen Kommentar von Emmanuel Rodríguez, „El post-Podemos: contrapoder o ‚movimiento popular‘ a golpe de silbato“, <https://www.diagonalperiodico.net/la-plaza/31567-post-podemos-contrapoder-o-movimiento-popular-golpe-silbato.html>.

⁹ Vgl. Gramscis Anmerkungen über den Begriff des „historischen Blocks“ in den *Gefängnisheften*, 10b, 12.

dorthin zurückzubringen, wo sie gestrandet war, zur Krise des Eurokommunismus am Ende der 1970er Jahre. Santiago Carrillos unverdauliches Buch *Eurokommunismus und Staat* oder die Arbeiten von Enrico Berlinguer in Bezug darauf – zwischen dem Coup gegen Chiles Unidad Popular vom 11. September 1973, dem „historischen Kompromiss“ und der großen gewerkschaftlichen und politischen Niederlage im Herbst 1980 gegenüber FIAT – trugen wenig dazu bei, Licht auf dieses Problem zu werfen. Vielmehr schulden wir Nicos Poulantzas' letzten Arbeiten die am besten geeignete Beleuchtung des Problems der Destitution, des Bruchs und der „Machtergreifung“. Verbunden mit der Beleuchtung des Problems bleiben uns dennoch die Aporien der Praxis, deren Überwindung auch nicht der lateinamerikanische Zyklus der 2000er Jahre erreichen konnte. Bekanntlich führt Poulantzas eine rigorose Kritik an der Konzeption des Staats als eines Objekts, eines Instruments oder einer Substanz und schlägt anstelle dessen eine relationale und strategische Konzeption des Staats als Verdichtung von Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen vor, die sich im Kampf ihrerseits verändern. Er kombiniert diese Staatskonzeption mit der Benennung der Aporien, in die sowohl die sozialdemokratische (und auch die eurokommunistische) Konzeption als auch die Konzeptionen des revolutionären Bruchs mittels einer günstigen Bestimmung für die Situation der „Doppelmacht“ geraten. Um es zu vereinfachen: Für Poulantzas sind beide Konzeptionen unfähig, die Artikulation des Rechtsstaats mit Formen von Räten und der demokratischen Radikalität zu denken, und

wetten auf das eine zum Nachteil des anderen.¹⁰ Hier kann uns eine schwache, „alternative“ oder „widerständige“ Vorstellung von Gegenmächten nicht helfen, die aktuelle Situation zu verstehen. Die „Gegenmächte“, verstanden als Dispositive und Organismen des Kampfes und der radikaldemokratischen Entscheidung (wenn sie es denn sind), können nicht den Staat isolieren oder sich entwickeln, indem sie ihn ignorieren. Zunächst, weil der Staat wie gesagt nur eine „Form“ ist, ein „Gravitationszentrum, von dem aus die Herrschaft ausgeübt wird“, und als solches mobil, flexibel, relational und strategisch. Und zweitens weil wir, wenn solche Gegenmächte Interessen und emanzipatorische Projekte des Klassenkampfes ausdrücken, ein verteiltes und diffuses Schlachtfeld haben, aber die Anziehungskraft des staatlichen Gravitationszentrums in Richtung einer Dualisierung nicht vermeiden können.

Ohne uns in den Schemata der Moderne und ihrer Antagonismen (Antimoderne) oder Alternativen (Altermodernität) wiedererkennen zu können, und in dem Maße, in dem wir mit einer materialistischen Vorstellung von Macht hantieren, müssen wir die Merkmale der Neuheit hervorheben, die jede historische Macht aufweist. Wenn wir von Gegen-Macht sprechen,

10 Vgl. Nicos Poulantzas, *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, mit einer Einleitung von Alex Demirović, Joachim Hirsch und Bob Jessop, Hamburg: VSA 1978, 283: „Das Grundproblem eines demokratischen Wegs zum Sozialismus und eines demokratischen Sozialismus ist die Frage, wie man eine radikale Transformation des Staates in Gang setzen kann, wenn man die Ausweitung und Vertiefung der Freiheiten und der Institutionen der repräsentativen Demokratie (die auch eine Errungenschaft der Volksmassen waren) mit der Entfaltung von Formen der direkten Demokratie und von Selbstverwaltungszentren verbindet?“

sprechen wir von Gegen-Vermögen, von einem produktiven und konstitutiven Operator.

Um die kritischen Operationen zu beginnen, die für strategische Arbeit mit dem Begriff der Gegenmacht nötig sind, sollen folgende Punkte festgehalten werden:

A) *Immanentisierung* der Macht als Beziehung. Wenn der Staat eine Form ist, in der sich die Kräfteverhältnisse (der Befehlsmacht) zwischen den Klassen verdichten, ist in dieser Hinsicht die Staatsform immanent in Bezug auf das soziale Feld der Gegenmächte. Diese Immanenz ist umfassend, wenn die Staatsform finanzialisiert und relativiert, in den hybriden Netzen der globalen Macht wechselseitig abhängig und völlig in den Akkumulationszyklen subsumiert ist, die gänzlich politisch, d. h. Zyklen sind, deren Dynamik sich nur aus einer Matrix von globalen Klassenantagonismen erklärt.

B) *Unilateralisierung*, in der wir durch diese Operation nicht mehr das immer asymmetrisch-transzendente Paar zwischen Macht und Gegenmacht/mächten oder Staat und Widerständen haben: die Macht ist nichts anderes als ein verstecktes Konkretes der Gegenmächte; die „Regierung“ ist eine Gegenmacht; alle Macht ist eine Beziehung, die Abstufungen von Vermögen (lebendiger Arbeit) voraussetzt, die strategisch angewendet werden, um Befehlsmacht, Herrschaft, Unterwerfung, Gehorsam, Zustimmung aufzubauen. Aber solche Operationen sind völlig isomorph: Eine solche Ausübung von Gegenmacht sind die Finanz-, Steuer- und Polizeimanöver des „Rajoyrats“, wie auch zum Beispiel die Initiativen der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung.

Gegenmacht/mächte und/oder Gegenmacht/mächte, ein/ige vor, mit, gegen die andere(n). Keine Transzendenz, allein, wie Spinoza schreibt, „die Fische genießen das Wasser, und die Großen essen die Kleinen.“¹¹

C) *Pluralisierung*: Die Gegenmächte sind Mannigfaltigkeiten; sie bestehen aus kombinierbaren, zusammensetzbaren, fügbareren Verteilungen, aber immer in fraktalen Dimensionen von Mannigfaltigkeiten, wodurch wir immer eine fraktale Anzahl von Gegenmächten haben, das heißt, die möglichen Verteilungen nicht auf eine Einheit reduzierbar sind. Die grundlegenden Beziehungen zwischen unterschiedlichen Verteilungen der Gegenmächte sind antagonistisch oder agonistisch, und im realen Prozess haben wir immer gemischte Verteilungen des antagonistischen und agonistischen Verhaltens zwischen konkreten Verteilungen von Gegenmächten. Die Prozesse der strategischen Intelligenz bestimmen Zentralisierungen, Schwärme, Dualisierungen, Verbreitungen von Gegenmächten, aber nur in den Köpfen der Theologen des Politischen finden wir die Einheit, die nicht rein taktisch oder strategisch wäre, in den Verteilungen der Staatsform wie in den Verkettungen von Gegenmächten.

D) *Positivierung*: Diese Eigenschaften verweisen auf eine Positivität der Gegenmacht als solche und bestätigen, dass die Befehlsmacht (oder alle groß geschriebenen Formen von Macht oder Staat) als Bedingung für ihre erfolgreiche Wirkung eine Gegenmacht sein muss. Sie führen uns dazu, vorübergehend jene Begriffe von Gegenmacht außer Acht zu lassen, die als

¹¹ Baruch Spinoza, *Tractatus theologico-politicus*, cap. 16 : *pisces summo naturali jure aqua potiuntur, et magni minores comedunt.*

negative, korrigierende oder ausgleichende Funktion verstanden werden. Dies ist der Fall bei den Protagonist_innen aus der liberalen Tradition (die konstitutionellen Funktionen der Gegenmacht verstanden als *countervailing power, checks and balances*, die Funktion der Gegenmacht in der Gewaltenteilung im Rechtsstaat); bei jenen der theologisch-politischen und naturgesetzlichen Tradition (das *ius resistentiae*, das als Naturgesetz legitim und anti-tyrannisch ist) und der sozialistischen und kommunistischen Tradition (sowohl die negative Dialektik der „Gegenmacht“ à la Holloway wie die bolschewistische und leninistische Doppelmacht); aber wir finden uns ebenso wenig am nie abschließenden und unauflöslichen Horizont der „Gegenmächte in einer Einfluss-Demokratie“, wie sie François-Bernard Huyghe und Ludovic François konzipieren.¹²

Hier stellt sich ein Problem, das als das Problem der Demokratie des Gemeinsamen im Spiel der Dualitäten definiert werden könnte. Das Theologisch-Politische präsentiert sich als eine Reihe von Dualitäten, die unauflösbar sind, es sei denn durch Vermittlung oder rekuperierende Aufhebung*. Das Politische schließt sich in der Dualität ein und lässt das Dritte als Vermittlung oder Transzendenz zu: vom Modell der Trinität zur Gewaltenteilung. Der Bruch mit dem Theologisch-Politischen verläuft durch eine individuelle Behandlung der Nummerierung. Auf diese Weise ist die Drei nicht in der ödipalen Triangulation oder Dialektik gefangen, sondern der Umweg, die

¹² Vgl. François-Bernard Huyghe, Ludovic François, *Contre-pouvoirs: de la société d'autorité à la démocratie d'influence*, Paris: Ellipses 2009.

Nichtvermitteltheit einer Serie $n-1$. Mit der Drei beginnt die Mannigfaltigkeit.

In diesem Schema eines Systems von Gegenmächten ist die Rolle des Munizipalismus von entscheidender Bedeutung. Der radikal demokratische Charakter, dem die Institutionen der kommunalen Regierung Züge der Nähe und Konkretion verleihen, ist bereits häufig betont worden. Aber es lohnt sich, den Metropolen und Städten des Königreichs Spanien als einem Netzwerk Aufmerksamkeit zu zollen, das imstande ist, die Bayes-Netzwerke der Gegenmacht zu unterstützen, die zu einer konstitutionellen Festlegung ihrer Autonomie und ihrer Formen von Demokratie fähig sind. Berücksichtigt man das Problem der souveränen Einheit, zeigt sich das System der Gegenmächte, dessen grundlegende Schicht der Munizipalismus ist, geeignet, zu konstitutionellen Vereinbarungen zu kommen, die relative Stabilisierungen erlauben.

Die internen Kämpfe der kommunalistischen Bewegung seit 2015 sind auch ein gutes Beispiel für diese Entwicklung – nicht unbedingt eine glückliche, das versteht sich von selbst – von Bayes-Netzwerken der Gegenmacht. Im Fall von Ahora Madrid zum Beispiel erlaubte das gemeinsame Ziel zu siegen oder sich zumindest als Gegenmacht im Madrider Rathaus zu konsolidieren, ein riskantes, aber letztlich wirksames Spiel zwischen agonistischen und antagonistischen Strategien. Einsatz und Methode von *Ganemos*¹³, die auf der

¹³ Vgl. Montserrat Galcerán Huguet, „El ‚método Ganemos‘ o aprendiendo a hacer política en común“, *Diagonal*, Juni 2015, <https://www.diagonalperiodico.net/la-plaza/27036-metodo-ganemos-o-aprendiendo-hacer-politica-comun.html>, sowie die Texte von Galcerán Huguet in diesem Band.

demokratischen Radikalität und ihren Spiegelungen in den Verfahren der digitalen Abstimmung (vereinfacht: des Dowdall-Systems) basierten, mussten sich gegen die quasi-antagonistische Strategie von Podemos Madrid stellen, die sogar das Hühnchen-Spiel spielten und im letzten Moment mit der Verscheuchung der Konfluenz drohten. Anstatt eingeschüchtert zu sein, entschieden sich Ganemos Madrid, etwas Unvorhergesehenes zu tun, nämlich die Drohungen zu veröffentlichen, die außerhalb des Rampenlichts gemacht worden waren. Aus diesem Grund musste die Ausgangsposition von Podemos, die im Madrider Prozess immer hinter Ganemos hinterherhinkten, sich in genau jenen Begriffen der demokratischen Radikalität korrigieren und an die Konfluenz annähern, die in den Versammlungen von Ganemos festgelegt worden waren. Dies ist eines der gelungensten Beispiele für die Gültigkeit von ago-antagonistischen oder konvergierenden Strategien, die die Unmöglichkeit eines Konsenses zwischen den Akteur_innen und ihren heterogenen Interessen voraussetzen, es ihnen aber ermöglichen, sie im pluralistischen Rahmen von Akteur_innen und Gegenmächten bayesianisch produktiv zu machen.

5. Vom Organischen zum Cyborganischen und von der Partei zur Plattform

Nach dem Kater der Wahlperiode bestätigt sich, dass die Idee einer „organischen Partei“ gramscianischer Inspiration unter gegenwärtigen Bedingungen nur darauf zielt, der Summe von Kürzeln, Gruppen und Körperschaften der politischen und zivilen Gesellschaft der Linken einen würdigen Namen zu geben. Aber diese Summe ist nicht nur weit davon entfernt, organisch zu

sein, je mehr sie sich mit Voluntarismus oder „Führerschaft“ aufpumpt, sondern sie reicht auch keineswegs aus. Wenn wir das System von Gegenmächten als ontologische und politische Maschine des konstituierenden Wandels verstehen, kann die „organische Partei“ nur ein Teil sein, dessen entscheidende Rolle – untergeordnet, taktisch usw. – von den Zusammensetzungen der ethisch-politischen Vektoren des Netzwerk-Systems der Gegenmächte abhängen würde, die ihrerseits in entscheidendem Ausmaß von der Entwicklung des „Rajohnats“ und des europäischen Subsystems abhängen.

Wenn wir es dagegen dank der jüngsten Erfahrung schaffen, uns vom Aberglauben der Autonomie der Sphäre des Politisch-Staatlichen zu befreien und die reale Funktionsweise der Netzwerk-Systeme seit der 15M-Bewegung betrachten, ist es gewiss, dass wir einen ganz anderen *cyborganisatorischen* Prozess benötigen. Es handelt sich nicht darum, eine Dichotomie zwischen einer Partei (oder dem bis jetzt unbekanntem Wesen namens „Bewegungspartei“) und ihren unvermeidlichen Hierarchien und Führungsformen gegenüber einer verteilten, relativ anonymen und nicht stark personalisierten Organisation zu etablieren. Nein, es handelt sich nicht um eine Neuformulierung dieser alten Frage. Es handelt sich vielmehr darum, dass in der bio- und technopolitischen Dimension der Macht, der Rebellion, der Ausbeutung und der Emanzipation, in der wir leben, nur ein enormer vielheitlicher und zerstreuter Prozess der kollektiven Arbeit, Evaluation, Konsequenz und Entscheidung den Einsatz für eine Demokratie gegen die aktuelle Schuldenpolitik und kommissarische Diktatur glaubwürdig machen kann.

Der cyborganisatorische Prozess ist das Einzige, was dem politischen Vermögen Rechnung tragen kann, das jeder Singularität der Gegenmacht gerecht wird und in dem das Telos des Prozesses nicht (nur) „der Staat“, „die Regierung“ oder „die Parlamente“ sind. Stattdessen geht es um den Übergang zu einer Gesellschaft, in der die Institutionen des Gemeinsamen gegenüber den Institutionen des Kapitals hegemonial sind und die Handlungen der Regierung und die Zwangsinstitutionen de facto und de jure dem cyborganischen Validierungsverfahren im System der Gegenmächte unterworfen. Der cyborganisatorische Prozess konstruiert die Algorithmen und bereitet die Entscheidungen der Verfassung des Gemeinsamen in jedem Moment ihrer politischen, historischen und geografischen Festlegung vor.

Die Netzwerke lernen, und die Gegenmächte auch. Die heilige Tradition der Multitude und des Staates sagt, die Vielen seien chaotisch und könnten sich nicht organisieren. Das ist die Legitimation für die Einzigartigkeit und Transzendenz der Macht, die durch ein System der Gewaltenteilung reguliert wird. Doch immer mehr wissen wir, dass es keine Entscheidung ohne Computerarbeit gibt, und dass die beste Computerarbeit eine verteilte ist. Und wir wissen auch, dass Computerarbeit Algorithmen impliziert und dass die besten Algorithmen diejenigen sind, die in verteilter Weise kontrolliert und bearbeitet werden können. Die bayesianische Inferenz verweist uns auf gegenseitiges Feedback zwischen glaubhafter Hypothese und Wahrscheinlichkeit, die auf der Wiederholung von mit der Hypothese zu vereinbarenden Tatsachen gründet. Das in der 15M-Bewegung geschaffene Netzwerk-System ist ein Netzwerk von Überzeugungen, ein bayesianisches Netzwerk von Inferenzen

und konstituierenden Entscheidungen. Dies ist das Verfahren, in dem wir uns seit 2011 üben und irren.¹⁴ Das lange spanische 2011 hat noch nicht sein letztes Wort gesprochen.

14 Ein aktuelles und zu weitreichendes Problem für eine Ausarbeitung in diesen Zusammenhang ist, dass das soziale Internet und alle Kommunikationsprotokolle in ein Cyberwar-Regime eintreten. Der subjektiv-algorithmisch-energetische Sozialprozess neigt dazu, sich in seinem Inneren als Krieg zu gestalten. Dies hindert uns daran, die generischen Bedingungen der möglichen Formation von sozio-algorithmischen Netzwerk-Systemen autopoetischer Art wie der 15M-Bewegung zu verorten.

Zu den Übersetzer_innen, Herausgeber_innen und Autor_innen

Christoph Brunner ist Juniorprofessor für Kulturtheorie an der Leuphana Universität Lüneburg. In seiner Arbeit fokussiert er auf Politiken des Affekts und Medienpraxen in sozialen Bewegungen. In Lüneburg initiierte er das ArchipelagoLab für transversale Praktiken und leitet das DFG-Netzwerk „Anderes Wissen in künstlerischer Forschung und ästhetischer Theorie.“ Christoph ist Teil des eipcp und transversal texts Kollektivs sowie des SenseLabs in Montreal.

Raúl Sánchez Cedillo lebt in Madrid, wo er auch geboren ist. In seiner Arbeit verbindet er Forschung und Aktivismus, von der Bewegung der Insumisos in den 1990er Jahren über die besetzten sozialen Zentren und die globalisierungskritische Bewegung bis zur 15M-Bewegung. Gemeinsam mit anderen gründete er 2001 die Universidad Nómada und beteiligte sich seit 2011 an der fundaciondeloscomunes.net.
Twitter: @sanchezcedillo

Montserrat Gálceran Huguet wurde 1946 in Barcelona geboren und ist seit 2015 Gemeinderätin in Madrid sowie Bezirksbürgermeisterin der Madrider Bezirke Moncloa-Aravaca und Tetuán für Ahora Madrid. Sie ist Professorin für Philosophie an der Universität Madrid-Complutense und konzentriert ihre Forschung auf die Geschichte der Philosophie, vor allem moderne und zeitgenössische Philosophie, Marxismus, Feminismus und kritische Erkenntnistheorie. Letzte Buchpublikationen: *Deseo (y) libertad. Una investigación sobre los presupuestos de la acción colectiva*, Madrid: Traficantes de sueños 2010; *La bárbara Europa: una mirada desde el postcolonialismo y la decolonialidad*, Madrid: Traficantes de sueños 2016.

Niki Kubaczek arbeitet als Soziologe, Übersetzer, Aktivist und Herausgeber in Wien. Er ist Redaktionsmitglied von transversal texts und Teil des eipcp sowie von kritnet, Netzwerk für Kritische Grenzregime- und Migrationsforschung. Zur Zeit schließt er seine Diplomarbeit zu polit-theoretischen Fragestellungen der Freund_innenschaft an der Akademie der Bildenden Künste Wien ab und beschäftigt sich auch darüber hinaus mit Antirassismus und Affekt.

Kelly Mulvaney ist Redakteurin und Übersetzerin bei transversal texts und war in transnationalen Antiausteritätsnetzwerken in Europa aktiv. Der Beitrag zu diesem Sammelband ist ein Ergebnis einer mehrjährigen Forschung zu Übersetzung und den Politiken transnationaler Solidarität, die sie zusammen mit wunderbaren Menschen aus sozialen Zentren und politischen und kulturellen Projekten in Athen, Barcelona, Berlin, Ljubljana, Madrid und Rom gemacht hat. Zur Zeit promoviert sie in Chicago.

Stefan Nowotny ist Philosoph, Universitätsarbeiter und Übersetzer. Er ist Mitglied des eipcp und unterrichtet am Department of Visual Cultures an Goldsmiths, University of London. Er beschäftigt sich derzeit vor allem mit Fragen zur Politik der Übersetzung sowie zu Psychomacht, Subjektivierung und Relationalität im gegenwärtigen Kapitalismus.

Pablo César Carmona Pascual ist Geschichtswissenschaftler und Aktivist, seit 2015 Gemeinderat in Madrid für Ahora Madrid. Er hat massgeblich zur Organisation des Bildungsprojekts Nociones Comunes beigetragen und ist Gründungsmitglied des Observatorio Metropolitano de Madrid, mit dem er vor allem zu urbanen Kämpfen forscht und Bücher herausgegeben/verfasst hat: *Madrid como Madrid ¿La Suma de Todos?* (2007), *Manifiesto por Madrid* (2011), *La Apuesta Municipalista. La democracia empieza por lo cercano* (2013).

Gerald Raunig arbeitet am eipcp, u. a. in der Redaktion der multilingualen Publikationsplattform *transversal texts*, sowie als Professor für Philosophie an der Zürcher Hochschule der Künste. Neueste Buchveröffentlichungen: *Kunst und Revolution. Künstlerischer Aktivismus im langen 20. Jahrhundert*, Neuauflage Wien u. a.: transversal texts 2017; *DIVIDUUM. Maschinischer Kapitalismus und molekulare Revolution*, Band 1, Wien u. a.: transversal texts 2015.

Manuela Zechner ist Kulturarbeiterin, Forscherin und organisiert Gruppenprozesse. Ihr Hauptinteresse liegt bei kollektiven Prozessen, Subjektivität, Migration und sozialen Bewegungen. Seit 2005 leitet sie das Future Archive (<http://futurearchive.org>), derzeit forscht sie als Postdoc zu reproduktiven Commons in Südeuropa.

Für alle Webadressen gilt der 15. September 2017 als letztes Aufrufdatum.

transversal texts

transversal.at

Aus dem Programm 2015

transversal texts

transversal.at

Aus dem Programm 2015

Antonio Negri

Raúl Sánchez Cedillo

**Für einen konstituierenden
Prozess in Europa**

Demokratische Radikalität und
die Regierung der Multituden

*Leitet und herausgegeben von
Isabell Lorey und Gerald Raunig*

Antonio Negri

Raúl Sánchez Cedillo

Für einen konstituierenden Prozess in Europa

Demokratische Radikalität und
die Regierung der Multituden

*Eingeleitet und herausgegeben von
Isabell Lorey und Gerald Raunig*

Ein Gespenst geht um in Europa, ein konstituierender Wind weht aus dem Süden. Mit dem Wahlsieg der griechischen Linkspartei Syriza, dem kommunalen Erfolg von bewegungsnahen Bündnissen in Barcelona und Madrid sowie dem Aufstieg von Podemos in Spanien verdichtet sich eine lang schon erwartete Entwicklung neuer linker Parteien. Dieser konstituierende Prozess geht allerdings weit über klassische Parteigründungen hinaus, er ist aus den sozialen Bewegungen der Krisenjahre entstanden und kristallisiert sich in einer Vielzahl von mikropolitischen Praxen bis zur Regierungsbildung.

Antonio Negri und Raúl Sanchez Cedillo intervenieren mit ihren zwischen Februar und April 2015 geschriebenen Texten nicht nur in die Brennpunkte des Wahljahres 2015, sondern in den gesamten europäischen Raum. Sie plädieren mit der Begrifflichkeit des konstituierenden Prozesses nicht für einen linken Populismus neuer Parteien, sondern für ein soziales und demokratisches Europa, für eine neue Form des europäischen Föderalismus von unten.

ISBN: 978-3-903046-06-1

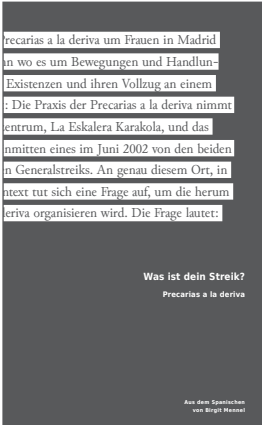
Juni 2015

80 Seiten, broschiert, € 10,00

transversal texts

transversal.at

Aus dem Programm 2014



Precarias a la deriva

Was ist dein Streik?

Militante Streifzüge durch
die Kreisläufe der Prekarität

Mit einer Einleitung von Birgit Mennel und Stefan Nowotny
Mit einem Anhang von Marta Malo de Molina
Aus dem Spanischen von Birgit Mennel

„Precarias a la deriva“ steht für einen heterogenen Zusammenhang von Frauen, die sich 2002 während des Generalstreiks in Spanien zusammengefunden haben, um die Möglichkeit des Handelns bzw. des Streiks in Zeiten der Prekarität zu erproben. Im Vordergrund ihres Interesses steht dabei nicht die Produktion eines distanten Wissens über „Betroffene“, sondern vielmehr die Hervorbringung einer auf Sorgebeziehungen basierenden Sozialität. Die in der Neuauflage des Bands versammelten Texte sind kollektiv verfasst und begeben sich auf die Reflexionsebene einer Praxis, die auf eine Unterbrechung der sozialen Fragmentierung und Isolation abzielt und zu politischem Handeln ermächtigt.

ISBN: 978-3-9501762-6-1

November 2014

176 Seiten, broschiert, 10,- €

transversal texts

transversal.at

Aus dem Programm 2016

stituierender Ereignisse meint einen absoluten
tzst sich nicht gegen die Institution, er flicht die
st vor allem, den Modus der Instituierung als
und damit auch den Zusammenhang von
in Zusammensetzung und Einsetzung. Wenn
als Einschnitt, Ereignis verstehen lässt, so ist es
tscheidung dafür fällt, wie sich Kooperation,
h konstituierende Macht (als Zeichen des Ge-

Instituierende Praxen
Stefan Nowotny / Gerald Raunig

Stefan Nowotny

Gerald Raunig

Instituierende Praxen

Bruchlinien der Institutionskritik

Neuaufgabe mit neuem Vorwort

Was heißt Institutionskritik? Diese Frage lässt sich heute nicht mehr unüberprüft entlang der klassischen Gesten der Negation und Verwerfung des Institutionellen einerseits sowie der Wiedereingliederung von Kritik in institutionelle Apparaturen andererseits stellen. Sie ist zur Frage nach einer Kritik geworden, die sich nicht mehr primär über die Distanznahme des Urteilens vollzieht, sondern über eine Praxis, die sich ins Kritisierte immer schon involviert weiß. Und zugleich ist sie zur Frage nach einer Affirmation geworden, die nicht mehr Komplizenschaft mit dem Bestehenden bedeutet, sondern die Aktualisierung von sozialen Potenzen, die ein differenzielles Wissen über institutionelle Zusammenhänge entfalten. In der Neuaufgabe ihres Buchs verdichten Stefan Nowotny und Gerald Raunig für diese Form der Institutionskritik den Begriff der instituierenden Praxen, über die kanonisierten Formen „institutionskritischer Kunst“ hinaus reichend, indem er diese selbst in eine breitere historisch-politische Perspektive stellt.

ISBN: 978-3-903046-04-7

Frühjahr 2016

312 Seiten, broschiert, € 15,00

- Precarias a la deriva ■ **Was ist dein Streik?**
10,- € / ISBN: 978-3-9501762-6-1
- Birgit Mennel ■ **Die Sprachen der Banlieues**
Stefan Nowotny (Hg.) 10,- € / ISBN: 978-3-9501762-7-8
- Gerald Raunig ■ **DIVIDUUM**
15,- € / ISBN: 978-3-9501762-8-5
- Gin Müller ■ **Possen des Performativen**
15,- € / ISBN: 978-3-9501762-5-4
- Félix Guattari, Antonio Negri ■ **Neue Räume der Freiheit**
10,- € / ISBN: 978-3-9501762-9-2
- Antonio Negri ■ **Für einen konstituierenden
Raúl Sánchez Cedillo Prozess in Europa**
10,- € / ISBN: 978-3-903046-06-1
- Birgit Mennel ■ **Das große Gefängnis**
Monika Mokre (Hg.) 15,- € / ISBN: 978-3-903046-00-9
- Rubia Salgado / maiz ■ **Aus der Praxis im Dissens**
15,- € / ISBN: 978-3-903046-02-3
- Monika Mokre ■ **Solidarität als Übersetzung
vergriffen**
- Gerald Raunig ■ **Kritik der Kreativität**
Ulf Wuggenig (Hg.) 20,- € / ISBN: 978-3-903046-01-6
- Stefano Harney ■ **Die Undercommons**
Fred Moten 10,- € / ISBN: 978-3-903046-07-8
- Stefan Nowotny ■ **Instituierende Praxen**
Gerald Raunig 15,- € / ISBN: 978-3-903046-04-7
- Lina Dokuzović ■ **Struggles for Living Learning**
15,- € / ISBN: 978-3-903046-09-2
- Brigitta Kuster ■ **Choix d'un passé**
12,- € / ISBN: 978-3-903046-05-4
- Isabell Lorey, Gundula Ludwig ■ **Foucaults Gegenwart**
Ruth Sonderegger 10,- € / ISBN: 978-3-903046-08-5
- Maurizio Lazzarato ■ **Marcel Duchamp und
die Verweigerung der Arbeit**
10,- € / ISBN: 978-3-903046-11-5
- Isabell Lorey ■ **Immer Ärger mit dem Subjekt**
15,- € / ISBN: 978-3-903046-10-8
- Gerald Raunig ■ **Kunst und Revolution**
20,- € / ISBN: 978-3-903046-15-3
- Christoph Brunner, Niki Kubaczek ■ **Die neuen Munizipalisten**
Kelly Mulvaney und Gerald Raunig (Hg.) 10,- € / ISBN: 978-3-903046-12-2
- Lucie Kolb ■ **Studium, nicht Kritik**
15,- € / ISBN: 978-3-903046-14-6